Nr. 136. 22. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 14. Juni 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Quittung.

Im Monat Mai gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Aachen, O. B. 10,—. Altona, Elbe d. H. Th. 3000,—. Augsburg. v. soziald. Verein, II. Quartal 10,—. Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Kreis 1600,— (darunter 1. Maizeitung d. J. Schmidt 2,00); 4. Kreis (Süd-Ost) 1500,— (darunter Tischlerei v. Wolff, Waldemarstr. 27 25,—); 4. Kreis (Ost) 3500,— (darunter ein Königlicher 1,—, v. d. Arb. d. Möbelfabrik Groschkus 27,10); 6. Kreis 8000,— (darunter Kranzüberschuß v. d. Kollegen der Firma Pieckatz 6,—, Ueberschuß der Werkstätten-Versammlung 10. 5. 05 A. E. G. Schlegelstr. 14,38). Von 16 Bäckern der Berl. Genossensch.-Bäckerei a. 1. Mai 18,—. Räuberkapelle Fußpartie Schlachtensee 2,22. Kranzüberschuß v. Arb. d. Firma Gebr. Bolzani 2,85. Vom Stenographenverein „Vorwärts" 3,05. Vom Bau d. B. E. W. Ober-Schöneweide 15,—. Vom Swinemünder Saalbesitzer 10,—. Alter Genosse, Schönhauser Allee 5,—. A. B. Mister 1,—. Berlin, diverse Beiträge: Machetes 5,—. Gutenberg, für April 47,70, für Mai 37,30. B. d. Patienten in Grabowsee 6,30. Vierprozente von Blume u. Stolzenberg, Hagelsbergerstraße 10,—. B. Mitglied. d. II. Dr. für April 7,80,—. B. Verein der städtischen Markthallenarb. 10,—. „Konfektionär" 2,50. B. C. d. Guhrau 1,—. Arb. u. Arbeiterinnen d. Buchdruckerei „Vorwärts", Buchbinderei 10,—. Zentralverb. d. Zivilberufsmusiker Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin 80,30. B. 20. Stiftungsfest d. Bäcker als Dank für die Festrede d. Genossen Bebel 50,—. Von Mitgl. d. Verb. Deutsch. Buchdr. im „Vorwärts", Maifeier 116,50. Von Druck.-Hülfsarb. im Rotationsmaschinensaal d. „Vorwärts", II. Quartal 5,—. Von Verwaltungsbeamten d. Metallarb.-Kasse 50,—. Von Liebheit u. Thießen, Ueberschuß d. Maizeitung 0,65. Munition zum Kampf für Recht und Wahrheit 4,—. Von Kontobucharb. v. Wedding 5,—. Vierprozente d. Möbeltischlerei Dischleit u. Co. 50,—. Telegramm-Ueberschuß 1,60. Von Mitgl. d. II.-Dr. 6,30. Dr. L. A. 100,—. L. u. H. B. 10,—. P. S. 50,—. A. B. 50,—. Für d. Reichstagw. Hameln-Springe 20,—. A. Du., Glogauerstr. 3,—. Brandenburg-Westhavelland, Wahlkreis 200,—. Bern 100,—. Beelitz, v. d. „Vorwärts"-Abonnenten d. Heilstätte 12,—. Bremen, Allg. Arb.-Verein Huchting b. Bremen 20,—. Bayreuth, sozialdem. Verein 10,—. Beuthen, v. d. Parteigenossen 5,—. Breslau, O. Heyntann 150,—. Butzbach (Hessen), Karl Knapp 5,—. Chemnitz, Brutus 1,50. Cassel-Melsungen, Wahlkreis 50,—. Cöln-Land, sozialdemokr. Verein f. Reichstags-Wahlkreis 249,60. Cöthen, sozialdem. Verein 7,—. Crimmitschau, 18. sächs. Reichstags-Wahlkreis 200,—. Cottbus-Spremberg, Wahlkreis 250,—. Dresden, 4. sächsischer Reichstags-Wahlkreis 500,—. Dresden, soziald. Verein Dr. A. 1200,—. Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück, Wahlk. f. April 25,—. Euba, Steinmetzwerkplatz Alt-Chemnitz am 1. Mai 2,10. Freienwalde, Wahlverein 19,80. Fürth, Wahlverein d. Gärtner 20,—. Falkenberg O.-Schl. 2,—. Freiburg i. Schl. 13,50. Gotha, Ag. Hildebrand 30,—. Gera-Reuß, soziald. Verein d. Hempel 150,—. Grabowsee, Patienten d. Heilstätte 5,85. Grabowsee, Patienten d. Heilstätte 0,20. Halle, Wahlkreis 600,—. Hamburg, Eingegangen in d. Exped. d. „Echo" 97,60. Idar, Albert Schuch 8,—. Kattowitz, K. O. S. 5,—. Lennep-Remscheid-Mettmann, soziald. Verein I. Quartal 224,65. Luckenwalde, Rufus 5,—. Lübeck, K. S. L. 2,—. Landsberg, R. Keiser 13,25. Mörs, Wahlkreis 13,—. München, Waldläufer 5,—. Meißen, 7. sächs. Reichstagswahlkreis 500,—. München. A. M. 10,—. Nürnberg, Dr. S. 5,—. Nieder-Zwönitz, 19. sächs. Wahlkreis 50,—. Offenbach, Landesorganisation des Großherzogtums Hessen 500,—. Pilgramsheim 10,—. Regensburg, soziald. Verein I. u. II. Quartal 65 20,—. Striegau 27,—. Schweidnitz 21,50. Sulz, Karl Michel 15,—. Schkeuditz, soziald. Verein Merseburg-Querfurt 50,—. Stuttgart, G. U. 10,—. Teltow-Beeskow-Charlottenburg, Zentral-Wahlverein 250,—. Verden, 6. hannoverscher Wahlkreis 100,—. Württemberg, Beitrag 100,—.

Berlin, den 11. Juni 1905.

Für den Parteivorstand: i. V.: W. Eberhardt, Lindenstr. 69.

Friedensverhandlungen.

So viel Schwierigkeiten auch die Sicherung des Friedens zwischen Rußland und Japan noch zu überwinden haben wird, so ist doch anzunehmen, daß Rußland, nachdem es einmal den Weg der Verhandlungen betreten hat, nicht wieder zurück kann. Es ist auch anzunehmen, daß Rußland sich nicht auf die jetzt eingeleiteten Friedenspräliminarien eingelassen hätte, wenn ihm die japanischen Friedensforderungen nicht wenigstens in allgemeinen Umrissen bekannt wären und diskutabel erschienen. Denn Friedensverhandlungen zu pflegen, sie dann doch wieder scheitern zu lassen, um den Krieg fortführen zu wollen, das erscheint bei der jetzigen Lage Rußlands vollends unmöglich.

Nach Aufopferung zahlloser Menschenleben und ungeheuren nationalen Vermögens muß der Zarismus die Unmöglichkeit eingestehen, den Krieg fortzusetzen, den er keineswegs allein durch die Kriegstüchtigkeit der Japaner, vielmehr in erster Linie durch den inneren Zerfall des absolutistischen Systems verloren hat. In wahnwitziger Verblendung hat der Zarismus der Entfaltung der inneren Kräfte Rußlands sich widersetzt und zugleich den von ihm heraufbeschworenen Krieg von Verlust zu Verlust fortzuführen versucht. Wie die Herrschenden Rußlands den Gedanken nicht zu fassen vermögen, daß sie in den inneren Verhältnissen zugunsten einer neuen besseren Ordnung ihre absolute Macht beschränken sollen, so war ihnen auch die Zumutung unfaßbar, daß ein äußerer Feind ihrer Herr werden könnte. Die Geschichte Rußlands ist eine Geschichte gewaltiger Ausdehnung und ungeheurer Eroberungen. In zwei Jahrhunderten ist Rußland aus einem außerhalb der damaligen großen Geschichte stehenden kleinen Staate ein Weltreich geworden, das unverletzlich schien gegenüber allem Ausland, das der Schiedsrichter wurde über Europa und den Erdball. Dieses dem Schein nach so gewaltige, mächtigste Reich widersetzte sich bis zum äußersten der nie erlebten, schwersten Demütigung eines Friedensschlusses nach einem ehrlichen Kriege, in dem es zu Wasser und zu Lande vernichtende Niederlagen über Niederlagen erlitten, in dem ein bis dahin verächtlich behandeltes Volk, das im Reigen der Nationen eine Rolle niederen Ranges gespielt hatte, Sieg um Sieg, einen stets glänzender als den anderen, davontrug.

Aber die Kriegslage sowohl wie die inneren Zustände zwingen die herrschgewaltigste Macht des Erdballs zur schmählichsten Demütigung und Erniedrigung. Der verlachte und verachtete Jap setzt den Fuß auf den Nacken des russischen Riesen. Schon bedrängen die japanischen Landheere in der Mandschurei wiederum die russischen Truppen und bald kann eine neue blutige Niederlage zu Lande der vernichtenden Seeschlacht in der Koreastraße folgen. Alle Aussichten und Hoffnungen auf eine Wendung des Krieges sind entschwunden und die Furcht, daß die Verhältnisse im Lande selbst der völligen Auflösung verfallen, läßt den Friedensschluß vollends unvermeidlich erscheinen.

Die russische Antwort auf den Vorschlag des Präsidenten der Vereinigten Staaten ist im Wortlaut bisher nicht bekannt. Es steht aber fest, daß Rußland den Vorschlag Roosevelts angenommen hat. Man erwartet nun, daß die beiden kriegführenden Mächte **zunächst einen Waffenstillstand** vereinbaren und sich über einen Ort für die Zusammenkunft der Unterhändler verständigen werden. Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet zu dieser Frage nach dem Orte der Verhandlungen: „Aus verschiedenen Quellen sind in der letzten Zeit Gerüchte über den Ort des Zusammentreffens der russischen und japanischen Bevollmächtigten aufgetaucht, wobei bald Washington, bald Tokio, Haag und Paris genannt wurden. Da bis jetzt die Frage über den Ort des Zusammentreffens nicht einmal aufgeworfen ist, so beruhen alle diese Meldungen auf grundlosen, freierfundenen Kombinationen."

Die Antwort Japans an Roosevelt lautet:

Da die kaiserliche Regierung sowohl im Interesse der ganzen Welt als auch Japans die Wiederherstellung des Friedens mit Rußland auf Grund von Bedingungen, die seine Dauer durchaus gewährleisten, wünscht, wird sie, dem Vorschlage des Präsidenten Roosevelt folgend, Bevollmächtigte ernennen, welche mit den russischen Bevollmächtigten an einem Orte und zu einer Zeit, die beiden Teilen genehm und gelegen sind, zusammentreffen sollen, um die Friedensbedingungen direkt und ausschließlich zwischen den kriegführenden Mächten zu verhandeln und abzuschließen.

In Japan sieht man dem Abschluß eines Waffenstillstandes und der Einleitung der Friedensverhandlungen zunächst mit Mißtrauen entgegen. Man fürchtet in Tokio wohl weniger, daß Rußland den Waffenstillstand dazu benutzen könnte, die Verhältnisse seiner Landarmee zu bessern und dann unter verbesserten Bedingungen den Krieg fortzuführen. Vielmehr und sicherlich mit Recht rechnet Japan mit der Wahrscheinlichkeit, daß andere Mächte Einfluß auf die Friedensbedingungen zu nehmen versuchen werden. Die bösen Erfahrungen vom Jahre 1895, da Japan um den Erfolg seines Krieges mit China durch das Eingreifen Frankreichs und Deutschlands gebracht wurde, lassen es befürchten, daß sich jetzt ähnliche Hülfsaktionen für das geschlagene russische Reich wiederholen können. Es scheint daher in Tokio die Meinung zu überwiegen, daß der Landkrieg zunächst noch mit aller Energie fortgesetzt wird, bis Sicherheit vorhanden ist, daß die entscheidenden Friedensbedingungen von Rußland angenommen werden.

* * *

Zur Beleuchtung der Situation können die folgenden telegraphischen Nachrichten beitragen:

Washington, 12. Juni. (Meldung des „Reuterschen Bureaus".) Präsident Roosevelt empfing heute **die Antwort Rußlands** auf seinen Vorschlag. Später hatte der Präsident eine halbstündige Unterredung mit dem russischen Botschafter Grafen Cassini, der ihn, wie von amtlicher Seite verlautet, besuchte, um die Zustimmung Rußlands zu dem Vorschlage des Präsidenten auszusprechen und ihm mitzuteilen, daß Rußland Bevollmächtigte ernennen werde, die mit den japanischen Bevollmächtigten zur Erörterung der Frage des Friedens zusammentreffen sollen. Ueber den Ort der Zusammenkunft schweben gegenwärtig Verhandlungen.

Washington, 12. Juni. Rußland und Japan werden nun, wie man erwartet, einen Waffenstillstand vereinbaren. Sodann wird eine Zusammenkunft von Vertretern der beiden Kriegführenden an einem von Japan vorzuschlagenden Orte erfolgen; auf dieser Zusammenkunft werden Japans Bedingungen angegeben und dann direkt an Kaiser Nikolaus übermittelt. Erscheinen sie dem Kaiser annehmbar, so wird später eine Zusammenkunft der Bevollmächtigten zur Vereinbarung des Friedens stattfinden, und zwar wahrscheinlich in Washington.

*

Washington, 13. Juni. (Meldung des „Reuterschen Bureaus".) **Der russische Botschafter Graf Cassini berichtete nach der zweiten Konferenz mit Roosevelt nach Petersburg über Japans Ansichten betr. den Ort der Zusammenkunft und die Anzahl der Bevollmächtigten.** Wie man hört, hat Rußland bereits inoffiziell angedeutet, daß der von Japan gewählte Ort wahrscheinlich Kaiser Nikolaus genehm sein werde. Der niederländische Gesandte de Marees van Swinderen hatte gestern in der russischen Botschaft eine Besprechung mit dem Grafen Cassini. Man schließt daraus, daß Rußland Haag als Ort für die Verhandlungen in Aussicht nehme. Dem Vernehmen nach hat Graf Cassini zuerst Paris, der japanische Gesandte Takahira Tschifu als Verhandlungsort vorgeschlagen. Man glaubt, **Marquis Ito werde der Führer der japanischen und der Botschafter Nelidow der der russischen Vertreter sein.**

*

London, 13. Juni. „Daily Telegraph" wird aus Tokio von gestern gemeldet: Heute wurde im Schlosse in Gegenwart des Kaisers, des Kronprinzen und anderer Prinzen eine wichtige Beratung abgehalten, an der Marschall Yamagata, Marquis Ito, der Ministerpräsident, die Minister des Auswärtigen, des Krieges und der Marine, über vierzig Offiziere des Heeres und der Marine sowie zahlreiche andere Würdenträger teilnahmen. Auf Wunsch der Behörden ist die Presse äußerst zurückhaltend in ihren Kommentaren. **Japan bietet so ein glänzendes Beispiel einer Nation, die sich selbst beherrscht.**

* * *

Zerrüttung der russischen Landarmee.

Wir erhalten aus guter Quelle aus Petersburg folgende Mitteilung:

In der letzten Zeit ist der Geist der Erbitterung und Empörung unter den Soldaten und den Offizieren der russischen Armee in der Mandschurei so stark zum Ausbruch gekommen, daß das Kriegsgericht vollauf zu tun hat. Proklamationen revolutionären Inhalts haben dort Eingang und große Verbreitung gefunden. **Trotz einer Reihe von vollzogenen Todesurteilen — es wird** mitgeteilt, daß **über hundert Offiziere kriegsgerichtlich verurteilt und erschossen worden sind** — nehmen die Revolten, Verweigerung des Gehorsams immer mehr zu. In besonderem Maße ist es diesem Umstande zuzuschreiben, daß die Regierung jetzt in Friedensverhandlungen einzutreten sich genötigt sieht. Allerdings soll das Kriegsministerium die Hoffnung haben, daß es während der Zeit des abzuschließenden Waffenstillstandes durch neuen Nachschub der revolutionären Geist in der Armee werde abschwächen können.

* * *

Erfolge der japanischen Landarmee.

Tokio, 11. Juni. (Amtliche Meldung.) Die Japaner vertrieben am Morgen des 9. d. M. die Russen von den im Norden von Liangschuschwan und Nanchengtzu gelegenen Höhen und besetzten diese Stellungen. An demselben Tage besetzten die Japaner die Umgegend der nördlich von Changtu gelegenen Ortschaften Erhschihlipu, Soupangtai und Tungchiatzu.

Tokio, 12. Juni. (Meldung des „Reuterschen Bureaus".) Eine amtliche Depesche meldet, daß die Japaner am 10. Juni die Russen aus vier Stellungen in der Mandschurei verdrängten.

Tokio, 13. Juni. Amtlich wird gemeldet: Eine aus gemischten Streitkräften bestehende russische Truppenabteilung machte am Sonntag in den Gegenden von Yingescheng, Erhschihlipao und Schufangtai Angriffe auf die Japaner, wurde aber überall zurückgeschlagen. Die entstandenen Verluste sind noch nicht festgestellt.

*

Auch General Linewitsch kann den erfolgreichen japanischen Vormarsch nicht mehr bestreiten. Nach Petersburger Meldungen berichtet er in einem Telegramm an den Kaiser unterm 12. Juni: Truppen der japanischen Vorhut gingen am 9. Juni zum Angriff vor. Eine Kolonne, bestehend aus Infanterie und Kavallerie, rückte mit Gebirgsartillerie und Revolverkanonen auf der Mandarinenstraße heran. Eine andere Kolonne, aus Infanterie und Artillerie bestehend, ging im Tale östlich der Mandarinenstraße vor und besetzte die Hügel auf dem rechten Ufer des Kuohe im Norden der Dörfer Lianchuitschen und Handaohe.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. Juni.

Klerikale Lockvögel.

Zu der gleichen Zeit, als unsere Betrachtungen über die für die Arbeiterinteressen besonders gefährliche Rolle der Arbeiter und Sozialpolitiker im Zentrum erschienen, brachte die „Germania" die offizielle Mitteilung, daß der Arbeitersekretär Giesberts in München-Gladbach für den Essener Wahlkreis als Zentrumskandidat aufgestellt sei.

Damit gewinnen unsere Ausführungen der Sonntagsnummer unmittelbar aktuelle Bedeutung. Denn gerade Herr Giesberts gehört zu den Persönlichkeiten, die nur dazu dienen, um die unverantwortlichen Taten der Zentrumspolitik vor den Zentrumsarbeitern zu verteidigen. Selbst der oberste Sozialpolitiker, Herr Hitze, wird ja jetzt aufgeboten, um den christlichen Bergarbeitern einzureden, daß die „Steine", die man mit dem Berggesetz ihnen in den Weg geworfen, doch nahrhaft Brot seien. An den Erfolg dieses neuen Wunders glauben wir freilich nicht. Auf dem Gebiete der Sozialpolitik sind auch die christlichen Arbeiter nüchterne Sachkenner, die nicht mehr an das Wunder glauben, daß in dem Totenhause des Dreiklassensystems soziales Leben auferstehen könne.

Was man der Sozialdemokratie immer vorwirft, daß sie jede wirtschaftliche Frage rein vom Standpunkt der Parteipolitik betrachtet, ist in Wahrheit die eigentliche Zentrumstaktik. Die Sozialdemokratie ist um der Arbeiter willen da, nicht die Arbeiter um der Sozialdemokratie willen. Dagegen sind die Arbeiter nur Machtmittel für das Zentrum, nicht das Zentrum ein Machtmittel für die Arbeiter. Das Zentrum betrachtet allerdings jede wirtschaftliche und sozialpolitische Frage nur unter dem Winkel seines Parteieinflusses, und nur aus dieser Erwägung heraus läßt sich der skandalöse Verrat erklären, den das Zentrum an den Bergarbeitern verübt hat; es galt, der Regierung einen Liebesdienst zu erweisen und außerdem das Unternehmertum im eigenen Lager zu befriedigen.

Darum sind die Arbeiterkandidaten im Zentrum, weit davon entfernt, der Arbeitersache zu nützen, im Gegenteil die Lockvögel, die das christliche Proletariat zu ködern und darüber zu täuschen haben, wenn es betrogen wird.

Uebrigens arbeiten auch die Liberalen in Essen mit Lockvögeln. Man hat als gemeinsamen bürgerlichen Kandidaten den Rechtsanwalt Niemeyer aufgestellt, der ein „radikaler" Nationalliberaler sein soll. —

Die Kongogreuel,

über die wir unlängst berichteten, sind Gegenstand der Kammerdebatte in Rom geworden.

Das offizielle Telegraphenbureau berichtet darüber vom 12. Juni:

Minister des Aeußern Tittoni erklärt in Beantwortung verschiedener Anfragen, die italienische Regierung habe das Ersuchen der Regierung des Kongostaates, italienische Auswanderer dorthin zu senden, auf den ungünstigen Bericht des von ihr zur Untersuchung des vorgeschlagenen Ansiedelungsgebietes abgesandten Stabsarztes Baccari abgelehnt. Baccari habe in seinem Bericht vom 3. Juli 1904 behauptet, man habe ihn auf der Rückreise in Kossongo zu vergiften gesucht. Der italienische Gesandte in Brüssel habe von der Kongoregierung das Versprechen einer strengen Untersuchung über den Vorfall erlangt, bei dem es sich möglicherweise um einen Zufall und nicht ein Verbrechen handle. Da das Gericht in Boma Einstellung des Verfahrens beschloß, habe die italienische Regierung auf Verlangen Baccaris die Prüfung der Akten dem Richter des Kassationshofes Fiocca übertragen. Sein Bericht werde für die Beziehungen der Regierung zum Kongostaat und zu Baccari maßgebend sein.

Der Minister fuhr fort, gegenwärtig seien noch 64 von 73 aktiven italienischen Offizieren im Dienst der Kongoregierung. Auf Grund von dort eingegangenen Berichten habe die Regierung als Vorsichtsmaßnahme die Erteilung gleicher Ermächtigung für andere Offiziere eingestellt. Die dort tätigen Offiziere aber irato abzuberufen, liege kein Grund vor, eine so ernste Maßregel dürfe nur, wenn es durchaus nötig sei, ergriffen werden. Die zur Entwickelung des Kongogebietes angewandten Mittel hätten vielfach nicht den Gesetzen der Menschlichkeit entsprochen, doch müsse man, ehe man urteile, den Bericht der vom Souverän des Kongostaats berufenen internationalen Untersuchungskommission abwarten, der dem Souverän jetzt eingereicht sei. Im Interesse Italiens liege eine freundschaftliche Haltung ohne Nachgiebigkeit und Schwäche; Italien müsse es erwünscht sein, daß der Kongostaat seine politische Individualität nicht einbüße, da er den höheren Klassen der italienischen Auswanderer eine sichere Zukunft biete. Der Minister schloß mit der Mitteilung, daß bei der Kongoregierung wegen der in den eingegangenen Berichten erwähnten Uebelstände Einspruch erhoben und gefordert worden sei, daß die italienischen Offiziere mit ihrem Rang entsprechender Tätigkeit betraut werden, und daß in Boma ein Konsulat, auch zur Kontrolle über die Verhältnisse der Offiziere, errichtet werde.

Rom, 13. Juni. (Privat-Depesche des „Vorwärts".) „Avanti" veröffentlicht eine Liste von 14 Briefen, welche die „Tribuna" in den letzten Monaten zur Verteidigung des Kongo-Freistaates veröffentlicht hat. Unser Parteiblatt erhebt damit den Vorwurf gegen das offiziöse Blatt, daß es sich verkauft habe.

Der Eindruck der gestrigen Enthüllungen im Kongo-Parlament ist ungeheuer.

* * *

Deutsches Reich.

Zum Plötzensee-Prozeß.

Die „Voss. Ztg." ist nun aus der traurigen Rolle, die sie zum Plötzensee-Prozeß gespielt, gefallen. Nachdem sie bisher den Prozeß als wertlos für die Probleme des Strafvollzugs erklärt und alles, was dabei in Frage kam, in gemachtem Dünkel als längst bekannt abgetan hat, gibt sie jetzt einer ausführlichen und trefflichen Zuschrift eines Arztes Raum, die nicht nur völlig mit unseren Ausführungen in dieser Angelegenheit übereinstimmt, sondern ausdrücklich meint, es habe sich gezeigt, „daß hier ungemein wichtige Probleme vorliegen, die vielfach noch der eingehenderen Erforschung bedürfen". Das ist ein ebenso vollständiger wie erfreulicher Rückzug der „Vossischen Zeitung". —

*

Daß sich auch konservative Blätter dem sachlichen Ertrag des Prozesses nicht zu verschließen vermögen, zeigt u. a. eine Aeußerung des „Reichsboten", der ausführt:

„Jedenfalls ist es eine merkwürdige Tatsache, daß dieser Prozeß, nachdem er drei Wochen gedauert hat, während welcher Zeit die Angeklagten und Verteidiger ihre Beschuldigungen gegen Plötzensee so scharf zu rechtfertigen suchten, ohne ein Urteil des Gerichtshofes, bloß auf eine plötzliche Erklärung der Angeklagten hin, beendigt wurde. Die Angeklagten können von Glück sagen, sie haben ihren Zweck erreicht und es hat ihnen nichts geschadet. Vielleicht wird man ja in Plötzensee mehr darauf sehen, daß die Aerzte größere Sicherheit in der Beurteilung geistig unsicherer Gefangener zeigen; denn es ist allerdings hart, wenn Gefangene für Uebeltaten, die sie in geistiger Unzurechnungsfähigkeit verübt haben, dann mit Dunkelarrest und ähnlichen schweren Strafen belegt werden, die ihren Zustand noch verschlimmern . . ."

*

Endlich sei eine Aeußerung der „Staatsbürger-Zeitung" verzeichnet, welche der Tollwut zu verfallen droht, weil eine Behörde im Justizstreit mit der Sozialdemokratie sich zu einem einsichtigen Verfahren entschlossen hat. Die Aeußerung zeigt, wie gewisse Kreise, die einst durch den Polizeikommissar Tausch dunkele Machenschaften gegen Minister und Reichskanzler zettelten, die Beendigung des Prozesses auslegen und auszunützen trachten. Das Blatt spricht von dem **„Plötzensee-Skandal"** und schreibt:

„Wir kommen erst heute auf die Moabiter Blamage zurück, weil wir erst abwarten wollten, wie sich die „betroffenen" Herrschaften nun darüber äußern würden. Es ist so gekommen, wie wir vorausgesagt haben: die Herren vom „Vorwärts" rühmen sich ihres Sieges, und ihre freisinnigen Hülfstruppen übertreffen sie womöglich noch im sinnwidrigen Johlen. Die Staatsanwaltschaft hätte das im voraus wissen müssen und hätte unter keinen Umständen diesen mageren Vergleich schließen dürfen, der einem „mutigen Zurückweichen" verzweifelt ähnlich sieht. Die Moabiter Angeklagten haben in großsprecherischster Weise unerhörte Anklagen gegen die Verwaltung von Plötzensee erhoben, und im Laufe der Verhandlung ist so gut wie nichts davon erwiesen worden. Daß die Staatsanwaltschaft vor diesem Lärm die Segel strich, wird allerwärts als ein Zeichen von Schwäche gedeutet werden. Dabei war es unzweifelhaft nicht eine materielle Schwäche, sondern eine politische Zaghaftigkeit, die sie zu diesem unseligen Friedensschluß drängte . . . Wie kam die Behörde dazu, auf Grund einer Ehrenerklärung, die billig wie Brombeeren ist, ihre Strafanträge zurückzuziehen? Wenn dieser Gebrauch ein allgemeiner werden würde, dann wäre es freilich ein harmloses Vergnügen für gewerbsmäßige Beleidiger, ihr Handwerk zu üben. Will man diesen Gebrauch aber nicht einführen, wie es wahrscheinlicher ist, so muß es umsomehr auffallen, daß man gerade diesen Moabiter Angeklagten gegenüber solche Nachsicht hat walten lassen . . .

Weite Kreise des Volkes sind mehr als erstaunt über den Ausgang dieses Skandalprozesses, und breite Schichten sind von Unruhe erfüllt über die seltsame Haltung der Behörden wüsten Hetzern gegenüber, deren ganze publizistische Beschäftigung nur auf das eine Ziel gerichtet ist, zu ihrem eigenen Ruhme alle Welt in der gehässigsten Weise anzugreifen. . . . Man kann sich nicht wundern, daß unter solchen Umständen die Volksmeinung irre wird an der herrschenden Rechtspflege, und daß sich in den Köpfen gebildeter und vernünftiger Menschen ganz absonderliche Gedanken an dieses Verhalten knüpfen müssen. Dieser Prozeß hätte unter allen Umständen zu Ende geführt werden müssen und durfte nie und nimmer mit einer Kapitulation enden. . . ."

Entlarvte Mittelständler. Das Junkertum hat bekanntlich ein beängstigend warmes Herz für den Mittelstand, den es als „Stimmvieh" braucht. Dieses wahlagitatorische Interesse — es spielt auch die Abneigung gegen die konkurrierende Hochfinanz und die Großindustrie mit — betätigte man bisher am liebsten bei der Warenhaussteuer und kleidete es außerdem in das Gewand einer mittelständlerischen Weltanschauung, die sich gegen die Entwickelung zum Großbetrieb wendet.

Neulich hat nun die „Köln. Volkszeitung", die auch für den Mittelstand schwärmt, die Konsequenzen gezogen und eine tolle Reichs-Umsatzsteuer für Großbetriebe als Allheilmittel gegen die Reichspleite angeregt. Dieser Gedanke gefällt nun der „Kreuz-Zeitung" ganz und gar nicht. Sie meint:

„Mittlerweile sind noch allerlei andere Steuerpläne aufgetaucht, die auf Deckung des Reichsbedarfs abzielen. So empfiehlt in der „Kölnischen Volks-Zeitung" ein Parlamentarier eine Reichs-Umsatzsteuer, die von dem Umsatze in der Landwirtschaft, in der Industrie und im Handel erhoben werden soll, sofern er den Jahresbetrag von 300 000 M. übersteigt. Diese Steuer würde gewisse Anknüpfungspunkte an die Warenhaussteuer darbieten. Nun sind wir von jeher Freunde dieser Steuer gewesen, ja, noch mehr, wir haben dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß sie eine noch wirksamere Ausgestaltung erhalte. Der Grund für diese unsere Haltung lag darin, daß wir in den Warenhäusern eine unerfreuliche Erscheinung unseres wirtschaftlichen Lebens erblicken. **Aber vom Großbetrieb an sich können wir das nicht ohne weiteres sagen. Dieser bildet in der Landwirtschaft, in der Industrie und im Handel einen wichtigen Faktor unseres wirtschaftlichen Lebens, der heutzutage nicht mehr entbehrt werden kann.** Die Gründe, die für eine Warenhaussteuer sprechen, lassen sich nicht auf jeden Großbetrieb in der Weise ausdehnen, daß sie dessen Besteuerung nach dem Vorbilde der Warenhaussteuer rechtfertigen. Wir halten deshalb den Gedanken der Reichs-Umsatzsteuer für durchaus verfehlt und glauben nicht, daß in den Kreisen der verbündeten Regierungen auch nur die leiseste Neigung besteht, ihm näher zu treten."

Wie aufgeklärt, wie modern plötzlich die „Kreuz-Zeitung" redet, wenn es die eignen Interessen bedroht glaubt. Nichts mehr von Rettung des Mittelstands, von Kampf gegen die Ueberwucherung des Großbetriebes! Der Großbetrieb kann nicht mehr entbehrt werden, so gesteht die „Kreuz-Zeitung". Eine Ausnahme bildet nur das Warenhaus, das sei „unerfreulich". Warum? Weil es die „Kreuz-Zeitung" so will.

Daß in der Distribution der Großbetrieb vor allem zweckmäßig ist, in weit höherem Maße sicher, als in einer Landwirtschaft, die politische Enklaven reaktionärer Herrschaft bildet, wo also der Großbetrieb nur ein Mittel politischer Macht darstellt, das läßt sich nicht in Abrede stellen.

Der Widerwillen des Junkerorgans gegen die Besteuerung der Großbetriebe im allgemeinen beweist eben nur, daß das warme Herz für den Mittelstand nur eine leere Agitationsphrase ist. —

Allerlei Christliches. Wir berichteten neulich ausführlicher über den Beschluß des bremischen Senats, die 500—600 Taufen, die ein dortigen Pastor Mauritz seit 1900 vollzogen, auf die Denunziation von dessen orthodoxen Amtsbrüdern hin für ungültig zu erklären, weil der Geistliche die vorgeschriebene trinitarische Taufformel dabei nicht gebraucht habe. Der Pastor, der bei seiner vorhergegangenen Vernehmung angegeben hatte, er habe die Formel „aus Gewissensbedenken" unterlassen, hat sich dann auf jenen Ungültigkeitsbeschluß hin in seinem Gewissen wieder umbedacht und schleunigst bereit erklärt, die Taufen nochmals, und nunmehr nach vorgeschriebenem Formular zu vollziehen, alle künftigen desgleichen. Darauf hin haben nunmehr die Eltern der betroffenen Kinder eine gemeinsame Versammlung abgehalten (zu der übrigens der Zudrang ein ungeheuer großer gewesen sein soll) und haben, unter Aeußerungen des Dankes für die Bereitwilligkeit des Pastors feierlich und einstimmig beschlossen, sich dem Senatsbeschluß nicht zu fügen, vielmehr den Senat aufzufordern, die Ungültigkeitserklärung so schnell als möglich wieder aufzuheben. Damit ist diese ganze Angelegenheit aufs köstlichste verfahren und zu einem großen Gespött geworden. Achtung allein verdienen die Eltern der Kinder: sie haben sich als kaltblütiger wie ihre hohe Obrigkeit und charaktervoller wie ihr Geistlicher erwiesen. Die Herde war besser als ihre Hirten. —

Außerdem kommt noch eine erfreuliche Nachricht, ebenfalls aus Bremen. Sie wird besonders unseren Abstinenten ein Gefühl tiefer Befriedigung auslösen: in der bremischen Sankt Rembertigemeinde soll es von nun an den Abstinenten erlassen werden, bei der Abendmahlsfeier vom Kelch zu trinken. Wir fürchten freilich, daß das der benachbarten Orthodoxie Anlaß zu neuer Denunziation geben wird. Denn das ist entweder abermals eine Verletzung des andern protestantischen Sakraments des Abendmahls, oder mindestens ein Rückfall in katholischen Brauch und Glauben. Bekanntlich besorgt in der katholischen Kirche den Trunk aus dem Abendmahlskelch der Geistliche allein für die gesamte Gemeinde. Und was wird im Falle einer solchen neuen Denunziation der bremische Senat beschließen? Ungültigkeitserklärung oder nicht? Wir sind gespannt. —

Schließlich noch eine überaus beruhigende Mitteilung aus Missionskreisen. Die „Allgemeine Missionszeitschrift" teilt mit, daß „was unseren Gebildeten viel zu wenig bekannt sei", eine ganze Anzahl der japanischen Heerführer „Christen von gutem Rufe" seien. Kuroki, Oku und auch Admiral Togo gehörten der presbyterianischen Kirche an; auch viele unter den niederen Offizieren und unter den Soldaten seien Christen. Kirchliche Blätter drucken diese Mitteilung mit großem Behagen nach, wir desgleichen. Denn nun scheint allerdings ein Hauptbedenken christlicher Kreise gegen den menschenmordenden Krieg in Ostasien so gut wie beseitigt zu sein. Vor allem ist nun aber das Gewissen aller derer bedeutend erleichtert, die so schwer daran trugen, daß es angeblich heidnische Soldaten waren, die so glänzende Siege, noch dazu über so orthodoxe Truppen, wie es die russischen bekanntlich sind, davon trugen. Nun ist des Rätsels Lösung gefunden und sonnenklar, wem diese Siege zu danken sind: allein den christlichen Elementen in der japanischen Armee und Marine. Womit zugleich das offizielle Christentum und seine Ehre wieder einmal gerettet ist. —

Das russische Auswandererwesen

zeigt jetzt in Deutschland von der Grenze her ein etwas verändertes Bild. Während man früher in den für Auswanderer bestimmten Eisenbahnwagen 4. Klasse fast ausschließlich Leute der ärmeren Volksklassen sah, scheinen jetzt auffallend viel besser situierte russische Staatsbürger ihrem Vaterlande den Rücken zu kehren. Die preußische Staatsbahnverwaltung, die ja für standesgemäße Behandlung der Eisenbahnfahrgäste ein feines Gefühl hat, stellt, so schreibt man uns aus Ostpreußen, diesen besser situierten Auswanderern denn auch bessere Waggons 4. Klasse zur Verfügung. Die vielfach in ihrer ärmlichen Nationaltracht reisenden armen Russen werden in Wagen älterer, den Viehwagen ähnlicher Konstruktion verpackt und befördert. Die besser gekleideten Auswanderer, die auch keinen Pfennig mehr Bahngeld bezahlen als ihre armen Volksgenossen, fahren in den mit allen modernen Neuerungen ausgestatteten neuen, sauber lackierten und bequemen Waggons 4. Klasse. Würde nicht außen an diesen Wagen die bekannte Tafel mit der Aufschrift „Russische Auswanderer" jedem in die Augen fallen, so würde man in den recht zufrieden drein blickenden Passagieren wohl keine russischen Auswanderer vermuten.

Es fällt natürlich keinem vernünftigen Menschen ein, diese Reisenden um ihre bequeme Fahrt zu beneiden oder der Bahnverwaltung für dieses Entgegenkommen einen Vorwurf zu machen. Im Gegenteil, man kann nur wünschen, daß den armen Auswanderern, die naturgemäß unter mannigfachen Entbehrungen und Strapazen die große Reise machen, auch und erst recht so viel wie möglich Bequemlichkeit entgegengebracht wird.

Wie das ja auch in anderen Ländern bei unruhigen Zeiten beobachtet worden ist, verlassen jetzt auffallend viele reichen Leute, die bisherigen Stützen von Thron und Altar, ihr schwer bedrängtes russisches Vaterland, um, aus reinem Patriotismus natürlich, ihr Leben und ihre Schätze in Sicherheit zu bringen, um nachher, wenn alles ruhig, die Gefahr beseitigt und die Geschäfte wieder blühen, sich, wie vorher, zur Verfügung zu stellen, wenn man nicht inzwischen sich wo anders besser gefällt.

Ueber Ostkuhnen sind jetzt die erste und zweite Klasse der Eisenbahnzüge mit reichen russischen Magnaten, Finanziers, Kaufleuten und Industriellen reichlich besetzt. Die Wagen dieser Auswanderer ziert natürlich nicht die bekannte Tafel: „Russische Auswanderer".

Neben diesen russischen Auswanderern, die wohl zum größten Teile auf legale Art und Weise die Grenze passieren, hat der Strom der russischen Flüchtlinge trotz der bedeutend verschärften Wachsamkeit und Strenge der russischen Behörden nicht nachgelassen. Die Teilnahme, die besonders politische Flüchtlinge in den deutschen Grenzorten von der Bevölkerung bisher stets erfahren, machen sich leider in letzter Zeit Schwindler zu ihren Beutezügen zu nutze. Unter der falschen Vorspiegelung, sie seien Genossen und haben wegen politischer Propaganda plötzlich ohne Papiere und mittellos über die Grenze flüchten müssen, um nicht dem Henker überliefert zu werden, versuchen sie von am Ort bekannten führenden Sozialdemokraten und sozialdemokratischen Angestellten Geldmittel zu erlangen um nach England oder der Schweiz zu reisen. Besonders in Königsberg ist dieser Versuch wiederholt gemacht worden, er dürfte aber auch anderwärts vorgekommen sein. Es besteht sogar der Verdacht, daß hinter diesem Schwindel auch Spitzel stecken. —

Chinaprozeß vor der ersten Strafkammer des Landgerichts in Halle a. S. In der Strafsache gegen den Abgeordneten Kunert wegen angeblicher Beleidigung von ehemaligen Mitgliedern des aufgelösten deutschen ostasiatischen Expeditionskorps ist nach zweimaliger Vertagung Hauptverhandlungstermin auf den 26. Juni, vormittags 10 Uhr, anberaumt worden.

Während der Tagung und Vertagung des Reichstages von Ende des Jahres 1903 bis zum Schluß des Parlaments am 30. Mai 1905 ruhte nach vorläufiger Einstellung das Verfahren vollständig. — Am 11. September und 23. Oktober 1903 fanden zwei Hauptverhandlungen statt, deren Resultat die ausdrückliche Zulassung eines umfangreichen Wahrheitsbeweises durch den Angeklagten war. Leider läßt die Form der letzten Ladung Kunerts kaum einen Zweifel darüber zu, daß das Landgericht von der Führung des Wahrheitsbeweises Abstand zu nehmen versucht. —

Mischmasch gegen Sozialdemokratie.

Man schreibt uns aus Stuttgart vom 9. d. M.: Eine große politische Bedeutung kommt der am 14. d. M. stattfindenden Landtagsersatzwahl in Eßlingen zu. Von Anfang an ist sie den bürgerlichen Parteien, insbesondere der Volkspartei, eine schwere Verlegenheit gewesen, und in der beweglichen Totenklage des Führers der Volkspartei Konrad Haußmann um den bisherigen Vertreter des Wahlkreises, den greisen Nationalliberalen v. Geß, mag unausgesprochen auch der Schmerz mitgeklungen haben, daß dieser Mortimer so ungelegen starb. Nach den bramarbasierenden Phrasen, mit denen aus dem volksparteilichen Lager auf das Warnungssignal der sozialdemokratischen Oster-Resolution geantwortet worden war, nach den großsprecherischen Drohungen mit der „Austilgung" der Sozialdemokratie bei den nächsten Landtagswahlen durch den Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien bedeutet die jetzt notwendig werdende Ersatzwahl das Rhodus, bei dem die volksparteilichen Staatsmänner tanzen mußten. Nicht als ob die Oster-Resolution sie erst in die Kampfstellung gegen die Sozialdemokratie getrieben hätte; daß das gerade Gegenteil wahr ist, ist an dieser Stelle schon wiederholt nachgewiesen worden. Und gerade auch in Eßlingen ist schon bei den Bürgerausschußwahlen im Vorjahre die Verschmelzung der Volkspartei mit den rechtsstehenden Parteien zustande gekommen, und nach dem damals errungenen Sieg wurde verkündigt, daß die Streitaxt zwischen der Volkspartei und den rechtsstehenden Parteien nun für immer begraben sein solle. Aber was bei dem Zensuswahlrecht für die Gemeinde dem bürgerlichen Kuddelmuddel leicht gelang, wird ihm bei dem wesentlich weiteren Landtagswahlrecht in einem industriell so entwickelten Wahlkreise, wie es der Eßlinger ist, zu einer harten Nuß, an der er sich die Zähne ausbeißen wird. Diese Erkenntnis mußte sich den volksparteilichen Politikern sofort aufdrängen; und das Bewußtsein, daß die Erfolglosigkeit der von ihnen angebahnten Prostituierung der Demokratie dazu beitragen wird, weiteren Schichten ihres Anhangs die Augen zu öffnen, ließ sie nur langsam und zögernd in das selbstbereitete Brautbett mit der nationalliberalen Partei hineinsteigen. Aber was blieb ihnen übrig? Hatten sie doch seit Jahr und Tag die Notwendigkeit von der „Einigung der bürgerlichen Linken" verkündet: So wurde dann in einer aus den Vertrauensmännern aller bürgerlichen Parteien — der Nationalliberalen, der Konservativen und der Demokraten — gebildeten Versammlung der Nationalliberale Mühlenbesitzer Mager als gemeinsamer bürgerlicher Kandidat aufgestellt. Aber sofort stellte sich der Katzenjammer ein. Nationalliberale Intelligenzler fanden wenig Gefallen an dem Kandidaten, der zwar ihrer Partei angehört, aber sich nicht durch besondere Geistesgaben auszeichnet; sie versuchten, den Oberbürgermeister Dr. Mülberger, der in der Vertrauensmänner-Versammlung in der Minderheit geblieben war, an Stelle der Herrn Mager zu schieben. Und als dies an dem Widerstand der Volkspartei scheiterte, deren leitenden Kreisen der politisch der Volkspartei nahestehende Oberbürgermeister wegen seiner Selbständigkeit verhaßt ist, wurde bis in die letzten Tage hinein dafür Stimmung gemacht, daß neben Herrn Mager auch noch Dr. Mülberger als gemeinsamer bürgerlicher Kandidat auftreten solle. Begründet wurde der merkwürdige Vorschlag zweier gemeinsamer Kandidaten für ein Mandat damit, daß man nur so hoffen könne, eine Stichwahl herbeizuführen, in der dann mit vereinten Kräften der Sozialdemokrat besiegt werden solle. Spricht nicht vollständige Ratlosigkeit aus diesem logischen Saltomortale? Die Wahrheit ist, daß keinerlei schlaue Taktik der bürgerlichen Parteien an dem voraussichtlichen Verlust des Wahlkreises etwas ändern kann. Bei der Landtagswahl im Jahre 1900 fehlten den Sozialdemokraten nur 160 Stimmen zur Mehrheit; bei der Reichstagswahl im Jahre 1903 eroberte die Sozialdemokratie den Wahlkreis mit 4634 Stimmen gegen 3912 bürgerlichen Stimmen, die sich auf vier bürgerliche Kandidaten verteilten. Zeigt nun auch das Landtagswahlrecht gegenüber dem Reichstagswahlrecht mancherlei Beschränkungen, so hat dafür die zunehmende Industrialisierung des Kreises in den letzten drei Jahren die Reihen der Sozialdemokratie wesentlich gestärkt. Da außerdem der bürgerliche Kandidat wie ein richtiges enfant terrible in den Wählerversammlungen aus der Schule bürgerlichen Volksbetruges schwatzt, so zum Beispiel in einer Versammlung erklärte, für die Arbeiter sei nun endlich genug geschehen, ist nahezu mit Sicherheit zu erwarten, daß am 14. Juni unser Genosse Schlegel als siebenter Sozialdemokrat in die württembergische Landstube entsendet werden wird.

Südwestafrika. Telegramm aus Windhuk: Reiter Bruno Jackisch, geboren 16. 4. 82 zu Lauban, am 5. Juni infolge schwerer Verwundung — Brustschuß — in Kanibes gestorben. —

Am 9. Juni bei Atis westlich Schlip gefallen: Leutnant Gerhard v. Versen, geboren 30. 12. 80 zu Löyen; leichtverwundet: Oberleutnant Hans Krüger, geboren 4. 8. 74 zu Straßburg; an Typhus gestorben: Reiter Jakob Proschberger, geboren 23. 7. 83 zu Neuried, am 27. Mai im Lazarett Kalkfontein.

Ausland.

Das Denkmal Alfred Defuisseaux.

Man schreibt uns aus Brüssel:

Die feierliche Einweihung des Denkmals von Alfred Defuisseaux in Frameries (im Kohlengebiete des Borinage gelegen) gestaltete sich am Pfingstsonntag zu einer ungeheuren Massendemonstration, an der wenigstens 50 000 Menschen aus allen Orten Belgiens teilnahmen.

Um diese außerordentliche Volkstümlichkeit unseres Genossen zu verstehen, darf man nicht vergessen, daß Alfred Defuisseaux die Liebe der belgischen Arbeiter in demselben Maße besaß, wie Jean Volders, der unvergeßliche Gründer der Partei.

Defuisseaux war es, der in dem traurigen und blutigen Jahre 1886, obwohl ein Sproß des reichen Bürgertums, die Masse der wallonischen Arbeiter zum Bewußtsein ihrer politischen Rechte erweckte. Seine scharfe Agitationsschrift „Le Catechisme de Peuple" (Volkskatechismus), eine überzeugende Verteidigung des allgemeinen Wahlrechts, erregte ein gewaltiges Aufsehen in den Arbeiterkreisen. Die Broschüre war in 300 000 Exemplaren verbreitet und der Eindruck war so tief, daß die Regierung den Verfasser vor das Gericht schleppte. Defuisseaux wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Er begab sich nach Frankreich und wurde drei Jahre später als Rädelsführer eines Komplottes gegen die Staatssicherheit — obgleich es bewiesen war, daß die ganze Geschichte Spitzelmache war und obgleich auch seine mitangeklagten Freunde freigesprochen wurden — zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Die Antwort des Volkes ließ nicht lange auf sich warten. Fünf Jahre später bei der ersten Probe des reformierten Wahlrechts wurde er in dem Kohlenrevier des Borinage mit glänzender Majorität von 45 000 Stimmen unter 75 000 als Mitglied der Deputiertenkammer gewählt. Bei der Wiederaufnahme seines Prozesses wurde er freigesprochen.

Die parlamentarische Tätigkeit Defuisseaux war vornehmlich der Verteidigung der Bergarbeiter-Interessen gewidmet. Von ihm stammt der gesetzgeberische Vorschlag über die Schaffung des Alters- und Invalidenfonds für die Grubenarbeiter.

Vor zwei Jahren starb er nach schmerzlichem Leiden; sein Tod erweckte die tiefste Teilnahme der Partei und erregte besonders im Borinage-Distrikt eine unbeschreibliche Trauer.

Sein Andenken ist nicht vergessen. Zum ersten Male in Belgien erhebt sich auf öffentlicher Straße ein Denkmal eines Mannes, der ein Kämpfer der Sozialdemokratie und der Freiheit gewesen ist. Das Denkmal stellt den tapferen Volksfreund in begeisterter Haltung dar. Er tröstet eine arme Arbeiterfrau und richtet einen ohnmächtigen Bergmann wieder auf, indem er ihm den Weg zur Freiheit zeigt. Das Denkmal ist ein Meisterwerk des bekannten Bildhauers Paul Dubois.

Das Werk ist aufgestellt ist einem blumengeschmückten Garten vor dem Volkshaus zu Frameries unter Zustimmung des sozialistischen Gemeinderates dieses großen Industriedorfes.

Wie oben gesagt, haben mehr als 50 000 Parteigenossen der Enthüllung des Denkmals beigewohnt. Sie kamen aus den Nachbardörfern, aber auch aus Brüssel, Gent, Lüttich, Charleroi, Antwerpen usw. Rote Fahnen flatterten bei der Feier. Zwei lange Stunden währte der Vorbeizug der Massen an dem Denkmal. Ansprachen hielten die Genossen Senator Bastien, die Deputierten Vandervelde, Destrée im Namen des Parteivorstandes und der Fraktion, ferner der Genosse Cavrot im Namen des belgischen Bergarbeiter-Verbandes, und schließlich die Genossin Gatti de Gamond. Sie alle erklärten, daß die erhebende Demonstration nicht allein dem Kampf für das allgemeine Wahlrecht gilt, sondern auch eine neue und wichtige Warnung an die reaktionäre Regierung darstelle.

Das befreundete Marokko.

Im Lande der Scherifischen Majestät, dem die neueste deutsche Freundschaft gilt, und über dessen Souveränität das Deutsche Reich sorgsam wacht, herrschen famose Zustände. Wie aus Tanger gemeldet wird, ist der **Engländer Madden, Vizekonsul Oesterreich-Ungarns und Dänemarks in Mazagan** am 5. d. M. **von Arabern beraubt und ermordet,** seine Frau **ist schwer verletzt worden.** Die Mörder sind entflohen. Die Vertreter Oesterreich-Ungarns und Englands haben eine energische Reklamation an den Sultan gerichtet.

Eine etwas ausführlichere Meldung der „Agence Havas" besagt: **Aus Mazagan in Tanger eingegangene briefliche Meldungen berichten über die Ermordung des österreich-ungarischen Vizekonsuls** Madden. Die Mörder drangen, vier an der Zahl, in das Schlafzimmer Maddens, brachten ihm zahlreiche Dolchstiche bei und töteten ihn dann durch einen Schuß in die rechte Schläfe. Sie schossen auch auf seine Frau, die aus dem anderen Zimmer herbeieilte, trafen sie aber nicht. Frau Madden flüchtete sich dann nach einem anderen Zimmer, wo sie am nächsten Tage bewußtlos aufgefunden wurde. Die Mörder entkamen unter Mitnahme von Wertgegenständen. Die Entrüstung über die Freveltat ist bei Mohammedanern wie Fremden allgemein.

„Daily Chronicle" wird aus Tanger vom 11. Juni gemeldet: Gestern wurde hier der Vertreter Raisulis erschossen. Raisuli wird einen anderen Bevollmächtigten nach Mazagan schicken, um die Mörder des österreichisch-ungarischen Vizekonsuls festzunehmen. **Raisuli aber hat bekanntlich ähnliche Mordtaten selbst begangen. —**

Amerika.

New Yorker Staatszensus. Seit dem 1. Juni ist eine große Schaar Beamter an der Arbeit, um für den Staat New York einen Zensus aufzunehmen. Unter diesen Beamten sind Kundige aller Sprachen Europas und der Hauptsprachen Asiens vertreten. Das ist besonders für die Stadt New York eine Notwendigkeit, denn dort ist das Völkergemisch ein größeres als irgendwo in der Welt, und zu keiner Zeit zählte man in New York so viele Menschen, die der englischen Sprache unkundig sind, als gerade gegenwärtig. Seit Anfang dieses Jahres war der Einwandererstrom stärker als jemals in einer gleichen Periode. Im letzten Jahre kamen 812 870 Einwanderer ins Land, seit 1900 mehr als drei Millionen. Ueber drei Viertel von dieser Zahl landeten in New York und zerstreuten sich von dort aus über die Staaten. Sehr viele blieben freilich auch in der großen Stadt, und unter den vier Millionen Einwohnern rechnet man 1 500 000 Fremde, darunter etwa 700 000 Juden, die zum großen Teil aus Rußland kamen. Von den 812 870 Einwanderern im letzten Jahre kam nur der achte Teil aus Ländern, wo englisch gesprochen wird. Die übrigen sieben Achtel setzten sich aus 50 verschiedenen Sprachgemeinschaften zusammen. Beinahe die Hälfte der Einwanderer im letzten Jahre waren Italiener und Juden.

Im Jahre 1900 wurden nach dem Vereinigten Staaten-Zensus in der Stadt New York 3 437 202 Einwohner gezählt, darunter 1 270 069 Fremde. Der Bauch von New York kann oft nicht schnell genug verarbeiten, was ihm zugeführt wird und es stellen sich mancherlei Beschwerden ein, aber im allgemeinen herrscht ein internationaler Frieden trotz der engen Berührung der verschiedenen Völkerstämme. Den Amerikanern wird es etwas unbehaglich bei dieser Ueberflutung durch fremde Elemente und es erheben sich viele Proteste gegen die ungehinderte Einwanderung.

Man setzt große Hoffnungen auf die öffentlichen Schulen und erwartet, auch aus der jetzigen Zensusaufnahme ersehen zu können, daß die Kinder der Eingewanderten diese Schulen besuchen und dadurch mit Leichtigkeit für amerikanische Anschauungen gewonnen und zu amerikanischen Bürgern erzogen werden. Man kann beobachten, daß die Kinder überall mit Vorliebe Englisch sprechen und sich mit Jung-Amerika schnell anfreunden, während die Alten gern an Sprache und Sitten der Heimat festhalten und oft nach jahrelangem Aufenthalt kaum einige Worte Englisch reden. Es gibt auch viele deutsche Familien in Amerika, in denen die Kinder sehr schlecht Deutsch und die Eltern sehr schlecht Englisch reden. —

Gewerkschaft und Partei.

In der „Wiener Arbeiter-Zeitung" beschäftigt sich Genosse Viktor Adler mit dem Kölner Gewerkschaftskongreß und insbesondere mit den beiden Fragen Maifeier und politischer Massenstreik. Genosse Adler vertritt in dem Artikel zu beiden Fragen denselben Standpunkt, den wir in unseren Artikeln in den Nummern 132 und 133 vertreten haben. Adler sagt zunächst allgemein über die verschiedenen Auffassungen, die zwischen Gewerkschaft und Partei zutage treten:

„Was viele sanguinische Gegner hofften, was manche pessimistische Parteigenossen fürchteten, es werde ein Gegensatz zwischen Gewerkschaft und Partei in Erscheinung treten, hat sich natürlich als Hirngespinst erwiesen. Das erste und das letzte Wort des Kongresses war: Gewerkschaft und Sozialdemokratie sind eins. Es wäre auch geradezu wider die Natur der Dinge, wenn dem anders wäre. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat sich nicht neben, sondern in der Sozialdemokratie entwickelt. Die fünfviertel Millionen deutscher Gewerkschaftler sind der beste Kern der drei Millionen sozialdemokratischer Wähler, wie sich umgekehrt der Mitgliederzuwachs um rund eine halbe Million, den die Gewerkschaft seit drei Jahren erfahren, fast ausschließlich aus den sozialdemokratischen Massen rekrutiert. Der jetzt in Lob und Tadel so vielbeliebte Vergleich der deutschen mit den englischen Gewerkschaften scheint uns darum durchaus falsch. Es gibt einen durchschlagenden Unterschied: Der deutsche Gewerkschaftler ist Sozialdemokrat und war es meist lange bevor er Gewerkschaftler geworden. Die Personalunion zwischen Partei und Gewerkschaft besteht nicht nur bei den Führern der Gewerkschaft, die fast durchweg sozialdemokratische Abgeordnete sind, sondern umfaßt jedes einzelne Mitglied, das zugleich Gewerkschaftler und Sozialdemokrat ist. Wenn also von Konflikten die Rede ist, so nur in dem Sinne, wie es eben Konflikte zwischen den sich kreuzenden Absichten und Funktionen eines und desselben Individuums gibt. Auch der einzelne kann durch den Widerstreit seiner Interessen und Funktionen in innere Kämpfe geraten; aber es sind eben innere Kämpfe, die nie zum Auseinanderfallen führen können.

Damit soll nicht geleugnet werden, daß solche innere Kämpfe bedenklich und hemmend für die Bewegung werden können. Eine gewisse Rolle spielt dabei die durchaus notwendige Teilung der Arbeit. Partei wie Gewerkschaft bedürfen eines Systems von Vertrauensmännern, Funktionären, Beamten, das der Gefahr unterliegt, zu einer Bureaukratie auszuarten und damit im gewissen Grade den bureaukratischen Lastern anheimzufallen: der Einseitigkeit, der Selbstüberschätzung, der Routine und der Verknöcherung. Diese Gefahr besteht nicht nur in Deutschland, sie besteht überall, und es sind keineswegs die schlechtesten Genossen, die ihr am meisten ausgesetzt sind. Ohne fanatischen Fleiß und restlose Hingebung an die besondere, ihm zugeteilte Aufgabe kann keiner unserer Funktionäre seine Pflicht ganz tun und es ist kein Wunder, wenn er hie und da den Blick für das Ganze verliert, wenn ihm der richtige Standpunkt verloren geht für die Abschätzung des Verhältnisses seines Tätigkeitskreises zur Gesamtbewegung. Jeder einzelne von uns, mag er politischer oder gewerkschaftlicher Funktionär sein, hat alle Mühe, sich vor diesen Gefahren zu bewahren, die die notwendige Folge des Wachsens und der Differenzierung der proletarischen Bewegung sind. Nun haben in Deutschland einige Umstände dazu beigetragen, die Träger der gewerkschaftlichen Organisation als eine gesonderte Gruppe von Parteigenossen herauszuheben. Man braucht nur daran zu denken, wie die Gewerkschaft durch die rückständigen Vereinsgesetze zur Absonderung gezwungen wurde, und wie, was kaum zu leugnen ist, die ältere Generation der Sozialdemokraten, die unter dem Sozialistengesetz groß geworden, dem Erstehen der Gewerkschaften mit einer gewissen Reserve, um nicht zu sagen Kälte, gegenüberstanden. Die bekannte Rede Bebels (Gewerkschaftsbewegung und die politischen Parteien 1900), die auf weite Parteikreise überraschend genug wirkte und weit aus- und übergreifend für Neutralität der Gewerkschaften eintrat, hat da das Eis erst gebrochen. Das sind nun freilich längst überwundene Dinge und längst ist das Bewußtsein des Verhältnisses der Gewerkschaft zur Gesamtbewegung den deutschen Sozialdemokraten in Fleisch und Blut übergegangen. Aber die Spuren davon, daß die Gewerkschaft eine Zeitlang Mühe hatte, sich innerhalb der deutschen Sozialdemokratie geltend zu machen, zeigen sich noch heute in gewissen Stimmungen, die in Köln deutlich zu merken waren. Man darf wohl hoffen, daß diese Stimmungen im Abklingen begriffen sind und daß sie nicht durch überhitzte Heftigkeit der Diskussion zu ernsten Verstimmungen hinaufgetrieben werden."

Zur Erörterung der beiden Einzelfragen übergehend, bedauert Adler die Haltung des Gewerkschaftskongresses zur Maifeier, verweist aber darauf, daß hier auch in der Partei Fehler gemacht worden seien, die den rechten Schwung nicht aufkommen ließen. Diese Fehler seien indessen wieder gut gemacht worden und die Gewerkschaften würden sich, so sagt Adler, ins eigene Fleisch schneiden, wenn sie sich einem Gedanken widersetzen wollten, der Eigentum und Heiligtum des proletarischen Bewußtseins geworden sei. Dann erörtert Adler die Unklarheit, die bei Bömelburg in der mangelnden Unterscheidung zwischen dem anarchistischen Generalstreik und dem politischen Massenstreik auftritt und tadelt es, daß die Diskussion des politischen Massenstreiks als „verwerflich" bezeichnet werden. Er fährt dann aber fort:

„Das Unbehagen, das Schwanken, das die Gewerkschafter gegenüber der Frage des Massenstreiks bekundeten, scheint uns wesentlich andere Gründe zu haben als den Mangel an Entschlossenheit und den Ueberfluß an Ruhebedürfnis, der ihnen zugeschrieben wird. Wenn Bömelburg sagte: „Auch wenn man uns das Wahlrecht nimmt, werden wir nicht am Ende unseres Lateins sein", so war das nicht, wie ihm vorgeworfen wird, eine leere Redensart, so wenig wie es eine leere Redensart war, als die Sozialdemokraten im deutschen Reichstage sagten: „Wir pfeifen auf das Sozialistengesetz", obwohl auch in diesem Satze der Weg nicht konkret angegeben war, auf dem das Proletariat das Schandgesetz vereiteln werde. Auch ist es begreiflich, wenn die Gewerkschaft nach Ruhe verlangt, nicht um zu versumpfen, sondern um den grandiosen Bau weiterzuführen, den sie so vielverheißend begonnen. Das Diskutieren des Massenstreiks ist ihnen so unbequem, daß sie in recht unvernünftiger und deutscher Proletarier wenig würdiger Weise gegen die „Literaten" losgehen, die von ihm jetzt so viel sprechen, die ihn aber wahrhaftig nicht erfunden haben. Alles das scheint uns mit der schiefen Stellung zusammenzuhängen, die der Gewerkschaftskongreß von vornherein zu der Frage genommen hat. Der Massenstreik ist nämlich, meinen wir, in keiner Weise Sache der Gewerkschaften und wird es nie sein können. Er ist seiner Natur nach unabhängig vom Streikregulativ, unabhängig vom Kassenstand; er liegt gar nicht in der gewerkschaftlichen Sphäre. Sein Eintreten kann da oder dort den Vorwand geben, einen Tarifvertrag für erloschen zu erklären; aber das wird nur dort geschehen, wo er ohnehin demnächst zum Teufel gehen müßte. Ein Tarifvertrag ist eben kein Schutz gegen Erdbeben. Der Massenstreik ist eine Vis major, wenn es je eine gibt. Er ist nicht der Gipfel der Gewerkschaftsbewegung, sondern ihre Ausschaltung. Der Gegenstand gewerkschaftlicher Kämpfe ist im Wesen der Lohnvertrag; mit ihm aber hat der politische Massenstreik nichts zu tun. Hier tritt nicht mehr eine noch so große Zahl von einzelnen Arbeitern einer beliebigen Zahl einzelner Unternehmer gegenüber, um von ihnen Zugeständnisse zu verlangen, sondern die Arbeiterklasse als Klasse stellt Forderungen an die herrschenden Klassen. Es ist der unmittelbare Klassenkampf, der an Stelle des durch die parlamentarischen Vertreter vermittelten Kampfes tritt.

Was kann die Gewerkschaft als Organisation mit diesem politischen Massenstreik zu tun haben? Die gewerkschaftliche Durchdringung des Proletariats wie die politische ist die Vorbedingung seiner Möglichkeit, seines Gelingens. Aber in dem Moment, wo diese durchaus politische und in keiner Weise gewerkschaftliche Aktion beginnt, kann die Gewerkschaftsorganisation nur zur Seite treten und erklären, daß ihr Ami hier zu Ende. Oder glaubt man, daß ein Massenstreik durch Aussicht auf Streikunterstützung zu gewinnen sei? Aber allerdings zur Seite zu treten, das ist in jenem Moment die Pflicht sozialdemokratischer Gewerkschaftler. Die Gewerkschaft wird kein Hindernis für den Streik sein, wenn er notwendig werden sollte, das war das einzige Wort, das unseres Erachtens in Köln zu sagen war. Denn wenn es je dazu kommt, werden die Arbeiter in den politischen Massenstreik eintreten, nicht weil, sondern obwohl sie in gewerkschaftlichen Verbänden organisiert sind, die zum Zwecke ganz anders gearteter Kämpfe geschlossen wurden. Daß ein Massenstreik, insbesondere, wenn er erfolglos endet, für einzelne Gewerkschaften empfindliche Folgen nach sich ziehen kann, wenn etwa der Uebermut der siegenden Gegner die Gelegenheit zu einem Vorstoß gegen schwächere Verbände ausnützt, das ist eine ganz andere Sache und solche Kalamität kann auch durch andere Ursachen über eine Gewerkschaft kommen. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß der Träger des Kampfes im Massenstreik nicht die Gewerkschaft sein kann.

Wenn über diesen Punkt erst volle Klarheit geschaffen ist, dann wird man vielleicht in der Gewerkschaft gegen die Idee des Massenstreiks und deren Propagierung nicht mehr Widerstand finden als in der politischen Organisation eben auch. So wenig aber der Gedanke grundsätzlich abzuweisen ist, so wenig kann es nützen, seine Propagierung mit einer gewissen aufdringlichen Gewaltsamkeit zu propagieren. Der Gedanke des einzelnen kann und soll den Ereignissen vorauseilen, die Stimmung und die Tatenlust der Massen jedoch sollten nicht abgebraucht werden, bevor die Ereignisse sie mit zwingender Notwendigkeit auslösen. Man kann auch zu zeitig kommen und doch erst recht nicht bereit sein, wenn es am nötigsten wäre."

•

In der Sächsischen Arbeiterzeitung wird die Vorrede abgedruckt, die Kautsky zu der demnächst im Verlage des genannten Blattes erscheinenden Broschüre der Genossin Roland-Holst über „Generalstreik und Sozialdemokratie" geschrieben hat. Darin polemisiert Kautsky auch gegen unsern Artikel „Gewerkschaft und Partei" in Nr. 132. Wir werden uns mit der Polemik noch beschäftigen.

Der Empfang der Semstwo-Deputation

ist von Väterchen genehmigt worden, obwohl es eine „verbotene" Veranstaltung war.

Ein offizielles Telegramm aus Petersburg besagt:

Der Moskauer Kongreß der Vertreter von Semstwos und Städten ist, obgleich der Generalgouverneur seine Beratungen, soweit die Versammlung eine private bleibt, nicht verhindert, eine nicht genehmigte Veranstaltung. Daher können die Mitglieder der vom Grafen Heyden geführten Abordnung dieses Kongresses **nur in der Eigenschaft von Privatpersonen** dem Kaiser vorgestellt werden und ihm die Adresse des Kongresses überreichen. Graf Heyden hat, indem er sich seine Beziehungen zu Hofkreisen zu nutze machte, durch Vermittelung der Expedition für Zeremoniensachen im Hofministerium die Erlaubnis für die Deputation, sich dem Kaiser vorzustellen, nachgesucht; das Ergebnis des Gesuches ist noch nicht bekannt, doch besteht Grund zu der Annahme, daß die **Abordnung empfangen werden wird.**

* * *

Judenmetzeleien.

Bürgerliche Blätter melden aus Warschau:

In Brestlitowsk, einer Festung in Russisch-Litauen, herrschen seit Pfingstsonntag blutige Exzesse gegen die Juden. Infolge der unerwarteten Mobilisation des 19. Armeekorps trafen Sonntag aus den ländlichen Distrikten Tausende von Reservisten ein, die vorerst in friedlicher Stimmung sich auf dem Marktplatz versammelten. Plötzlich erschienen hier verkleidete **Polizeibeamte,** die unter die Menge **Proklamationen** verteilten, in welchen das Volk aufgefordert wurde, an den **Juden Rache zu nehmen, weil sie die Japaner mit Geld unterstützen** und den Krieg heraufbeschworen haben. In dem Momente stürzten sich die Reservisten auf die jüdischen Geschäfte und demolierten sie, hielten die Passanten auf der Straße an, schlugen sie und zogen hierauf in Kolonnen unter Führung von Agitatoren nach der inneren Stadt, wo das Plündern fortgesetzt wurde. Da die Juden sahen, daß die Polizei ihnen keine Hilfe leistete, verteidigten sie ihr Hab und Gut. **Viele Juden wurden ermordet. Die Zahl der Getöteten und Verwundeten wird auf mehr als hundert geschätzt.** Unter der Bevölkerung herrscht ungeheure Panik.

* * *

Die revolutionäre Bewegung.

(Offizielle Telegramme.)

Minsk, 10. Juni. In zwei Straßen fanden gestern abend Kundgebungen statt, an denen sich über 3600 Arbeiter beteiligten und bei denen zahlreiche Schüsse in die Luft abgegeben wurden.

Charkow, 10. Juni. Der **Wirtschaftsrat** des Gouvernements **erkläre** in seiner letzten Sitzung, die Regierung **sei vollständig bankrott** und es fehle ihr deshalb das moralische Recht, die innere wie die äußere Politik zu leiten. Der Wirtschaftsrat erachte es für notwendig, sofort eine Volksvertretung einzuberufen.

Wilna, 10. Juni. Während der gestrigen Sitzung eines Revolutionskomitees **wurden elf Teilnehmer verhaftet.**

Die Umgestaltung in Norwegen.

Die Entscheidung, wie sich Schweden mit der neuen Staatsordnung in Norwegen abfinden wird, bleibt dem außerordentlichen Reichstag vorbehalten, der am nächsten Dienstag in Stockholm zusammentritt. Der **„Königliche offene Brief"** — „utan svalvol och foskor" — zur Einberufung des Reichstags lautet:

„Wir Oskar von Gottes Gnaden, Schwedens und Norwegens, der Goten und Wenden König, geben bekannt: Durch Beschluß vom 7. dieses Monats hat das norwegische Storthing die Mitglieder des norwegischen Staatsrates ermächtigt, die dem König übertragene Macht auszuüben; im Zusammenhang hiermit wurde erklärt, daß die Vereinigung mit Schweden unter einem König aufgehoben sei.

Diese vom Storthing eigenmächtig beschlossene Maßnahme widerstreitet offenbar der zwischen beiden Reichen bestehenden gesetzlich festgelegten Vereinigung, die nicht durch einseitigen Beschluß in einem der Reiche aufgehoben werden kann.

Auf daß Wir Gelegenheit erhalten, unverzüglich mit dem Reichstag über die Maßnahmen zu beraten, die anläßlich des Geschehenen von schwedischer Seite beschlossen werden sollen, rufen wir hiermit sämtliche Mitglieder beider Kammern des Reichstags auf, am 20. dieses Monats in Stockholm zu außerordentlicher Reichsversammlung zusammenzutreten.

Alle, die es angeht, haben dies gehorsam zu befolgen. Zu größerer Gewißheit haben Wir dies mit eigener Hand unterzeichnet und mit Unserm königl. Siegel bekräftigen lassen."

Stockholms Schloß, den 9. Juni 1905.

Oskar.
Hjalmar Westring.

Wird in diesem Schriftstück Norwegen in einfachen, leidenschaftslosen Worten Rechtskränkung nachgesagt, so hat der schwedische Staatsminister Ramstedt in der Staatsratssitzung am selben Tage einen schärferen Ton angeschlagen. Er nannte den Beschluß des Storthings eine **revolutionäre** Maßregel, die **Schwedens Rechte aufs tiefste kränke, und forderte den König auf, die vom Storthing eingesetzte Regierung nicht anzuerkennen.** Die übrigen Staatsräte erklärten sich damit, wie mit der Einberufung des Reichstags, einverstanden.

Diese herausfordernden Ministerworte sind eine schlechte Einleitung zu den Verhandlungen des außerordentlichen Reichstags, der doch offenbar nichts Klügeres tun kann, als sich so gut wie möglich mit dem nun mal Geschehenen abzufinden. Schwedens „Recht" ist ja nichts weniger als zweifellos und an die Macht zu appellieren, das werden wohl auch die schwedischen „Volksvertreter" nicht beschließen. Danach bleiben die Worte leere Drohungen.

Sehr treffend bemerkt Stockholms „Sozial-Demokraten" dazu: „Gegen eine so formulierte Begründung erhebt sich das Gefühl und der Gedanke, daß es die Politik der schwedischen Machthaber war, die die Norweger zu dem Schritt, ihre Landesregierung in die eigene Hand zu nehmen, getrieben hat und daß sie niemals die geringste Absicht hatten, irgendwelche schwedischen Rechte zu kränken. Aber gegen schwedische Rechthabere haben sie nun ihren

denkbar wirksamsten Protest eingelegt. Es ist kein gutes Vorzeichen für den außerordentlichen Reichstag, daß man diese neue Aktion mit unpassender Entrüstung über „vermeintliche Rechtskränkung einleitet".

Das Charakteristische und für Norwegen so außerordentlich Günstige ist der Umstand, daß man in diesem Lande vollkommen einig ist im Kampfe für nationale Unabhängigkeit, von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken bereit, jedes Opfer zu bringen, wogegen in Schweden Uneinigkeit herrscht und nicht nur die Sozialdemokratie mit den Norwegern sympathisiert, sondern auch ein großer Teil des Bürgertums ein gewisses Verständnis für die Vorgänge gewonnen hat und die Regierung des eigenen Landes dafür verantwortlich macht.

Nicht immer war man in Norwegen so einmütig entschlossen, nationale Forderungen, die übrigens in der Regel auch demokratische waren, durchzuführen. „Social-Demokraten" von Kristiania erinnert daran, daß am 9. Juni ds. Js. gerade 25 Jahre verflossen waren, seitdem das Storthing zum drittenmal das Gesetz über die Teilnahme der Minister an den Storthingssitzungen beschloß, das dann trotz der dreimaligen Sanktionsweigerung des Königs durchgeführt wurde; eine historische Begebenheit, die ihren Abschluß in dem Reichsgerichtsurteil vom Jahre 1884 fand. Nach drei Storthingswahlen: 1874, 1877 und schließlich 1880 war das Gesetz beschlossen worden. Damals aber war noch eine starke konservative Minderheit vorhanden, die auf seiten des immer „Nein" sagenden Königs stand. Nun steht der König mit seinem Nein einem einmütigen norwegischen Volk gegenüber.

Lehrreich ist übrigens die Geschichte dieser „Staatsratssache". Sie stammt bereits aus dem Jahre 1821 und kam dann in verschiedener Form in den Jahren 1824 bis 1872 nicht weniger als zwölf mal zur Verhandlung im Storthing, bis das Gesetz schließlich, wie erwähnt, dreimal in unveränderter Form beschlossen wurde. Das zeigt deutlich, wie schwer es Norwegen unter schwedischer Oberhoheit von jeher gemacht worden ist, demokratische Reformen durchzuführen, und es ist leicht zu verstehen, daß auch die norwegische Sozialdemokratie ein starkes Interesse daran hat, daß das Land die schwedische Oberherrschaft abschüttelt. Eine norwegische Parteigenossin, die starken Anteil am politischen Leben nimmt, schrieb kürzlich in einem Privatbrief:

„Wir können keinen so hohen Preis wie unsere Verfassung und unsere Volksregierung bezahlen, um die Union am Leben zu erhalten. Das ist nämlich der Kern in dem Kampf, der sich jetzt abspielt. Und weil das hier zu Lande alle begreifen, darum sind sich alle, auch die Sozialdemokraten, einig, unter keiner Bedingung den schwedischen Oberhoheitsplänen nachzugeben."

Dieselbe Parteigenossin erklärt auch, daß in Norwegen nichts von irgendwelcher mordspatriotischen Stimmung zu spüren ist, daß man vielmehr überzeugt ist, daß der Kampf nicht dem schwedischen Volke gilt, sondern denen, die ja eigentlich auch das Volk Schwedens mit ihrer „Oberheit" unterdrücken.

Der Redakteur Lindblad von der Göteborger „Ny Tid" äußerte kürzlich in einer Versammlung in Malmö, die schwedische Arbeiterschaft werde es nicht ungern sehen, wenn die Bernadotten gleichzeitig mit der norwegischen auch die schwedische Krone verlieren würden. Dieser Ausspruch weckte stürmischen Beifall, der, wie „Arbetet", das Malmöer Parteiorgan, bemerkt, beweist, wohin es führt, wenn man gegen das Volk statt mit dem Volke regiert.

Auch der am Sonnabend ausgebrochene, den Arbeitern aufgezwungene gewaltige Lohnkampf in der schwedischen Metallindustrie zeigt der Arbeiterschaft wieder nur zu deutlich, wo der wirkliche Feind des Volkes zu suchen ist. Wenn auch die schwedische Regierung in diesem Falle zu vermitteln gesucht hat, so hat sie doch auch durch ihre wiederholten Versuche, das Streikrecht der Arbeiter teilweise oder ganz durch die Gesetzgebung zu vernichten, den Uebermut der Industriekönige gestärkt, die jetzt über 17 000 schwedische Arbeiter auf die Straße geworfen haben, aber auch ihr gut Teil Verantwortung an der törichten Herausforderungspolitik gegen Norwegen tragen. Auch in Schweden ist die Monarchie nur der Anwalt der Interessen der herrschenden Klassen.

* * *

Die Union der Reaktionäre.

Die deutsche Presse, die in der Monarchie die Profitinteressen ihrer Hintermänner am sichersten gewährleistet glaubt, äußert starke Beklemmungen über die Kündigung des schwedischen Königs. Wie schon dieser Tage die „Kreuz-Ztg.", so macht auch jetzt die „Post" Bedenken geltend. Es ist aber auffallend, mit welcher Milde diese „Revolution" beurteilt wird, die von einem Volke ausgeht, das nach der neudeutschen Legende — als Bauern- und Germanenvolk — doppelt monarchistisch sein müßte.

Die „Post" lehnt sogar die Folgerung ab, daß der Verzicht Wilhelms II. auf die Nordlandsreise die Sympathien des Kaisers für Schweden bedeute; von deutscher Seite solle vielmehr Neutralität gewahrt werden. Es sei völlig unlogisch, „aus einem Entschlusse des Kaisers, den er eigens gefaßt hat, um sich streng neutral zu halten, irgend eine Parteinahme für oder wider ableiten zu wollen". Dann folgt aber die Rechtsverwahrung der „Post":

„Daß die Mächte das Vorgehen Norwegens, das einen Bruch bestehender staatsrechtlicher Verhältnisse bedeutet, billigen könnten, muß natürlich als ausgeschlossen gelten. Deshalb ist nicht anzunehmen, daß irgend ein Staat den neuen Zustand in Norwegen als zu Recht bestehend anerkennen könnte, ehe Schweden und der König sich endgültig damit abgefunden haben. Es hieße den Rechtsbruch sanktionieren, wenn es anders wäre. Die separatistischen Kreise Ungarns, in deren Köpfen das Vorgehen Norwegens bereits eine erhebliche Aufregung hervorgerufen hat, würden daraus noch eine bedenkliche Ermutigung in ihren ausschweifenden Ideen, ähnliche Wege zu betreten, schöpfen. Mit Rücksicht auf die eventuellen schwerwiegenden Folgen eines solchen Schrittes überhaupt wird keiner von den europäischen Großstaaten ohne weiteres die neuen Verhältnisse in Norwegen anerkennen dürfen. Vom deutschen Standpunkte aus muß man die Entwickelung, welche das Verhältnis zwischen Schweden und Norwegen genommen hat, sehr bedauern."

Auch diese Verwahrungen haben nichts zu bedeuten. Uebrigens wüßten wir nicht, warum die Mächte, die mit Rußland trotz der furchtbaren Greuel, mit der Türkei trotz der armenischen Metzeleien, und mit Serbien trotz der abscheulich rohen Königsattentäterei in Belgrad ruhig weiter verkehren, „Rechtsbedenken" gegen das Vorgehen einer Nation haben sollten, die auf so charaktervolle und humane Weise ihr Selbstbestimmungsrecht ausgeübt hat. Die herrschenden Mächte in der kapitalistisch-absolutistischen Gesellschaft sind am allerwenigsten moralisch geeignet, für die Aufrechterhaltung einer kulturellen Rechtsgemeinschaft zu wirken. Was sie Recht nennen, ist immer nur die Floskel der Gewalt!

* * *

König Oskar an das Storthing.

Stockholm, 13. Juni. „Post-och Inrikes Tidningar" enthält ein Schreiben König Oskars an den Präsidenten des norwegischen Storthings. Der König erklärt darin, daß der Eid, welchen Norwegens König bei seinem Regierungsantritt abgelegt, es diesem zur Pflicht mache, es nicht bei dem beruhen zu lassen, was der norwegische Staatsrat anläßlich der Weigerung des Königs, das Konsulatsgesetz zu sanktionieren, aussprach. In dem Schreiben wird darauf hingewiesen, daß der König mit dieser Sanktionsverweigerung nicht die Befugnis überschritten habe, welche ihm auf Grund der Verfassung zukomme. Die Rücksicht auf die Union habe außerdem dem König zur Pflicht gemacht, von diesem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch zu machen. Der König von Norwegen müsse stets den Paragraph 1 der norwegischen Verfassung vor Augen haben, der lautet: Das Königreich Norwegen ist ein freies, selbständiges, unteilbares und unabhängiges Reich, vereint mit Schweden unter einem Könige. Das Schreiben fährt fort: Ich fühle mich berechtigt, Respekt vor einem von Norwegens König in Uebereinstimmung mit der Verfassung gefaßten Beschlusse zu fordern. Die Machtmittel, welche die Verfassung zur Disposition des norwegischen Königs stellt, um ihn in den Stand zu setzen, nach seiner Ueberzeugung das Wohl des Landes zu fördern, sind nicht größer, als daß sie für die Königsmacht so bewahrt werden müssen, daß nicht eine gegen die Prinzipien der Verfassung streitende Konstitutionspraxis eingeführt wird, was gemäß den ausdrücklichen Bestimmungen des § 112 nicht einmal durch Verfassungsänderung stattfinden kann.

Eins der Hauptprinzipien der Verfassung das wichtigste ist, daß Norwegen eine konstitutionelle Monarchie sein soll. Hiermit läßt sich aber nicht vereinigen, daß der König zu einem willenlosen Werkzeug in der Hand des Staatsrates herabsinke. Sollten indessen die Mitglieder des Staatsrates durch ihre Weigerung gegenzuzeichnen die Durchführung eines königlichen Beschlusses hindern können, so wäre der norwegische König von der Teilnahme an der Staatsgewalt abgeschnitten. Eine solche Situation würde für den König ebenso erniedrigend sein, wie für Norwegen selbst nachteilig. Am Schlusse des Schreibens werden die unionellen Rücksichten berührt, und es wird ausgeführt, die Stellung des Königs als Monarch der Vereinigten Reiche mache es ihm zur Pflicht, bei Beschlüssen in einem Reiche nicht Entscheidungen vorzugreifen, welche auch für das andere Reich Bedeutung haben. Die Pflicht des Königs in diesem Punkte sei unvereinbar mit der Ansicht, daß das eine Reich durch die Weigerung des Staatsrates gegenzuzeichnen oder durch ähnliches einen königlichen Beschluß annullieren könne, durch welchen der König sich weigert, eine Entscheidung zu treffen, welche präjudizierend für das andere Reich oder der Union schädlich sei. Wenn man in Norwegen an der entgegengesetzten Auffassung festhalten sollte, wenn das norwegische Volk das Recht verlangte, den König zu zwingen, einen Beschluß zu fassen, der nach der Meinung des Königs seinen Pflichten als Unionskönig widerstreite, so könne dies nur dann durchgeführt werden, wenn der König der Union und damit auch Schwedens in seinen Entscheidungen ganz und gar von dem Willen des norwegischen Volkes, dessen Storthings und dessen Staatsrates abhängig werde. Eine solche Stellung für die Königsmacht, führt der König aus, muß ich als unvereinbar mit der durch die Reichsakte festgesetzten Vereinigung der Reiche bezeichnen. Mein Streben ist es stets gewesen, Norwegen den Platz innerhalb der Union zu geben, auf welchen es mit Recht Anspruch machen kann. Meine königliche Pflicht gegen die Union gebot mir, selbst wenn es im Widerspruch mit der allgemeinen norwegischen Volksmeinung geschieht, zu suchen, die rechtliche Grundlage der Union aufrecht zu erhalten. Das Gesetz, worauf ich den Eid abgelegt, und die Rücksicht auf das Wohl der vereinigten Reiche, hat meinen Beschluß betreffend die Entscheidung der Konsulatsfrage bestimmt, aber die Antwort hierauf war nicht nur die Weigerung des norwegischen Staatsrates gegenzuzeichnen, sondern zugleich die Abschiedsgesuche der Mitglieder desselben. Auf meine Erklärung, es sei mir klar, daß jetzt keine andere Regierung gebildet werden könne, also stimme ich den Abschiedsgesuchen der Staatsräte nicht zu, erklärte der Staatsrat drohend, daß der Norweger, welcher bei der Durchführung meines Beschlusses mitwirken würde, in demselben Augenblicke ohne Vaterland sein würde. Ich wurde also vor die Situation gestellt, entweder selbst die Reichsakte brechen zu müssen, auf die ich den Eid abgelegt habe, oder mich dem auszusetzen, daß ich ohne Ratgeber dastehe. Hier gab es für mich keine Wahl. Nachdem die Staatsräte im Storthing diesen Bruch der Verfassung gutgeheißen und durch eine revolutionäre Handlung erklärt, daß der gesetzliche König Norwegens aufgehört habe zu regieren, sowie daß die Union zwischen den Vereinigten Reichen aufgelöst sei. Es steht jetzt Schweden und mir als Unionskönig zu, zu entscheiden, ob der Angriff Norwegens auf die bestehende Union zur gesetzlichen Aufhebung der Union führen soll. Die Gegenwart und die Nachwelt möge zwischen mir und dem norwegischen Volke richten.

* * *

Druckfehler-Berichtigung. Am Anfang unserer norwegischen Telegramme in der Sonntagsnummer muß es richtig heißen, daß Norwegen seit 872 (nicht 1872) selbständiges Königreich sei.

Aus Industrie und Handel.

Terrainwucher.

Die Terrainspekulation feiert, soweit sie in der Gründung neuer Terraingesellschaften zum Ausdruck kommt, in den letzten Wochen wahre Orgien. Fast jeden Tag kann man in den Handelsblättern lesen, daß diese oder jene neue Gesellschaft von einer Großbank gegründet worden ist oder daß die Aktien einer bestehenden Gesellschaft zum Handel an der Berliner Börse eingeführt worden sind. Erst Ende der letzten Woche berichteten wir über die Gründung der Aktiengesellschaft Industriegelände Schöneberg, wenige Tage vorher hat die Neu-Westend-Gesellschaft umfangreiche Terrains erworben, zu gleicher Zeit beschloß die Teltower Boden-Aktiengesellschaft, die erst vor einigen Monaten begründet ward, schon wieder eine Kapitalserhöhung usw.

So ziemlich alle Himmelsrichtungen der Peripherie Berlins sind bei den neuen Geschäften vertreten. Der Bau des Teltower Kanals wird von der Spekulation ebenso ausgenutzt wie die geplante Verlängerung der Hochbahnlinie nach Westen hin. Bemerkenswert ist hierbei gerade, daß es vornehmlich die Deutsche Bank ist, die ja bekanntlich der Hochbahn-Gesellschaft nahesteht, gleichzeitig aber auch zahlreiche Terrains in deren Nähe erworben hat und zu verwerten trachtet. Die Banken verdienen bei solchen Geschäften gewöhnlich auf doppelte Weise. Sie kaufen zunächst die Terrains, bewirken durch Anlage von Bahnlinien eine Wertsteigerung und gründen dann eine Aktiengesellschaft, die ihnen nicht nur die Terrains zu höheren Preisen abnimmt, sondern wobei sie auch durch Einführung der Aktien an der Börse Zwischengewinne einheimsen. In sinniger Weise verstehen die Banken es auch zuweilen auf die Gemeinden dahin zu wirken, daß ihnen Zuschüsse zum Bau der Verkehrslinien gewährt werden. Dadurch erzielt nicht nur das Verkehrsunternehmen, wie z. B. die Hochbahn, einen Vorteil, sondern gleichzeitig verbessert sich der Wert der in ihrem Besitz befindlichen Terrains.

Daß die Banken gerade jetzt so viele Gesellschaften gründen, Aktienkapitalien erhöhen usw., hat auch seinen Grund darin, daß die Börsenspekulation augenblicklich Terrainwerte besonders begünstigt. Eine solche Gelegenheit wird natürlich von den Finanzinstituten sofort ausgenutzt. Falsch ist es aber, daraus zu schließen, daß diese Spekulation an der Börse durch eine bevorstehende Steigerung der Terrainwerte begründet ist. Denn wenn die Banken ihre Terrains an eine neue Gesellschaft verkaufen, so zeigt sich eher darin, daß sie keine Steigerung der Terrainpreise erwarten. Jedenfalls sehen wir bei diesen Gründungen, wie unsinnig die Ansicht einiger bürgerlichen Nationalökonomen ist, daß die Terraingesellschaften relativ schlechte Erträgnisse abwerfen und daraus zu schließen sei, daß der Bodenwucher nicht so rentabel sei, wie von bösen „Hetzern" angenommen wird. Die Banken wissen sehr gut, was sie tun, nur schöpfen sie zunächst das Fett ab und gründen erst die Gesellschaften, wenn ihnen die Grundstückspreise hoch genug erscheinen. Den Schaden hat in jedem Falle der Mieter, denn auch die Terraingesellschaft will noch einmal verdienen, oder — wie es so schön heißt — ihr Kapital verzinsen. Die Kosten des Verfahrens werden durch endloses Höherschrauben der Mietspreise aufgebracht.

Annahmeschluß für Frachtgüter. Wie die Eisenbahndirektion der Berliner Handelskammer mitteilt, wird vom 10. Juli dieses Jahres ab auf sämtlichen Berliner Bahnhöfen und Ringbahnstationen, sowie auf den Stationen Adlershof-Glienicke, Köpenick, Erkner, Fürstenwalde, Königswusterhausen, Lichtenberg-Friedrichsfelde, Rauen, Nieder-Schöneweide-Johannisthal, Oranienburg, Pankow-Schönhausen, Potsdam, Rummelsburg (Rangierbahnhof), Spandau, Steglitz und Tegel die Annahme von Frachtstückgut um sechs Uhr nachmittags geschlossen. Die Verkürzung der Annahmezeit um eine Stunde dürfte, wenn auch nur in einem sehr geringen Maße, den Schlendrian in den Engros-Geschäften und Comptoiren, unter dem besonders die Handelsangestellten leiden, einschränken. Für Eilgüter bleibt die bisherige Annahmezeit unverändert.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

An die Bauhandwerker. Für die in der Treppengeländerbranche beschäftigten Arbeiter sind neue graue Berechtigungskarten herausgegeben. Diese Karten sind nur dann gültig, wenn sie regelmäßig jeden Monat auf der Rückseite abgestempelt sind. Da häufig versucht wird, die getroffenen Vereinbarungen zu durchbrechen, bitten wir die in Frage kommenden Bauhandwerker, überall die Vorzeigung dieser Berechtigungskarten zu verlangen.

Die Branchenkommission des Holzarbeiter-Verbandes.

Zur Lohnbewegung der Friseurgehülfen. Mit dem Tarifabschluß der Freien Vereinigung selbständiger Barbiere ꝛc. vor dem Einigungsamt ist die Lohnbewegung noch keineswegs beendigt. Wird der Vertrag von den beteiligten Organisationen angenommen, woran nicht zu zweifeln ist, dann erhöht sich die Zahl der bewilligten Geschäfte auf 660. Der Kampf kann dann intensiv den im Osten, Süden und Südwesten wohnenden Innungsfirmen gewidmet werden. Daß hierbei die Hülfe der organisierten Arbeiterschaft dringend notwendig ist, ist selbstverständlich. Wir erinnern hierbei an den Beschluß, den die Delegierten der Berliner Gewerkschaftskommission in ihrer Sitzung am 5. d. M. gefaßt haben. Wegen Durchbrechung der Abmachungen mußten bisher in sechs Geschäften die Plakate wieder eingezogen werden. Man achte daher genau auf die roten, mit weißem Kreuz versehenen Plakate, welche den Organisationsstempel tragen. Andere Kennzeichen sind ungültig.

Die Lohnkommission. J. A.: P. Liere.

An die Mitglieder des Verbandes deutscher Barbier-, Friseur- und Perrückenmacher-Gehülfen (Zweigverein Berlin). Wir machen die Mitglieder darauf aufmerksam, daß während der Lohnbewegung der Beitrag pro Woche 90 Pf. beträgt, das Eintrittsgeld 1 Mark. Die Karten müssen jede Woche abgestempelt sein, sonst haben sie keine Gültigkeit. Mittwoch, den 14. Juni, abends 10 Uhr, Zahlabend im Arbeitsnachweis Große Frankfurterstraße 65. Jeder Kollege muß erscheinen. Donnerstagabend 10 Uhr findet im Rosenthaler Hof, Rosenthalerstraße, eine gemeinschaftliche Versammlung mit dem Verband der Friseurgehülfen statt und darf ebenfalls keiner fehlen.

Der Vorstand.

Deutsches Reich.

30 000 Bauarbeiter ausgesperrt. Die angedrohte Aussperrung der organisierten Bauarbeiter in Rheinland-Westfalen ist nun tatsächlich eingetreten, weil eine kleine Anzahl Maurer und Zimmerer in Dortmund kleine Forderungen stellten, die, wie der Sechsuhrschluß am Sonnabend, nicht nur äußerst bescheiden sind, sondern für die meisten Bauarbeiter Dortmunds schon bestehen. Die Unternehmer haben dabei vor der christlichen Organisation nicht Halt gemacht. Jede Arbeiterorganisation gilt ihnen gleich. Die „Berl. N. Nachrichten" sagen nun den christlichen Arbeitern, sie sollten einsehen, wie unklug sie handelten, daß sie die Interessensolidarität mit den Unternehmern leugneten. Die christlichen Arbeiter werden unseres Erachtens durch den brutalen Gewaltstreich der Unternehmer erst recht in der Ansicht befestigt werden, daß es keine Interessensolidarität zwischen Arbeitern und Unternehmern gibt. Die Aussperrung gibt ihnen die Lehre, daß die Unternehmer nur eine Solidarität des Kapitals ohne Rücksicht auf Partei und Konfession kennen und daß demgegenüber eine allgemeine Solidarität der Arbeiter notwendig ist.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wahlsieg.

Pforzheim, 13. Juni. (Privatdepesche des „Vorwärts".) Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl hat die Sozialdemokratie mit 2097 gegen 916 Stimmen gesiegt.

Anarchistenkonferenz.

Ein Telegramm aus Jena meldet uns: Die verbotene Anarchistenkonferenz hat in hiesiger Gegend doch stattgefunden, obwohl Polizei und Gendarmerie ununterbrochen sämtliche Lokale revidierten. Der Extrakt der Beratungen soll dem Bezirksdirektor zugestellt werden.

Staat und Kirche in Frankreich.

Paris, 13. Juni. (W. T. B.) Die Deputiertenkammer nahm mit 305 gegen 177 Stimmen Artikel 12 des Gesetzentwurfs betreffend Trennung der Kirche vom Staat an. Nach diesem Artikel werden den Geistlichen unentgeltliche Wohnungen zur Verfügung gestellt, und zwar den Pfarrern und Vikaren auf fünf Jahre, den Erzbischöfen und Bischöfen auf zwei Jahre; ferner werden darin die Obliegenheiten der Geistlichen für die Instandhaltung dieser Wohnungen geregelt.

Manifest der schwedischen Sozialdemokratie.

Christiania, 13. Juni. (W. T. B.) Die sozialdemokratische Parteileitung in Stockholm hat heute abend der Leitung der norwegischen Arbeiterpartei telegraphisch mitgeteilt, daß sie in einem Manifest an die schwedischen Arbeiter in voller Würdigung des Selbstbestimmungsrechtes des norwegischen Volkes eine friedliche Verständigung mit Norwegen fordern werde.

Empfang der Semstwo-Deputation.

Moskau, 13. Juni. (W. T. B.) Die Deputation zur Ueberreichung der von den Semstwomitgliedern und Stadthäuptern ausgearbeiteten Petition reist heute nach Petersburg ab; sie wird vom Kaiser in Privataudienz empfangen werden.

Rußlands Antwort an Roosevelt.

Washington, 13. Juni. (Meldung des „Reuterschen Bureaus".) Der Regierung ist die Antwort Rußlands auf Roosevelts Note zugegangen. Sie stimmt mit den mündlichen Mitteilungen überein, die der Botschafter Graf Cassini dem Präsidenten gestern gemacht hat. Auf den Vorschlag der beiden Kriegführenden, wonach die Veröffentlichung ihrer Antworten zur Zeit unerwünscht wäre, hat Präsident Roosevelt beschlossen, sie nicht zu veröffentlichen, aber es wird offiziell versichert, daß die nichtamtlichen Mitteilungen, die über den Inhalt der Antworten bereits gemacht worden sind, zutreffend und im ganzen erschöpfend seien.

London, 13. Juni. „Lloyds Institut" meldet unter dem heutigen Datum: Der russische Hülfskreuzer „Dniepr" hielt auf der Höhe von Diamond point in der Malakka-Straße den holländischen Dampfer „Flores" an und übergab ihm 41 chinesische Mannschaften und die Post vom englischen Dampfer „St. Kilda", den der „Dniepr" in der Chinesischen See aufgebracht und zum Sinken gebracht hatte, weil er Konterbande an Bord hatte. Die europäischen Schiffsoffiziere und die Maschinisten des englischen Dampfers wurden an Bord des „Dniepr" zurückbehalten.

Attentat.

Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Athen von heute: Der frühere Ministerpräsident Delijannis erhielt vor dem Portal der Kammer einen tödlichen Messerstich in den Unterleib. Der Täter wurde verhaftet.

Verantw. Red.: Franz Rehbein, Berlin. Inseratenverantw. (mit Ausnahme der „Neuen Welt"-Beilage): Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanst. Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

16. Generalversammlung des Verbandes deutscher Bergarbeiter.

Zweiter Verhandlungstag.

Berlin, 11. Juni.

Die Statutenberatung nimmt noch längere Zeit in Anspruch. Nach Schluß derselben wird das gesamte Material der schon erwähnten Kommission überwiesen, die sofort zusammentritt. Auch Vorschläge auf Regelung der Gehaltsverhältnisse der Verbandsbeamten werden ihr überwiesen. Aus dem dann folgenden Vorstandsbericht und der darüber geführten Diskussion können wir Raummangels halber nichts geben. Erwähnenswerte Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Den Kassenbericht gibt der Kassierer Horn.

Die Eintrittsgelder sind schon jetzt zu einer doppelt so hohen Summe angewachsen wie im Vorjahre, der Streik hat einen Einnahmeausfall an Mitgliederbeiträgen von 75 000 M. hervorgerufen, die Gemaßregeltenunterstützung erforderte 5340 M. Das Verbandsvermögen, das im Vorjahre seinen stärksten Zuwachs, um 295 000 M. hatte, ist in diesem Jahre weiter von 735 000 auf 814 000 M. gestiegen. Pro Mitglied betrug der Vermögensbestand im Jahre 1903 6,36 M., 1904 9,11 M. Der Bericht schließt: Die für dieses Jahr in Aussicht genommene Beitragserhöhung wird den Abschluß in Mitgliederzahl und Vermögensbestand hoffentlich noch viel günstiger gestalten als die bisherigen Ergebnisse sind.

Dritter Verhandlungstag.

In der Montagsitzung wird der Bericht des Kontrollausschusses und die Presse behandelt. Ein zum letzten Punkt gestellter Antrag auf Absetzung des Redakteurs Hue wird von Werner-Lütgendortmund begründet, aber nicht zur Annahme empfohlen. Es handelt sich nur um Kleinlichkeiten. Der Antrag erhält bei der Abstimmung schließlich eine einzige Stimme. Abgelehnt wird auch der Antrag auf Einsetzung einer Preßkommission, dagegen der Antrag auf Verbot der Parteipolemiken angenommen, ebenso die Anträge auf Ausbau der polnischen Zeitung.

Hue hält hierauf das Referat über „Die Taktik beim Streik im Ruhrrevier". Er führt aus: Kameraden! Sie erwarten mein Referat mit einer gewissen Spannung, aber Sie dürfen nicht glauben, daß ich Ihnen ein Rezept für unsere Taktik bei künftigen Streiks zu geben beabsichtige. Sollten wir uns darüber unterhalten, so würde ich dafür nur eine nicht öffentliche Sitzung für geeignet halten. Jetzt will ich nur über das sprechen, was hinter uns liegt. Der große Streik hat viel Kritiken, starke Nachwehen wachgerufen, die aber nach meiner Meinung vielfach gänzlich unberechtigt waren. Es fehlt uns ja eine statistische Uebersicht über die Erfahrung bei den großen Streiks im Auslande. Wir wissen nicht, ob in einem bestimmten Falle ein partieller Streik oder ein allgemeiner Ausstand mehr Aussicht auf Erfolg hat. Ich meine, die Streiktaktik muß sich immer nach den gegebenen Tatsachen und Umständen richten. Viele Angriffe auf uns aber sind von den schon genannten Kritikern gegen uns gerichtet worden, ohne Kenntnis dieser tatsächlichen Verhältnisse. Ich habe keine Veranlassung, mich an den einzelnen Persönlichkeiten, die Kritik geübt haben, zu reiben. Wir wollen uns hier keineswegs als unfehlbar hinstellen, wir verlangen aber Gerechtigkeit in der Kritik. Leider muß ich sagen, daß die Kritiker, die über uns hergefallen sind, es nicht einmal für notwendig gehalten haben, sich bei uns zu informieren. Man hat uns vorgeworfen, daß wir 1. zu wenig vorbereitet in den Streik gegangen seien, 2. daß das Zusammengehen mit den christlichen Organisationen und die Führung einer gemeinsamen Kasse vom Uebel gewesen sei, 3., daß wir dem ultramontanen Einfluß in der Siebener-Kommission unterlegen seien, 4., daß der Abbruch des Streiks dem Massengefühl widersprochen habe und 5., daß wir keinen Wagemut gezeigt hätten, daß der große Moment ein kleines Geschlecht gefunden habe.

Gewiß, der Generalstreik war wenig vorbereitet, da er von uns weder gewünscht noch angezettelt worden ist, sondern ein elementarer Ausbruch der Empörung einer gedrückten Arbeiterschaft war. Und es gibt keinen besseren Beweis dafür, daß alle die Beschimpfungen im Abgeordnetenhause und Herrenhause gegen uns in nichts zerfallen. Warum war nun der Generalstreik schlecht vorbereitet? Weil unsere Organisation zu schwach war. Das aber ist nicht unsere Schuld, sondern das liegt in der miserablen wirtschaftlichen Lage der Bergarbeiter. Wir haben uns in den Zeiten der Hochkonjunktur die Lunge ausgeredet, aber von den 270 000 Bergleuten gehören nur 60 000 dem Verbande an und davon sind Zehntausende nicht einmal sattelfeste Kämpfer. Wir wußten das und wußten noch mehr, daß die Unternehmer ein Interesse am Ausbruch des Streiks haben konnten. Im Prozeß Engel ist das ganz klar erwiesen worden. Bergmeister Engel erklärte vor Gericht, 1900 hätten die Unternehmer einlenkend geantwortet, weil sie einen Streik befürchteten. Diesmal verhielten sich die Unternehmer geradezu provozierend. (Sehr richtig!) In diesem Streik sollte der Verband der Bergarbeiter zerschmettert werden, damit die Unternehmer es bei kommender Hochkonjunktur mit einer schwachen Organisation zu tun hätten. (Allgemeine Zustimmung.) Wir wußten, daß die Kohlenlager überreichlich gefüllt waren. Die Masse der Arbeiter hatte keinen Ueberblick darüber. In Zukunft wird es nötig sein, daß dieses Moment allgemeinere Berücksichtigung findet. Wir haben deshalb gebremst, die Masse aber wollte vom Bremsen nichts wissen. Die Unternehmer haben provoziert, weil sie die Schwäche unserer Organisation kannten. Sie haben keinen Schaden vom Streik gehabt, sie haben ihre Kohlenlager geräumt und im April waren alle Verluste schon wieder wettgemacht.

Man hat gesagt, die internationale Organisation hat nicht geklappt. Das ist richtig. Die im Zusammenhang damit aufgestellte Behauptung aber, daß wir Belgien zu einem Sympathiestreik veranlaßt haben, ist unrichtig. Die Genossen Schröder und Bernstein, die in Belgien verhandelt haben, haben den belgischen Genossen direkt vom Streik abgeraten und sie nur gebeten, keine Ueberschichten zu machen und eine größere Ausfuhr zu verhindern. England hat uns finanziell unterstützt und ich will deshalb nicht unhöflich werden, aber gesagt muß es werden: die englischen Organisationen hätten bei ihrer Stärke eine größere Ausfuhr von Kohlen nach Deutschland verhindern können. Die Ausfuhr aus England aber ist in der Zeit des Streiks um eine ganze Million Tonnen gewachsen. Aus England, Oesterreich und Belgien sind während des Streiks 1 600 000 Tonnen Kohlen mehr nach Deutschland eingeführt worden als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die internationale Solidarität hat also wirklich nicht geklappt, aber das ist nicht unsere Schuld, wie unser ganzes bisheriges Verhalten auf den verschiedenen internationalen Kongressen gezeigt hat. (Zustimmung.)

Auch in der Verbandsleitung haben Meinungsverschiedenheiten darüber bestanden, ob ein partieller oder allgemeiner Ausstand angezeigt sei, aber die Vertrauensmänner-Konferenz beschloß, nicht in einen allgemeinen Ausstand einzutreten, und davon hatten auch Leute Kenntnis, die hinterher den Generalstreik mit allen Kräften geschürt haben. Auch an dem Uebergreifen des Streiks ist die Mangelhaftigkeit unserer Organisation schuld. Wir konnten gar nicht für einen allgemeinen Streik sein, weil wir nicht wußten, wie sich die anderen Organisationen dazu stellen würden. Diejenigen, die uns vorwarfen, daß wir zuviel mit den anderen Organisationen verhandelten, sind schuld daran, daß wir in solcher Unkenntnis über die Absichten der anderen Berufsverbände waren. Wären wir in ständiger Fühlung mit ihnen geblieben, wir hätten uns besser vorbereiten können. Man hat nun gesagt, wir hätten es allein machen sollen. Ich wünsche niemandem die Tage und Stunden der Aufregung kurz vor dem Ausbruch des Streiks, die wir in der Ungewißheit über das Verhalten der christlichen Organisationen verbracht haben. Stand doch mehr auf dem Spiele, als das Ruhrgebiet und die Bergarbeiter, handelte es sich doch darum, ob die Scharfmacher eine Entrechtung des gesamten arbeitenden Volkes herbeiführen konnten. In jenen Tagen haben wir empfunden, welche Macht eine wirklich starke Organisation gerade der Bergarbeiter für die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands bedeuten könnte. Allein konnten wir nicht vorgehen und unsere Forderungen wurden ja auch von den anderen Organisationen angenommen. Sie alle haben sich die „sozialdemokratischen" Forderungen zu eigen gemacht. Gerade die, die uns das Wasser abgraben sollten, haben zu uns gestanden. Es ist geradezu eine Großtat, daß diese bunt zusammengewürfelte Masse auf ein gemeinsames Programm verpflichtet werden konnte. (Beifall.) Die Siebener-Kommission hat bahnbrechend gewirkt im Sinne der Gesamtarbeiterbewegung. (Erneute Zustimmung.)

Man hat uns Hyperneutralität vorgeworfen. Was man nicht definieren kann, sieht man als groben Unfug an, und was man nicht begreifen kann, sieht man als überneutral an. Besonders hat man von der fixen Idee Hues gesprochen. Dabei war Hue gar nicht bei der Abmachung mit den übrigen Organisationen zugegen. Sachse und Husemann haben den Grundstein für das Zusammengehen gelegt, ich war bei der Grundsteinlegung nicht zugegen. Ich gehörte auch nicht zu der Siebener-Kommission, wurde nur manchmal hinzugezogen. Nicht der Neutralitätsduseler Hue, nicht seine Liebhabereien, sondern die unerschütterlichen Tatsachen sind hier bestimmend gewesen. Die Taktik muß sich nach dem richten, was der gegebene Augenblick verlangt. Wer das nicht versteht, mag Doktor aller vier Fakultäten sein, zum Streikführer ist er nicht geeignet. Fühlung mit anderen Berufsorganisationen haben — ich nenne nur die Organisationen im Rheinland, Westfalen — die Textilarbeiter, Dachdecker, Schneider, Bäcker, Holzarbeiter, Maurer u. a. genommen. Was die Maurer und Holzarbeiter getan haben, ist es bei uns ein Verbrechen? Die gemeinsame Kasse soll vom Uebel gewesen sein. Insofern, als sie nicht genug Geld aufwies (große Heiterkeit), mag sie vom Uebel gewesen sein, die heutige Generalversammlung wird hoffentlich in dieser Beziehung eine Aenderung herbeiführen. Hätten wir keine gemeinsame Kasse gehabt, so wäre die große Masse der Indifferenten, da wir ja immer noch das meiste Geld hatten, zu uns gekommen und wir hätten den Anforderungen gar nicht gerecht werden können, sicher pro Kopf nicht die gleiche Unterstützung zahlen können, wie die übrigen Organisationen. Das hätte einen sehr schlechten Eindruck gemacht. Und gilt denn die Brüderlichkeit unter uns gar nichts mehr? Betrachten wir die übrigen Arbeiter nicht auch als Leidensgenossen? Es ist ein Unheil, daß bei so gewaltigen wirtschaftlichen Kämpfen nicht nach dem Klassenempfinden geurteilt wird, sondern daß man glaubt, erst den Arbeiter nennen zu dürfen, nachdem man den Parteimann genannt hat. Für mich war es der schönste Beweis von Solidarität, daß man nicht nach Konfessionen, nicht nach Parteien gefragt hat. Soll diese Solidarität verschwinden, dann rede man nicht mehr von Idealismus. Wir haben gesagt: Hier ist die Kasse, wenn's alle ist, wird nichts mehr verteilt. Wir werden deshalb von unseren christlichen Arbeitsbrüdern auch nicht mehr wie früher als die bösen Buben angesehen. In den schwärzesten Bezirken sind Sachse und Husemann jubelnd begrüßt worden. Man kann auch nicht sagen, die christlichen Arbeiter seien weniger kampffreudig gewesen als wir. Am 19. Januar, dem Höhepunkt des Streiks, war die Höchstzahl der Streikenden in katholischen Bezirken. Unsere Bewegung hätte den größten Schaden, wenn wir uns teilen ließen und selbst teilten. Wir Arbeiter gehören zusammen und werden uns von Fanatikern nicht trennen lassen. (Zustimmung.)

In der Siebener-Kommission soll uns der ultramontane Einfluß beherrscht haben. Der eine Effert soll unsern Sachse, unsern Hansmann verführt haben. Ich kann Sie versichern, in der Siebener-Kommission waren so gut wie gar keine sachlichen Meinungsverschiedenheiten. Es zeigte sich, daß wenn der Arbeiter zum Arbeiter kommt, eine Verständigung im Nu erzielt wird.

Hier wird das Referat Hues durch die Mittagspause unterbrochen.

In der Nachmittagssitzung fährt Hue in seinem Referat fort. Er stellt fest, daß man in der Siebener-Kommission in allen entscheidenden Fragen völlig einig war, daß Sachse aber mit seiner eigenen gewerkschaftlichen Erfahrung nicht das letzte, sondern das erste Wort gehabt habe. Effert wurde als Repräsentant an die Spitze der Siebener-Kommission gestellt. Bergmeister Engel hat das einen sehr geschickten Schachzug genannt. Die Kritiker in der uns befreundeten Partei waren entgegengesetzter Meinung. Wir haben Effert an die Spitze gestellt, weil wir sehen wollten, ob die Unternehmer dem christlichen Führer mehr Entgegenkommen zeigen würden als uns. Sie haben ihn ebenso zurückgewiesen wie uns, und aller Welt ist jetzt klar, daß der Unternehmer den Teufel danach fragt, ob die Arbeiterschaft christlich oder unchristlich ist, allen Arbeitern ist es klar geworden, daß sie selbst ihre Forderungen erkämpfen müssen. (Zustimmung.)

Den Höhepunkt erreichte die Kritik in dem Vorwurf, wir hätten den Streik ohne Rücksicht auf die Massenstimmung plötzlich abgebrochen. Ein anderes Verhalten unsererseits war aber nicht möglich. In dem weiten Gebiete überall Versammlungen abzuhalten, war ganz ausgeschlossen. Das hätte nicht zu einem Abbruch, sondern zu einem kläglichen Zusammenbruch geführt. Bei der Mangelhaftigkeit unserer Organisation mußten wir so handeln, wie wir gehandelt haben. Wir hatten unsere Vertrauensleute von der Aussichtslosigkeit des Kampfes informiert. Es war aber ein großer Fehler unserer besten Freunde, daß sie diese Informationen nicht weitergegeben haben. Schon acht Tage vor Beendigung des Streiks hatten wir ihnen gesagt, daß wir innerhalb einer Woche entweder mit dem Siege oder dem Abbruch rechnen müssen. Ich stelle fest, daß in der Vertrauensmännerkonferenz nur eine einzige Stimme gegen den Abbruch des Streiks abgegeben wurde. Entscheidend war für uns die Geldfrage. Die Massenarmut der Bergleute im Ruhrrevier zwang uns, mit der Auszahlung der Gelder schon acht Tage nach Proklamierung des Streiks zu beginnen. Am 19. Januar hatte der Streik seinen Höhepunkt erreicht. Schon am 9. Februar waren 10 000 Arbeiter in die Grube zurückgekehrt. Der Streik mußte rasch abgebrochen werden. Dieser Abbruch war ein taktisches Meisterstück. Aus den Reden der Scharfmacher im Landtage haben wir es gehört, daß dadurch eine Niederlage der Sozialdemokratie verhütet worden ist. Auch der Vorwurf, daß wir den Streik nicht genügend zur politischen Aufklärung ausgenutzt hätten, ist unberechtigt. Wir haben niemand in der politischen Propaganda gehindert. Verlangt haben wir nur, daß die Parteipolitik von den Belegschaftsversammlungen ferngehalten werde. Hätten wir das nicht getan, das ganze Ruhrrevier wäre von der Klerisei und den evangelischen Bundesbrüdern überschwemmt worden. Wir haben auch unseren Parteifreunden nicht das geringste in den Weg gelegt, aus dem Streik die politischen Lehren zu ziehen, ich muß aber sagen, diese Art der Propaganda ist von unseren Kritikern aus der Partei nicht genügend ausgenutzt worden.

Im Zusammenhange mit dem Vorwurf der ungenügenden politischen Ausnutzung des Streiks ist uns gesagt worden, der große Moment habe ein kleines Geschlecht gefunden, die Nur-Gewerkschaftlerei habe ein klägliches Fiasko gemacht. Ich bin niemals für Nur-Gewerkschaftlerei eingetreten, es gibt in Deutschland keinen Nur-Gewerkschaftler. Wäre es nicht schon vorher so gewesen, der Streik hätte dafür gesorgt. Wir alle sind durchdrungen davon, daß die gewerkschaftliche Organisation eine bessere materielle Lage herbeiführen und daß dann die politische Aufklärung einsetzen muß. Nach dem ganzen Verlaufe der ganzen Gesetzgebungsaktion kann ich es nicht verstehen, daß irgend ein im Streik gestandener Bergarbeiter noch zu einer anderen politischen Partei Vertrauen hat, als zur Sozialdemokratie. Für mich steht es fest, daß unsere alleinige politische Vertretung die Sozialdemokratie ist. (Beifall.) Dagegen wehre ich mich gegen parteipolitische Agitation innerhalb unserer Gewerkschaft. Eine besondere Parteiorganisation wäre ja dann auch zwecklos. Außerdem liegen aber doch die Verhältnisse so, daß wir noch große, weite rückständige Arbeitermassen zu gewinnen haben, die erst durch die Berufsorganisation für weitere politische Aufklärung reif werden.

Redner stellt sich auf den jüngst vom „Vorwärts" in dem Streit über das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften eingenommenen Standpunkt, daß Reibungen zwischen beiden am besten vermieden werden, wenn man sich über die verschiedenen Aufgaben beider ganz klar wird, und befürwortet die schon früher mitgeteilte Resolution. Er schließt:

Aus dem Streik haben wir die Lehre zu ziehen, daß unsere Organisation gestärkt werden muß, daß uns Einigkeit Not tut. Was wir den großen Generalstreik nennen, das war nur ein Vorpostengefecht, ein Geplänkel. Wir haben unsere Kraft einmal erprobt und die Macht des Unternehmertums, seinen Einfluß auf die Gesetzgebung erkannt. Unser Verband steht jetzt nach dem Streik stärker da als je zuvor und auf unserer heutigen Generalversammlung gibt es keinen Delegierten, der gegen eine Erhöhung der Beiträge wäre. Wir alle wissen, daß wir uns zu neuen Kämpfen neu rüsten müssen. Ein Erfolg des Streiks liegt in der Aufrüttelung der Volksseele. Das Volk hat gesehen, daß Hunderttausende von Arbeitern hungern müssen und von der Gnade einer Hand voll Millionäre oder Milliardäre abhängen. Und es wird rasch einsehen, daß ein solcher Gesellschaftszustand keine Berechtigung hat, vielmehr seiner völligen Vernichtung sobald als möglich entgegengeführt werden muß. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion treten zunächst die Delegierten Rüßler-Recklinghausen und Linke-Drostfeld dem Referenten bei. Darauf nimmt das Wort der Vertreter der österreichischen Bergarbeiter Ebert. Er geht auf die österreichischen Verhältnisse ein zur Erklärung der Steigerung der Kohlenausfuhr aus Oesterreich während des Streiks. Die österreichischen Zechenbesitzer haben einen Teil des früheren Absatzgebietes verloren und wollten daher den Streik benützen, um das verlorene Gebiet wieder zu gewinnen. Allenthalben waren große Kohlenvorräte vorhanden, die nun abgesetzt werden sollten. Außerdem genehmigten die Behörden eine Verlängerung der Arbeitszeit auf zehn Stunden, obgleich bei uns der Neunstundentag gesetzlich eingeführt ist. An einen Streik war nicht zu denken, da unsere Organisation zu schwach ist. An dem Zusammengehen Ihres Verbandes mit den anderen Organisationen haben wir nichts Anstößiges gefunden. Das erschien uns ganz selbstverständlich.

Ich erwähne das, weil unsere österreichische Organisation nicht als neutral gilt. Der Abbruch des Streiks erschien uns als eine taktische Klugheit; es wäre besser, wenn auch der österreichische Streik 1900 früher abgebrochen worden wäre. (Hört! hört!) Wäre das geschehen, so wäre unsere Organisation nicht so vollständig zusammengebrochen. (Lebhafter Beifall.)

Dann folgen die Delegierten Meier-Schmidthorst, Ernst-Borbeck, Heinen-Steele, Pokorny-Zwickau, die alle die Taktik des Verbandes billigen. Wagner-Essen bekennt, daß er aus einem Saulus ein Paulus geworden sei, und Sachse stellt fest, daß es deren noch mehrere gebe.

Nachdem Scholthyssek-Beuthen seine Zustimmung zur Taktik der Siebener-Kommission ausgesprochen hat, die auch in Oberschlesien dem Verbande einen Zuwachs von 2500 Mitgliedern gebracht habe, wird beschlossen, nur noch Gegner der Hueschen Auffassung zum Wort kommen zu lassen. Drei Delegierte führen darüber Klage, daß die Bezirksvertrauensleute die lokalen Vertrauensleute nicht rechtzeitig von der Absicht unterrichtet hätten, den Streik abzubrechen. Wer die Schuld daran trage, lasse sich ja jetzt nicht mehr feststellen.

Dirks-Dortmund und Werner-Lütgen-Dortmund nehmen die „Dortmunder Arbeiterzeitung" gegen Hues Angriffe in Schutz. Ihr Redakteur Konrad Hänisch verdiene die Bezeichnung Hetzer keineswegs, die Parteigenossen von Dortmund seien mit ihm durchaus zufrieden.

Peter Meis-Gelsenkirchen tadelt den überstürzten Abbruch des Streiks. Es hätte gar nichts geschadet, wenn der Streik ein paar Tage länger gedauert hätte und inzwischen die Mitglieder aufgeklärt worden wären. Nach einem kurzen Schlußwort Hues wird mit überaus großer Mehrheit beschlossen, sein Referat in Broschürenform herauszugeben. Die von ihm vorgelegte Resolution wird mit allen gegen zwei Stimmen (Harpen und Lütgen-Dortmund) angenommen. Darauf wird die Weiterberatung auf Dienstag vertagt.

Vierter Verhandlungstag.

Leimpeters gibt den Bericht über den deutschen Gewerkschaftskongreß zu Köln. Bei der Besprechung des Generalstreiks streifte er die Aeußerung Bömelburgs über die Literaten und interpretiert sie dahin, daß Bömelburg nur die Literaten des München-Gladbacher Klüngels gemeint habe, nicht die Parteiliteraten. Daß aber gerade die „Leipziger Volkszeitung" die Parteiliteraten so in Schutz nehme, sei verwunderlich, da sie nach dem Dresdener Parteitag selbst gegen die Parteiliteraten Stellung genommen und geschrieben habe, die Arbeiter müßten die Literaten erziehen. Er schätze die Literaten in der Partei, nur das allzu viele Theoretisieren verwerfe er. Redner schildert dann die Debatten über den Generalstreik und fährt fort: Der Gewerkschaftskongreß hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Gewerkschaften den Generalstreik nicht diskutieren sollen, er hat aber der Partei keinen Maulkorb anlegen wollen, denn die Partei ist selbständig.

Die „Dortmunder Arbeiterzeitung" hat von der Resolution Bömelburg geschrieben, die Weltgeschichte werde über sie zur Tagesordnung übergehen. Das mag sein, denn mit Resolutionen hält man den Lauf der Weltgeschichte überhaupt für gewöhnlich nicht auf. Aber auch über andere Resolutionen ist die Weltgeschichte schon zur Tagesordnung übergegangen. So über die Resolution, die 1872 auf dem Kongreß der Alten Internationale in Saragossa gefaßt wurde, von der Propaganda des Achtstundentages abzulassen; ebenso über eine Resolution, die 1874 auf der Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins angenommen wurde, wonach jeder organisierte Sozialdemokrat, der eine Gewerkschaft unterstützte, Parteiverräter sein sollte.

Nun zur Maifeier. (Lebhafte Aha!-Rufe.) Der Kölner Kongreß ist in dieser Frage nicht wie das Hornberger Schießen ausgegangen. Durch das Schlußwort Bömelburgs, mit dem sich die Delegierten einverstanden erklärten, wurden die Beschlüsse des internationalen Kongresses in der Maifeierfrage für bindend erklärt. Ueber den Gedanken der Maifeier bestand überhaupt keine Meinungsverschiedenheit, nur über die Form. Im Ruhrrevier ist von einer wirklichen Maifeier bisher nicht die Rede gewesen. In Wattenscheid war die Maifeier-Versammlung von kaum 30 Personen besucht. Das ist eine Karrikatur der Maifeier. Nun soll ich gesagt haben, die internationalen Kongreßbeschlüsse gehen uns nichts an. In Wirklichkeit habe ich nur gesagt, die internationalen Beschlüsse sind nicht bindend für den Gewerkschaftskongreß, nur maßgebend für die einzelnen Gewerkschaften, nicht für die Gesamtheit der Gewerkschaften. Jetzt freilich, durch den Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses ist die Sache anders. In der Parteipresse aber nimmt man an, daß die Beschlüsse internationaler Kongresse ohne weiteres für die deutschen Gewerkschaften bindend seien. Nur gegen ausländische Organisationen ist man toleranter. Die Kerntruppen der Amsterdamer Sozialdemokratie, der Verband der Diamantschleifer, hat sich, wie aus einem in der „Neuen Zeit" veröffentlichten Artikel hervorgeht, vom internationalen Kongreß ganz ferngehalten. Kautsky hat aber nicht den geringsten Tadel ausgesprochen. Unsere Reichstagsfraktion hat doch in den ersten Jahren den Pariser Beschluß auf eigene Faust abgeändert. Das darf sie doch eigentlich

auch nicht. Es bestehen doch überhaupt in der Partei auch über die Maifeierfrage Meinungsverschiedenheiten. Auf jedem Parteitag sind solche Meinungsverschiedenheiten zum Ausdruck gekommen.

Am heftigsten aber bin ich angegriffen, weil ich von Chinesen und Botokuden sprach. Ich gebe zu, daß ich in der Form zu weit gegangen bin. Ich wollte nur die auf den internationalen Kongressen übliche Abstimmung nach Nationen kritisieren und hätte besser von Japanern und Indern gesprochen. Wir im Verbande räumen doch der Zahlstelle Schmidthorst mit 2000 Mitgliedern auch ein größeres Recht ein, als der Zahlstelle Freimingen Das beste ist, daß die Engländer und Franzosen die Annahme des Maifeierbeschlusses in Amsterdam durchgesetzt haben, obwohl weder Engländer noch Franzosen die Maifeier halten. Ich bestreite, daß es sich hier um einen Gegensatz zwischen Gewerkschaft und Partei handelt. Die Maifeier ist eine politische Demonstration, und die Differenzen bestehen innerhalb der Partei. Ich stehe nicht auf dem Standpunkt der englischen Trades-Unionisten. Ich bin kein Nur-Gewerkschaftler, sondern ein ebenso guter Parteigenosse wie Gewerkschaftler. Ich habe in Köln 12 Minuten gesprochen. Meine Rede ist nur in sechs Zeilen wiedergegeben worden, und wer meinen Redefluß kennt, wird zugeben, daß das unmöglich ist. (Große Heiterkeit.) Das Pferd geht manchmal mit dem Kerl durch. Das will ich offen eingestehen.

Es wird eine Resolution eingebracht, wonach sich die Generalversammlung mit den Verhandlungen des Kölner Gewerkschaftskongresses mit Ausnahme der Aeußerungen Leimpeters über die Maifeierfrage einverstanden erklärt.

Außerdem liegt ein Antrag vor, die Erklärung Bömelburgs, daß die Beschlüsse des letzten internationalen Kongresses in der Maifeierfrage für die Gewerkschaften bindend seien, anzuerkennen.

Des weiteren wird beantragt, daß die wegen der Maifeier Gemaßregelten Unterstützung erhalten und daß durch Beschluß der Generalversammlung der erste Mai als Ruhetag proklamiert und dementsprechend in der „Bergarbeiter-Zeitung" dafür Propaganda gemacht werden soll.

Pokorny-Zwickau: Die Delegierten des Bergarbeiter-Verbandes haben in Köln zweimal gegen Leimpeters Stellung nehmen müssen. Einmal bei der Frage des Generalstreiks, wo er die Aeußerung tat, daß die Regierung beim Bergarbeiterstreik auf seiten der Arbeiter gestanden habe. (Leimpeters ruft: Ein Teil der Regierung!) Nein, die Regierung. Wir haben alle fünf genau gehört. Das zweitemal in der Frage der Maifeier. Der ganze Ton, den hier Leimpeters angeschlagen hat, war so, daß wir uns geschämt haben, mit ihm an einem Tische zu sitzen. Einverstanden bin ich mit Leimpeters darin, daß es Literaten gibt, die besser schwiegen (Heiterkeit) und einer der unglücklichsten Literaten ist Kamerad Leimpeters. Man soll nicht schreiben, um zu schreiben, sondern damit andere ihre Freude daran haben können. (Heiterkeit.) Es ist nicht bloß das Temperament, welches Leimpeters Streiche spielt, auch in ruhigen Stunden verfolgt er eine Richtung, die wir nicht mitmachen können, wie das sein Artikel in den sozialistischen Monatsheften zeigt. Meist apportiert Leimpeters nur die Ansichten von Hue. (Heiterkeit.) Auch in Köln haben wir gesehen, wie Hue auf Leimpeters eingeredet hat. Immer muß die Neutralität oder der Revisionismus in die Debatte geworfen werden, daß es einem schon zum Halse herauswächst. Immer von neuem wird der Gegensatz künstlich geschürt, nur um wieder neue Artikel schreiben zu können. Wir brauchen gar nicht auf die Beschlüsse der internationalen Kongresse Bezug zu nehmen. Für uns als Parteigenossen gelten schon die Beschlüsse der Parteitage im Lande, und es ist gar kein Grund einzusehen, weshalb man gegen die Maifeier mit solcher Vehemenz vorgeht. Wir brauchen Einigkeit in der Arbeiterbewegung. Die Aeußerung von den Chinesen und Botokuden war ganz ungehörig. Auch hier sind kleine Reviere vertreten und die Japaner haben auch das Recht auf den internationalen Kongressen vertreten zu sein. (Sehr richtig!) (Ruf: Die Botokuden auch? Heiterkeit.) Die Botokuden sind mir lieber, als manchmal unser Freund Leimpeters. (Große Heiterkeit.) Leimpeters hat seine Selbständigkeit ganz verloren. Ueberall spürt man die Ideen Hues. Freilich sind sie manchmal so verballhornisiert, daß Hue selbst seinen Freund verleugnen muß. (Große Heiterkeit.) Leimpeters, Du hast Dich, seitdem Du Redakteur der „Bergarbeiter-Zeitung" bist, furchtbar gemausert. Die schwache Beteiligung bei der Maifeier im Ruhrrevier liegt an der Behandlung der Frage durch die „Bergarbeiter-Zeitung". Noch niemals hat eine Maifeier aber der deutschen Arbeiterbewegung Schaden zugefügt und wo Demonstrationen, wenn auch von noch so wenigen, ausgeführt worden sind, da hat die Maifeier wahre edle Arbeitergefühle ausgelöst. Die paar Goldfüchse, die wegen der Maifeier von den Gewerkschaften ausgegeben worden sind, haben die Gewerkschaftsbewegung auch nicht geschädigt. Es ist unmöglich, den Arbeitern ihre Ideale zu rauben. Freund Leimpeters! Setze Dich auf den Hosenboden und tue Deine Schuldigkeit für die Gewerkschaft, das ist besser als wenn Du nachplapperst, was Dein großer Lehrer Dir eingeblasen hat und wenn Du den Verband in Kalamitäten und Verlegenheiten bringst. (Große Heiterkeit und Beifall.)

Bartels-Dortmund: Leimpeters hat hier gebeichtet. Immer wenn er eine kapitale Dummheit macht, folgt die Generalbeichte. Wenn er aber so weiter macht, so werden sich Anträge auf Absetzung von Redakteuren wiederholen. Sie sind bedauerlich, aber begreiflich, und schließlich wird eine Zeit kommen, wo sie die Majorität finden. Die Arbeiter wollen keinen Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften, das wollen nur Literaten vom Schlage Leimpeters. (Sehr richtig!) Vom Vorstand müssen wir verlangen, daß er sein Aufsichtsrecht der Redaktion gegenüber wahrt und künftig verhindert, daß so matte, begeisterungslose Maiartikel in unsere Zeitung kommen. Ich gehe mit der „Dortmunder Arbeiterzeitung" gewiß nicht durch dick und dünn und stelle als Parteigenosse die Sache stets über die Person. Aber wenn die „Arbeiterzeitung" gegen die Aeußerung Leimpeters in der Maifeierfrage protestiert hat, so gibt sie damit der allgemeinen Stimmung der Verbandsmitglieder Ausdruck. Mit dem Gewerkschaftskongreß bin ich im allgemeinen einverstanden, mit der Aeußerung über die Chinesen und Botokuden hat aber Leimpeters einen großen Bock geschossen. Nehmen Sie die Resolution gegen Leimpeters an, damit nicht der Verband für die Dummheiten Leimpeters verantwortlich gemacht wird. (Beifall.)

Redakteur der „Bergarbeiter-Zeitung" **Januscheck**: Hue hat seine Ansichten Leimpeters nicht aufgedrängt. Der Gedanke der Maifeier ist nicht schlecht, aber seine Durchführung ist bisher schlecht gewesen. Darin hat Leimpeters ganz recht. Ich habe jetzt als Beamter bei der Maifeier nichts zu riskieren und spreche dagegen, wie ich schon vor sechs Jahren dagegen gesprochen habe, als ich noch in der Grube tätig war. Leimpeters hat auch darin recht, daß er nur ausgesprochen hat, was andere denken, aber nicht zu sagen wagen.

Schröder-Teuchern erklärt, daß Leimpeters nicht die Stimmung der Verbandsmitglieder auf dem Gewerkschaftskongreß zu Köln zum Ausdruck gebracht habe.

Hansmann-Bochum: Wenn das Resultat der Maifeier uns nicht befriedigt, so müssen wir danach streben, es besser zu gestalten. Meiner Meinung nach haben die Arbeiter ebenso gut das Recht, einen Feiertag zu bestimmen, wie irgend ein regierender Fürst. Daß Leimpeters mit seiner Aeußerung, die Regierung habe auf seiten der streikenden Bergarbeiter gestanden, unrecht hatte, beweist die ganze Gesetzgebungsaktion.

Borowski-Essen stellt sich auf den Standpunkt von Pokorny und Bartels. Redner tritt dann für den Antrag ein, den wegen der Maifeier gemaßregelten Mitgliedern Gemaßregeltenunterstützung zu gewähren. Die Unternehmer würden sich hüten, Massenaussperrungen vorzunehmen. (Hue ruft: Sehr richtig!) Eine Ablehnung des Antrages würde aber bedeuten, daß man sich vor dem Kapital beuge.

Hue: Die Debatte erweckt den Eindruck, als ob das Wohl und Wehe des Bergarbeiter-Verbandes allein von der Maifeier abhinge. (Ruf: Das ist auch so!) An dem, was in Köln geschehen ist, ist Leimpeters nicht schuld, auch nicht Hue, sondern Freund Pokorny. (Heiterkeit.) Ich habe Pokorny geraten, eine Vorbesprechung unter den Delegierten vorzunehmen und festzustellen, welcher Meinung die Majorität der Delegierten ist. Ich bin nämlich dafür, daß die Delegation jeder Gewerkschaft als geschlossene Gruppe auftritt und daß die Minderheit in der Delegation sich der Meinung der Mehrheit fügt und schweigt. Pokorny hat diesen meinen Rat nicht befolgt, und es ist unrecht von ihm, hier als Ankläger aufzutreten, nachdem er die Aeußerungen Leimpeters verhindern konnte. Ich bitte Sie, die Resolution über den Kölner Gewerkschaftskongreß ohne die persönliche Spitze gegen Leimpeters anzunehmen. Er hat hier seine Fehler offen eingestanden und das muß der Generalversammlung genügen. Mit dem Vorstand bin ich immer ein Herz und eine Seele, nur nicht in der Frage der Maifeier (Heiterkeit). Da habe ich im Gegensatz zu Sachse auf dem Standpunkt gestanden, daß wir uns an den Amsterdamer Beschluß nicht binden brauchen, weil wir in Amsterdam gar nicht vertreten waren. Ich bin aber dafür, daß wir den nächsten internationalen Kongreß in Stuttgart beschicken. Der letzte Maifeierartikel der „Bergarbeiter-Zeitung", der hier so wenig Billigung gefunden hat, ist im Einverständnis mit dem Vorstand erschienen. Wir wollten in der kritischen Zeit nach dem Streik nicht zur allgemeinen Arbeitsruhe auffordern. In der Zukunft soll es anders werden. Der Hauptgrund, weshalb ich der Maifeierfrage so kritisch gegenüberstand, war der, daß der Bergarbeiterverband finanziell gar nicht in der Lage war, die Kosten für die Arbeitsruhe zu tragen. Jetzt, wo die Beiträge erhöht werden, liegt ja die Sache ganz anders und wenn Sie beschließen, daß der erste Mai als Ruhetag proklamiert werden soll, dann müssen Sie auch beschließen, daß Gemaßregeltenunterstützung gezahlt wird. Ich habe nichts gegen die Annahme dieser Anträge und bitte Sie auch, sich mit der Erklärung Bömelburgs in Köln, wonach der Beschluß des Amsterdamer Kongresses vorläufig für uns bindend ist, einverstanden zu erklären.

Linke-Dorstfeld: Daß der Reichskanzler jüngst geäußert hat, die neutralen Gewerkschaften seien ungefährlich, sollte für uns ein Grund sein, auch innerhalb der Gewerkschaften mehr für die Ziele der sozialdemokratischen Partei Propaganda zu machen. Ueber die Maifeier kann man allerdings geteilter Meinung sein, aber der nächste internationale Kongreß wird ja endlich freie Bahn schaffen.

Straube-Alstaden führt Klage darüber, daß auch in Oberhausen die Gewerkschaftler und Parteigenossen die Genossenschaftsbewegung nicht unterstützten. Im übrigen verurteilt der Redner gleich mehreren anderen die Aeußerungen Leimpeters, die gegen die internationale Solidarität verstießen.

Eine Resolution **Heinen**-Steele, die Arbeitsruhe für den ersten Mai nicht obligatorisch zu machen und die wegen der Maifeier Gemaßregelten nicht vom Verband zu unterstützen, wird genügend unterstützt.

Husemann-Bochum (Vorstand) bedauert die Aeußerungen Bömelburgs auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß über den Generalstreik. Das deutsche Volk werde sich einen Wahlrechtsraub nicht ruhig gefallen lassen. Ueberhaupt sei der Gewerkschaftskongreß nicht die richtige Instanz über diese Frage zu diskutieren. In einer öffentlichen Sitzung des Kölner Gewerkschaftskongresses habe Legien gesagt, wenn die freien Gewerkschaftler antireligiös würden, so bewiesen sie, daß sie vernünftig seien. Ein Mann in der Stellung Legiens sollte sich seine Worte besser überlegen und nicht in dieser Weise den Gegnern Waffen liefern.

Zwei vorliegende Schlußanträge werden vom Vorsitzenden Sachse mit dem Hinweis bekämpft, daß die Anträge auf Unterstützung der Maigemaßregelten schwerwiegend und noch nicht genügend diskutiert seien. Es müsse noch Gelegenheit gegeben werden, sie zu bekämpfen. Die Weiterberatung wird auf Mittwoch 8½ Uhr vertagt.

Zum Punkt 8 der Tagesordnung **„Der Stand der deutschen Berggesetzgebung"**, der in den nächsten Tagen zur Verhandlung kommt, ist von **Sachse**-Bochum bereits folgende **Resolution** eingebracht worden:

„Die Generalversammlung kann die Berggesetznovelle, wie sie von der Regierung und dem preußischen Abgeordnetenhause gestaltet worden ist, nicht einmal als Abschlagszahlung an die Bergarbeiter betrachten, sondern empfindet die Behandlung der Bergarbeiterschutz-Gesetzgebung durch die gesetzgebenden Faktoren als Verhöhnung der Arbeiter und wünscht, daß das Herrenhaus das Gesetz verwirft, damit die Materie durch Reichsgesetz geregelt wird.

Wir halten nach wie vor an den Forderungen fest, welche die Ende März in Berlin tagende gemeinsame preußische Bergarbeiter-Konferenz aufgestellt hat und betonen ausdrücklich, daß diese Forderungen — niedergelegt in dem Protokoll des Bergarbeitertages — als das mindeste bezeichnet werden müssen, was wir Bergarbeiter jetzt von der Gesetzgebung zu verlangen berechtigt sind und was ohne jede Schädigung der Industrie bewilligt werden kann.

Die Bestimmung über die Schichtzeit ist nicht nur ganz ungenügend, sondern wird infolge der kautschukartigen Fassung auch zu schweren starken Kämpfen führen.

Das beschlossene Verbot der Ueberschichten vor Orten mit + 28 Grad Celsius ist Blendwerk, denn es hält dort so wie so niemand länger aus.

Da der Wagenkontrolleur nach § 80c jederzeit durch Ablegung seitens der Werksverwaltung seines Postens enthoben werden kann, wird er nur ein Spielball in den Händen der Werksbeamten sein.

Die Arbeiterausschüsse hat der Landtag nicht nur ganz rechtlos gemacht, sondern sie sind zu Hilfstruppen der Unternehmer ausersehen, wie aus § 80i hervorgeht.

Der „Gesundheitsbeirat" ist nichts weiter als ein Schaustück.

Durch das Verwaltungsstreitverfahren und die Einführung eines „Bergausschusses" ist der Einfluß des Unternehmertums noch verstärkt worden.

Wir protestieren gegen ein solches Gesetz und verlangen von der Regierung, daß sie, um ihr Wort voll und ganz einlösen zu können, dem Reichstag einen entsprechenden Entwurf vorlegt.

Auch in bezug auf die Knappschaftskassen-Reform verlangen wir, daß das, was die preußische Bergarbeiter-Konferenz in ihrer Resolution betreffs des Knappschaftswesens niedergelegt hat, reichsgesetzlich geregelt wird."

Siebente Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Leipzig, Montag, 12. Juni.

Der Generalversammlung ging am Sonnabend voran eine **Konferenz der Former**, in welcher die Arbeitsverhältnisse dieser Branche, das Akkordsystem und sonstige engere Berufsfragen sehr gründlich erörtert wurden. Die Quintessenz der Konferenz besteht in der Annahme folgender Resolution:

„Die am 10. Juni 1905 in Leipzig tagende Konferenz der Former und Berufsgenossen erachtet die Schaffung von Lohn- und Arbeitsbedingungen, welche nach einheitlichen Grundsätzen geregelt sind, für durchaus notwendig.

Eine solche Notwendigkeit hat sich ganz besonders herausgestellt durch die vom Vorstande des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes im Jahre 1903 aufgenommenen statistischen Erhebungen. Die Ungleichheiten in der Berechnung der Akkordarbeiten, der Bezahlung des unverschuldeten Ausschusses, der Arbeitszeit, Stellung genügender Hülfskräfte und genügenden Arbeitsmaterials bedürfen einer Regelung.

Die Konferenz erwartet vom Vorstande des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, daß er Vorbereitungen trifft, die geeignet sind, diese Zustände zu beseitigen.

Die bisherigen Erfahrungen welche bei den Streiks und Lohnbewegungen der Former und Berufsgenossen gemacht worden sind, drängen dahin, grundsätzliche Aenderungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen vorzunehmen, und schlägt daher die Konferenz folgende Grundlage vor:

Bei allen Akkordarbeiten ist ein den örtlichen Verhältnissen entsprechender Mindestverdienst zugrunde zu legen, jedoch nicht unter 21 Mark pro Woche.

Die Arbeitszeit (auch an den Gießtagen) ist auf höchstens zehn Stunden festzusetzen.

Für unvermeidliche Ueberstunden ist ein Lohnaufschlag von 25 Proz. zu fordern."

Am Pfingstmontag-Vormittag begann sodann die **Generalversammlung** selbst. Sie tagt in dem prächtigen neuen Heim der Leipziger Genossen, dem Volkshause (früher Tivoli), in der Zeitzer Straße, dessen großer Saal in geschmackvoller Weise mit Girlanden, Fahnen und Produkten der Kunstgärtnerei geschmückt ist. Die Bühne, auf welcher der Vorstandstisch placiert ist, ist in einen üppigen Lorbeerhain verwandelt, aus dessen Hintergrunde wirkungsvoll die große Büste der Göttin der Freiheit grüßt.

Punkt 11 Uhr erfreute vor Beginn der Verhandlungen das künstlerisch geschulte Quartett des Thonberger Arbeitergesangvereins die in sehr reicher Zahl erschienenen Delegierten, Gäste und Zuhörer mit dem fein nuancierten Vortrage des Liedes: „Brüder, reicht die Hand zum Bunde". Namens des Lokalkomitees begrüßte sodann der Geschäftsführer der Leipziger Zahlstelle, Genosse **Fromm**, den Verbandstag und die Vertreter der ausländischen Bruderorganisationen auf das herzlichste. Noch vor weniger als zehn Jahren hätte man nicht geglaubt, daß in Sachsen jemals ein Verbandstag würde abgehalten werden können. Seitdem sind aber die Schranken gefallen und das Wachstum der Gewerkschaften hat so mit sich gebracht, daß auch den sächsischen Arbeitern jenes bescheidene Maß von Bewegungsfreiheit zuteil wurde, das ihre Kollegen in anderen deutschen Bundesstaaten längst besaßen. Jenen Verfolgungen verdanken zum guten Teil die Gewerkschaften ihre Erstarkung, die hoffentlich in Zukunft sich noch weiter entwickelt. Auch dieser Verbandstag wird wie seine Vorgänger sicher das Ansehen und die Würde des Verbandes nach außen und innen fördern und in diesem Sinne heiße er nochmals alle herzlich willkommen. Seid gegrüßt in Leipzig! (Beifall.)

Der Vorsitzende des Zentralverbandes, A. **Schlicke**-Stuttgart, dankt dem Vorredner für die sympathische Begrüßung und heißt auch seinerseits die Erschienenen herzlichst willkommen. Gesetzliche Schwierigkeiten, von denen der Vorredner ja bereits gesprochen, lagen vor und deshalb allein ist der Verband mit seiner Generalversammlung so spät nach Leipzig gekommen. Auch heute wie zur Zeit der Berliner Generalversammlung vor zwei Jahren hat die Organisation gegen das Unternehmertum zu kämpfen. Auch heute noch sind unsere Gegner die alten — nicht gewillt und nicht befähigt, aus der Vergangenheit zu lernen. Mit Freuden können wir schöne Organisationsfortschritte konstatieren, nicht nur in bezug auf Mitgliederzahl und Umfang, sondern auch an innerer Festigkeit. Trotz hier und da erlittener Niederlagen ist die Bewegung doch vorwärts gegangen und die brutale Taktik der Unternehmer ist erschüttert — sie sind mit ihrem Latein zu Ende! (Sehr richtig!) Der Vorschlag der ABC-Aussperrung ist ein solches Verlegenheitsprodukt, welches zeigt, daß die Unternehmer das ABC der Arbeiterbewegung noch nicht begriffen haben. (Heiterkeit.) Sicherlich bringt uns die Zukunft größere Kämpfe und die Leipziger Generalversammlung hat die Waffen zu prüfen, mit welchen wir erfolgreich der Taktik des Unternehmertums entgegentreten können — möglichst geschlossen, von **einem** korporativen Willen beseelt! Auch die ausländische Arbeiterschaft hat das Wirken des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes anerkannt; Beweis dessen: der letzte internationale Metallarbeiter-Kongreß hat uns die Leitung der Geschäfte des internationalen Sekretariats übertragen. Wir wollen nicht nur diese Aufgabe fördern, sondern den internationalen Gedanken dadurch stärken, daß wir für starke nationale Verbände sorgen. Durch die reichhaltige Delegation fremder Gäste erkennt die europäische Kollegenschaft an, daß es nützlich ist, die deutsche Metallarbeiter-Bewegung kennen zu lernen. Es sind erschienen: vom **Verband der Metallarbeiter Oesterreichs**: Franz Domes und A. Nowack-Wien, vom **Zentralverband der Eisen- und Metallarbeiter Ungarns**: Teszarß-Budapest, vom **Schweizerischen Metallarbeiter-Verband** A. Hugler-Bern, vom **Dansk Smede og Maskinarbejder Forbund**: J. A. Hansen-Kopenhagen, vom **Norsk Jern- og Metallarbeider-Forbund** M. Ormestad-Kristiania, vom **Svenska Järn- och Metallarbetare-Förbundet** Johannsen-Stockholm, von der **Amalgamated Society of Engineers of England** George N. Barnes-London, von der **National Society of Amalgamated Brass Workers**: W. J. Davis-Birmingham, von der **Union Fédérale des Ouvriers Métallurgistes de France**: Jean Latapie-Paris und sodann ist noch eingeladen und erschienen der bisherige Verweser des **internationalen Informations-Bureaus der Metallarbeiter**: Charles Hobson-Sheffield. Redner heißt die Erschienenen herzlichst willkommen, gedenkt der Toten des Verbandes und hofft auf besten Fortschritt. (Beifall.)

Sodann gibt **Ischinger**-München einen Bericht über die **Münchener Aussperrung und die allgemeine Situation in Bayern**, aus welchem ersichtlich, daß hier eine arge Provokation des Unternehmertums vorliegt, die gegenwärtig scheinbar an Schärfe etwas abgenommen, die aber sehr leicht in ihren Folgeerscheinungen wahrscheinlich zu bösen Verwickelungen führen kann.

Auf Vorschlag **Brandes**-Magdeburg wird in dieser odiosen Sache ohne weitere Diskussion folgende **Resolution** einstimmig angenommen:

„Die siebente Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Leipzig nimmt Kenntnis von der in der bayerischen Metallindustrie erfolgten Aussperrung und der geplanten Erweiterung derselben. Sie erblickt darin eine Maßregel, die die streitenden Teile aufs höchste zu erbittern geeignet ist und eine Verständigung erschwert oder gar unmöglich macht.

Die Generalversammlung erwartet von den bayerischen Metallarbeitern, daß sie treu in dem ihnen aufgedrungenen Kampfe ausharren; sie verpflichtet aber zugleich den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, mit allen ihm statutarisch zustehenden Mitteln für die erfolgreiche Abwehr der Aussperrung zu sorgen."

Es folgen die sehr sympathischen Begrüßungsansprachen der fremdländischen Gäste und danach wird die **Tagesordnung** wie folgt definitiv festgesetzt.

1. Konstituierung der Generalversammlung und Wahl der Kommissionen.
2. Berichte des Vorstandes und des Ausschusses und Beratung etwaiger Anträge zu diesem Punkt und zum Verbandsorgan. Referenten A. Schlicke-Stuttgart und R. Weißig-Frankfurt a. M.
3. **Taktik bei Lohn- und Arbeitsbedingungen.** Referent: **Schlicke**. (Geschlossene Sitzung.)
4. **Revision des Verbandsstatuts** (Ausbau des **Unterstützungswesens**). Referent: **G. Reichel**-Stuttgart, Korreferent: **Handke**-Berlin.
5. **Bericht vom 5. deutschen Gewerkschaftskongreß in Köln a. Rh.** Referent: **Fritz Ehrler**-Frankfurt a. M.
6. **Das Prämiensystem und seine Wirkungen.** Referent: **A. Quist**-Kiel. (Zu diesem Punkte wird auf geäußerten Wunsch hin dem Chef der Personalabteilung der Zeiß-Werke, Herrn Direktor **Hahn**-Jena, als Gast das Wort gegeben werden.)
7. Erledigung sonstiger Verbandsangelegenheiten.

Nach kurzer Pause erstattet die Mandatsprüfungs-Kommission einen vorläufigen Bericht, wobei u. a. auch ein Leipziger Mandat noch nicht anerkannt wird, und sodann erfolgt **die Wahl des Bureaus**. Als Vorsitzende werden gewählt: A. Cohen-Berlin, Otto Schulz-Hamburg, A. Brandes-Magdeburg, als Schriftführer Hiesl-Dresden, Wagner-Chemnitz, Roth-Berlin, Biedermann-Rathenow, Kurth-München und Philipp-Berlin.

Nach Wahl verschiedener Kommissionen wird die Sitzung gegen 3 Uhr geschlossen.

Verband der Porzellan-Arbeiter.

Ehe die Generalversammlung am Sonntag in die Verhandlungen eintrat, sandte sie an den zurzeit in Montreux tagenden **Kongreß der französischen Porzellanarbeiter** ein Telegramm, worin die internationale Solidarität betont wird.

Dem Bericht der Mandatsprüfungs-Kommission zufolge sind 46 Verbandsdelegierte anwesend. Die dänischen Kollegen haben August Andersen als ihren Vertreter entsandt. Die Generalkommission wird durch Sassenbach vertreten.

Der erste Tag der Verhandlung war dem Geschäftsbericht des Vorstandes gewidmet, über den eingehend diskutiert wurde. Im Vordergrunde der Debatte stand die Frage, aus welchen Gründen der Porzellanarbeiter-Verband nicht vorwärtsschreite, während doch fast alle anderen Gewerkschaften in den letzten Jahren bedeutend gewachsen sind. Ein großer Teil der Delegierten suchte diese Tatsache dadurch zu erklären, daß die besoldeten Vorstandsmitglieder die Agitation nicht genug gepflegt hätten. Es wurde deshalb gefordert, daß der Vorstand eine regere Agitation betreiben solle. Andere Redner vertraten den Standpunkt, die ungünstige Lage des Verbandes sei nicht der mangelnden Agitation zuzuschreiben, sondern in den Verhältnissen begründet. In der Porzellanindustrie würden die gelernten Arbeiter mehr und mehr durch ungelernte ersetzt, die, meist aus rückständigen Elementen bestehend, dem Gedanken der Organisation weniger zugänglich seien, als die gelernten Arbeiter, die schon während der Lehrjahre in der Fabrik zur Solidarität erzogen werden können. Man stehe auch in der Porzellanindustrie einem äußerst rücksichtslosen Unternehmertum gegenüber, wodurch sich viele Arbeiter einschüchtern ließen und der Organisation fern bleiben. Eine Anzahl verlorener Streiks in der letzten Zeit hätten auch eine gewisse Mißstimmung unter den Kollegen hervorgerufen.

Im Anschluß hieran drehte sich dann die Debatte um die Taktik bei Streiks, die an der Hand von Einzelfällen besprochen wurde. Einige Redner meinten, man müsse hinsichtlich der Streiks Vorsicht walten lassen, Kämpfe nach Möglichkeit vermeiden und Streiks, die keine Aussicht mehr bieten, bald beenden. Auf der anderen Seite wurde hervorgehoben, daß dieser Standpunkt wohl richtig sei, sich aber nicht immer ausführen lasse. Viele Streiks hätten ihre Ursache in Angriffen der Unternehmer auf das Koalitionsrecht der Arbeiter. Solche Angriffe müßten unter allen Umständen zurückgewiesen werden, auch wenn der Ausgang des Kampfes zweifelhaft sei.

Aus Altwasser in Schlesien ist ein Delegierter anwesend, dem der Fabrikdirektor den Urlaub zur Generalversammlung verweigerte mit dem Bemerken, er würde zu jeder anderen Gelegenheit Urlaub bekommen, nur nicht zur Generalversammlung des Porzellanarbeiter-Verbandes. Da ein nochmaliges Ersuchen um Urlaub erfolglos blieb, so ist der Delegierte auf Anraten des Verbandsvorstandes ohne Urlaub zur Generalversammlung gekommen. Der Verbandsvorstand hält die Art, wie der Direktor den Urlaub verweigerte, für einen Eingriff in das Koalitionsrecht der Arbeiter, den man nicht ruhig hinnehmen dürfe. Da in Altwasser — es handelt sich um die Fabrik eines Herrn von Thielsch — noch weiterer Konfliktstoff vorhanden ist, so sind aus dem erwähnten Vorfall neue verschärfte Differenzen zu erwarten. — Diese Angelegenheit zeitigte eine mehrstündige Debatte, die in nichtöffentlicher Sitzung geführt wurde und bis zum Schluß des ersten Verhandlungstages währte.

Nach der Eröffnung der Sitzung am Montag begrüßte der Vorsitzende den Genossen Palme, der als Vertreter der österreichischen Porzellanarbeiter-Organisation erschienen ist.

Der Kongreß der französischen Porzellanarbeiter hat ein Telegramm gesandt, in dem er den deutschen Kollegen brüderliche und internationale Grüße darbietet.

Die Angelegenheit in Altwasser, welche am vorhergehenden Tage in nichtöffentlicher Sitzung behandelt worden ist, wurde durch die Annahme der folgenden Resolution erledigt:

„Die Generalversammlung hält mit der bisher darüber gepflogenen Debatte den Fall Altwasser für genügend erörtert. Sie spricht dem Vorstande über die bis jetzt von ihm in dieser Angelegenheit geübte Taktik die vollste Anerkennung aus und überweist dem Vorstande, im vollsten Vertrauen, daß derselbe die geeignete Lösung finden wird, die Sache Altwasser zur endgültigen Entscheidung."

Hierauf wurde die Debatte über den Vorstandsbericht fortgesetzt. Sie bewegte sich in demselben Rahmen wie am ersten Verhandlungstage. Hauptsächlich besprach man die Vorgänge bei den in den letzten drei Jahren geführten Streiks, außerdem wurden von den verschiedenen Zahlstellen mancherlei Wünsche und Beschwerden von geringerer Bedeutung vorgebracht, auf welche die angegriffenen Vorstandsmitglieder antworteten. Zur Kritik, die mehrere Delegierte an der vom Vorstande befolgten Streiktaktik geübt hatten, bemerkte der Verbandsvorsitzende Wollmann, der Vorstand sei möglichst vorsichtig in der Bewilligung von Streiks. Wenn aber die Unternehmer durch ihr Vorgehen gegen die Organisation die Arbeiter in den Kampf treiben, dann müsse ein solcher Streik aufgenommen und durchgeführt werden. Wenn auch einige dieser Streiks verloren worden seien, so wären die Opfer nicht umsonst gebracht, denn wenn die Unternehmer einmal erfahren hätten, daß sich die Arbeiter gegen Angriffe auf ihr Koalitionsrecht wehren, würden sie sich ein andermal besinnen und den Streik zu vermeiden suchen. Auf diese Weise hätten selbst die verlorenen Streiks der Organisation genützt.

Gegen den Redakteur des Verbandsorgans „Die Ameise" brachte der Delegierte aus Roßlau eine Beschwerde vor. Dort erhielten die Arbeiter einer Fabrik eine Weihnachtsgratifikation von zwei Prozent des Jahresverdienstes. Das Verbandsorgan brachte diese Mitteilung und bemerkte dazu: 98 Prozent behält man wohlweislich für sich. — Der betreffende Fabrikleiter las diese Bemerkung und erklärte darauf, daß die Arbeiter keine Gratifikation mehr erhalten würden. Das ist der Grund, weshalb sich die Arbeiter über die Notiz beklagen.

Redakteur Zietsch, der erst in der Zeit zwischen der vorigen und der jetzigen Generalversammlung das frei gewordene Amt des Redakteurs angetreten hat, benutzte diese Gelegenheit zu einer großzügigen Darlegung der Grundsätze, nach denen seiner Meinung nach ein Gewerkschaftsblatt geleitet werden müsse. Was den Roßlauer Fall betreffe, so könne ein Arbeiterblatt eine derartige Mitteilung nicht bringen, ohne eine kritische Bemerkung daran zu knüpfen. Er halte es für seine Pflicht, den Arbeitern zu zeigen, daß sie keine Ursache haben, derartige Zuwendungen, die sie doch erarbeitet haben, als Wohltat zu betrachten, für die man dem Unternehmer danken müsse. Er halte es für bedauerlich, daß sich Arbeiter darüber beklagen, wenn ihr Verbandsorgan eine Bemerkung macht, die dem Unternehmer unangenehm sein könnte. Im Anschluß hieran möge man ihm gestatten zu sagen, was er aus der „Ameise" machen möchte, falls er wiedergewählt werde. Ein Gewerkschaftsblatt solle nicht ein bloßes Fachblatt sein, es solle vielmehr in erster Linie der Agitation dienen. Wenn auch die Angelegenheiten des Berufes und der Organisation zunächst berücksichtigt werden müssen, so habe ein Gewerkschaftsblatt doch auch die Aufgabe, politische Aufklärung zu verbreiten. Für das Organ der Porzellanarbeiter sei die Erfüllung dieser Aufgabe deshalb besonders notwendig, weil dessen Leser zum großen Teil in entlegenen Orten wohnen, wo die politische Arbeiterpresse noch nicht Eingang gefunden hat. Auch der Unterhaltungsteil solle im Verbandsorgan gepflegt und mit Rücksicht auf die weiblichen Berufsangehörigen die Frauenbewegung behandelt werden. Den Kollegen solle Gelegenheit gegeben werden, ihre Meinung im Blatte zum Ausdruck zu bringen. Ein nach diesen Grundsätzen geleitetes Blatt diene den Interessen der Arbeiterbewegung.

Die Versammlung nahm diese Ausführungen mit großer Aufmerksamkeit entgegen und gab ihre Zustimmung durch Beifall zu erkennen.

Verbandstag der Buch- und Steindruckerei-Hülfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Halle, 12. Juni.

In dem festlich dekorierten Saale „Moritzburg" begannen am Sonnabend vor Pfingsten die Verhandlungen oben genannten Verbandes. Der Verband zählt rund 6000 Mitglieder. Außer dem Vorstand sind 88 Vertreter und 14 Vertreterinnen anwesend. Die Generalkommission ist durch Kube-Berlin, der Verband der Buchdrucker durch Eifler-Berlin, der Verband der Lithographen und Steindrucker durch Albrecht-Berlin und die niederösterreichische Organisation (lokale Vereinigungen) durch Schuhmeier-Wien vertreten. Nach herzlichen Begrüßungsworten seitens der Leiterin des Verbandes, Frau Paula Thiede-Berlin, wurden die geschäftlichen Formalitäten erledigt. Der Wunsch nach internationaler Verständigung der noch jungen Organisation kam dadurch zum Ausdruck, daß der Verbandsvorstand beauftragt wurde, mit dem Niederösterreichischen Hülfsarbeiterverein bezüglich eines Gegenseitigkeitsverhältnisses in Verbindung zu treten und in nächster Zeit den Mitgliedern entsprechende Vorschläge zu machen.

Am zweiten Verhandlungstage beschäftigte man sich zunächst mit dem Rechenschaftsbericht des Vorstandes. Den Mitgliedern ist ein stattliches Büchelchen von 70 Druckseiten unterbreitet worden. Darin ist mit Fleiß und Uebersichtlichkeit die Situation im Berufe geschildert. Die Vorsitzende Frau Thiede konnte mit Genugtuung konstatieren, daß der Verband, der mehr weibliche als männliche Mitglieder zähle, sehr gute Fortschritte gemacht habe. Streiks finanziell entsprechend zu unterstützen, dazu sei die Organisation gegenwärtig noch etwas zu schwach. Beklagt wird, daß in einigen Filialen mit dem Verbande der Transport- und Fabrikarbeiter ab und zu Kollisionen vorgekommen sind. Nach einer lebhaften Diskussion wurde dem Verbandsvorstande bezüglich seiner Tätigkeit Decharge erteilt.

Ueber Lohnbewegungen und Tarifvereinbarungen referierte die Vorsitzende Frau Thiede. Selbstverständlich, so führte sie aus, sei die Organisation im Prinzip für Tarifverträge. Wenn man aber solche Tarife schaffe, dann müsse man beginnen, die Löhne von unten herauf zu regeln. Der in München abgeschlossene Vertrag könne keineswegs befriedigen. In einigen Betrieben, wo Tarifvereinbarungen geplant wurden, wollten die Unternehmer gewisse Arbeitergruppen davon ausschließen. Die Druckereibesitzer stellten Erhebungen an, und rechneten bei ihren Festlegungen, um möglichst niedrige Durchschnittslöhne zu erhalten, die Löhne der Lernenden in diese Erhebungen hinein. Auf derartige miserable „Zugeständnisse" habe die Organisation nicht eingehen können. Bedauerlich sei es, daß sich in einigen Betrieben organisierte Buchdrucker dazu herbeigelassen haben, nicht bloß mit Streikbrechern (Hülfsarbeitern) zusammen zu arbeiten, sondern sogar Streikbrecher anzulernen. Diese Mißstände sind allerdings mehr auf einzelne Personen zurückzuführen, da die Organisation der Buchdrucker stets die Absicht gehabt habe, den Hülfsarbeitern beizustehen. Hoffentlich würden die vorhandenen Mißstände durch die nächste Generalversammlung der Buchdrucker, zu der beteiligte Vertreter der Organisationen eingeladen sind, beseitigt. (Beifall.)

In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß die Buchdrucker bei Streiks usw. auch auf die Unterstützung der Hülfsarbeiter und Arbeiterinnen zu rechnen hätten. Weitere Klagen wurden über Maschinenmeister geführt, die häufig sehr rigoros handelten und das weibliche Personal als „Untergebene" behandelten. Gewisse „gelernte Künstler" vom Buchdrucker-Verbande sollten doch endlich einsehen, daß die Hülfsarbeiterinnen ihnen gleichberechtigte Arbeiterinnen sind. — Da es inzwischen 7 Uhr abends geworden ist, und die Hallesche Filiale die Teilnehmer des Verbandstages zu einer Wasserfahrt eingeladen hat, bat die Vorsitzende, die Sitzung abzubrechen, damit die Kahnpartie der Hallenser „nicht zu Wasser" gemacht werde. (Heiterkeit.)

Am dritten Verhandlungstage bekam zunächst der Vertreter der Buchdruckerorganisation, Eifler-Berlin, das Wort, der die Tarifgemeinschaft als sehr vorteilhaft bezeichnete. Die Buchdrucker würden auch künftig den Tarif wegen der Dauer von fünf Jahren nicht scheitern lassen. Der Tarif setze aber auch Vertragstreue auf seiten der Arbeiter voraus. Richtig sei, daß die Buchdrucker auf Grund ihres Tarifs den Hülfsarbeitern die Unterstützung öfter versagen mußten. Die Buchdrucker auf die Anklagebank zu bringen, sei durchaus unberechtigt und die Angriffe, die erfolgt sind, müssen als unzulässig bezeichnet werden. Die Vertragstreue binde, und die Hülfsarbeiter und Arbeiterinnen müssen sich billigerweise schon damit begnügen, was die Buchdrucker für zweckdienlich halten. (Unruhe und Rufe: Hört! hört!) Die Angriffe gegen die Buchdrucker machten nur böses Blut. Redner verspricht schließlich, für eine Verständigung bei seiner Organisation wirken zu wollen.

Der Vertreter des Verbandes der Lithographen und Steindrucker, Albrecht-Berlin, erklärt, er sei dazu ermächtigt, mitzuteilen, daß die Mitglieder seiner Organisation es auf alle Fälle ablehnen, mit streikbrechenden Hülfsarbeitern ꝛc. zusammen zu arbeiten. (Beifall.)

Der Delegierte Pucker-Berlin wendet sich in scharfer Weise gegen Eifler. Neben der Vertragstreue gegenüber dem Unternehmertum sollte seitens der Buchdrucker auch die Solidarität gegenüber den Arbeitern gepflegt werden. Der Buchdrucker-„Correspondent" habe die Hülfsarbeiterinnen geradezu verhöhnt. In einem Versammlungsbericht sei geschrieben worden: Das weibliche Hülfspersonal sollte erst einmal zum Pflichtgefühl und zur Achtung gegenüber den Vorgesetzten erzogen werden. (Unruhe.) Auch Frau Thiede wendet sich nochmals gegen Eifler. Die Wahrheit müsse gesagt werden, und wenn sie auch häßlich klinge. Feingefühl sei hier nicht angebracht.

Eine Resolution, in der die Buchdrucker zur Solidarität aufgefordert und ersucht werden, künftig mit Streikbrechern nicht mehr zusammen zu arbeiten, wurde einstimmig angenommen.

Verband der Friseurgehülfen. Donnerstag, den 15. Juni, abends 10 Uhr, Rosenthalerstraße 11/12: Kombinierte Generalversammlung. Tagesordnung: Die Verhandlung vor dem Einigungsamt. — Nur Mitglieder haben Zutritt. Mitgliedsbuch legitimiert.

Vermischtes.

Hochwasser und Ueberschwemmung. Nach einer Depesche des „New Yorker Herald" aus Chicago hat Hochwasser des Mississippiflusses an den Strecken der Chicago—Burlington—Quincy-Bahn sowie der Chicago-Rock Island and Pacific-Bahn erheblichen Schaden angerichtet, der auf etwa eine Million Dollars geschätzt wird. Ebenso groß wird der den Saaten in der dortigen Gegend zugefügte Schaden geschätzt. Eine Anzahl Personen werden vermißt, sie dürften in den Fluten umgekommen sein.

Sonntag mittag ging in Konstantinopel ein Wolkenbruch nieder, während gleichzeitig eine Windhose tobte, deren Mittelpunkt in den Vororten Beschik-Tasch und Ortakoi am Bosporus war. Zahlreiche Häuser wurden beschädigt, einige sind eingestürzt. Mehrere türkische Schiffe erlitten Beschädigungen, eine Anzahl Barken sind untergegangen. Auch in Gärten und Feldern ist der Schaden sehr groß. Der Sultan leitete sofort ein umfassendes Hülfswerk ein. Gestern nachmittag wütete ein starker Hagelsturm, bei dem taubeneigroße Eisstücke niederfielen. Der Schaden ist anscheinend sehr groß. — In Skutari wurden neuerlich drei Erdstöße, darunter zwei ziemlich heftige, die von unterirdischem Getöse begleitet waren, verspürt.

Ein heftiges Gewitter hat in Paris in der Nacht zum Sonntag die meisten Telephon- und Telegraphenlinien unbrauchbar gemacht. Der Schaden ist sehr bedeutend. In vielen Stadtvierteln sind die Keller überschwemmt. Die Bahnstation La Chapelle war völlig überschwemmt und die Züge konnten bis tief in die Nacht hinein die Station nicht befahren.

Einer der Wiener Rothschilds, Baron Nathaniel von Rothschild, ist im Alter von neunundsechzig Jahren in Wien gestorben. Er war der ältere Bruder des Barons Albert von Rothschild, des Inhabers der Firma F. M. von Rothschild. Er lebte seit Jahren von allen Geschäften zurückgezogen und blieb unverheiratet. Baron Nathaniel war ein Sonderling. So besuchte er zum Beispiel auf seinen Reisen nie Hotels, sondern fuhr und schlief stets in Extrazügen.

Schreckliches Brandunglück. In Groß-Monkau, Kreis Marienburg, brach heute früh gegen 12½ Uhr in einer Arbeiterbaracke Feuer aus. 10 Arbeiter (Russen) werden vermißt; sie sind anscheinend sämtlich verbrannt. 3 Leichen wurden bisher aus den Trümmern geborgen. 7 Arbeiter wurden schwer verletzt in das Krankenhaus in Dirschau eingeliefert.

Grubenunglück. Harbke bei Helmstedt, 13. Juni. Auf der Braunkohlengrube „Kleines Feld" bei Harbke wurden heute mittag durch Bruch 5 Bergleute verschüttet und nach zweistündiger Tätigkeit als Leichen geborgen.

Der Mont Pelée in Tätigkeit. Der unheilvolle Vulkan Mont Pelée unseligen Angedenkens hat seine drohende Tätigkeit wieder aufgenommen. Aus Fort-de-France wird telegraphiert: Am 3. Juni schoß eine hohe Flamme empor; dann war der Berg bis zum 10. Juni still. Am Sonnabend leuchtete die Kuppel im Feuer auf; am Sonntag früh stürzte die Kuppel zusammen, weißer Schlamm floß ins Tal hinab und eine etwa 800 Meter hohe Rauchsäule stieg empor. Jetzt ist wieder alles ruhig.

Wasserstand am 10. Juni. Elbe bei Dresden — 1,18 Meter, bei Magdeburg + 1,04 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 1,50 Meter. — Oder bei Frankfurt + 1,66 Meter. — Weichsel bei Brahemünde + 5,38 Meter.

Die Beerdigung des Zimmerers
Franz Galle
findet heute (Mittwoch) 6 Uhr von der Leichenhalle des Neuen St. Michael-Kirchhofes, Britz, Mariendorferweg aus statt. 2361b
Die trauernden Hinterbliebenen.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann und unser guter Vater, der Tischler
Heinrich Hannuth
am 2. Pfingstfeiertage nach zweijährigem Krankenlager am Herzschlage gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 15. d. M., nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt. 34692
Witwe Hannuth nebst Kindern, Forsterstr. 42.

Zentral-Verband d. Zimmerer Deutschlands
Zahlstelle Berlin u. Umgegend. (Bezirk 5.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied
Franz Galle
infolge Absturzes am Freitag verstorben ist. 254/20
Die Beerdigung findet heute nachmittag 6 Uhr von der Leichenhalle des Neuen Michael-Kirchhofes in Britz, Mariendorfer Weg aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Zentral-Kranken-u. Sterbekasse der Zimmerer.
(Oertliche Verwaltungsstelle Berlin 5.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied 256/6
Franz Galle
infolge Absturzes am Freitag verstorben ist. 256/6
Die Beerdigung findet heute nachmittag 6 Uhr von der Leichenhalle des Neuen Michael-Kirchhofs in Britz (Mariendorfer Weg) aus statt. 256/6
Um recht rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter und Schwiegermutter
Berta Eckert
geb. **Densow**
nach kurzem, aber schwerem Leiden verstorben ist.
Fritz Eckert.
Hermann Eckert u. Frau.
Alfred Eckert.
Max Eckert.
Die Beerdigung findet am 14. Juni, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Zionskirchplatz 2 aus nach dem Zions-Kirchhof in Norden statt. 23675

Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.
Vereins-Kränze, Palmen- u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Guirlanden usw. werden fein u. preiswert geliefert

Hohlweins Kegler-Schlößchen.
(H. Redlich.)
Treptow, Köpenicker Landstr. 27.
Jeden Sonntag: **Konzert.**
Im Saale: **Gr. Ball.**
Mittwochs: **Leipziger Sänger.**
Kaffeeküche ½ Liter **70**, ¼ Liter **40** Pf. Glas Bier **10** Pf. Vorzügl. Weine.
Gute Speisen zu soliden Preisen.
Zu Festlichkeiten, Sommerfesten ꝛc. halte mein Lokal mit Saal und Garten bestens empfohlen. 32492*

Dr. Lell wohnt jetzt: **Rosenthalerstrasse 26 II.**
Homöopath und Spezial-Arzt für Haut-, Harn- und Geschl.-Leiden.
11—2 u. 5—8. Sonnt. 11—3. *

Sozialdemokratisch. Wahlverein Nowawes-Neuendorf.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Mitglied, der Maurer Genosse
Eduard Schmiede
am Sonntag, den 11. Juni, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 14. Juni, nachmittags 5 Uhr, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
203/4 **Der Vorstand.**
Die Mitglieder des Wahlvereins versammeln sich um 4 Uhr bei Hiemke, Wallstr. 55.

Central-Verband der Schmiede.
Zahlstelle Berlin.
Nachruf!
Am 8. Juni verstarb unser langjähriges Mitglied, der Kollege
Gustav Mertin
im Alter von 23 Jahren.
Wir verlieren in ihm ein sehr pflichtgetreues Mitglied und werden wir sein Andenken stets in Ehren halten. 176/16
Die Beerdigung fand bereits am 2. Pfingstfeiertage statt.
Die Ortsverwaltung.

Für die vielen Beweise der innigsten Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes 34712
Ernst Schmidt
sage allen Beteiligten, insbesondere dem Holzarbeiterverband und Wahlverein zu Rixdorf, meinen herzlichsten Dank.
Ida Schmidt geb. Raschig.

Danksagung.
Allen Freunden, Bekannten und Verwandten sage ich hiermit für die vielen Beweise der Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Töpfermeisters **Franz Wieyski**, meinen herzlichsten Dank.
Die trauernde Witwe Marie Wieyski 23605 **nebst Kindern.**

Dank.
Für die herzlichen Glückwünsche und Spende anläßlich meines 70jährigen Geburtstages spreche ich meinen werten Kollegen der Schönhauser Vorstadt und von Pankow auf diesem Wege meinen tiefgefühlten Dank aus.
2358b **Eduard Gutschke.**

Danksagung.
Für die Teilnahme an dem Begräbnis meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, sage ich allen Freunden und Bekannten, sowie dem Verband der Zimmerer, dem Rauchklub „Pfeifendeckel" und dem Gesangverein „Lyrania" meinen herzlichsten Dank. 23705
Witwe **Bleul** nebst Kindern.

Danksagung.
Für die zahlreiche Beteiligung und vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, des Stukkateurs **Oskar Baar**, sagen wir allen Verwandten und Bekannten, dem Zentralverband der Stukkateure, sowie den Kollegen der Firma Zeyer u. Drechsler unseren herzlichsten Dank. 34702
Witwe Anna Baar nebst Söhnen.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für 9/12*
Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

33342*
Sofastoffe
Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle-Plüsch. **Reste!** Mocquettes. Satteltaschen.
Muster d. näher. Angabe franko.
Emil Lefèvre, Berlin, Oranienstr. **158.**

Andreas-Festsäle.
Empfehle meine Säle zu Hochzeiten, Festlichkeiten und für Vereine.
Sonnabend u. Sonntag frei.

Volksversammlung

am **Donnerstag, den 15. Juni, abends 1/2 9 Uhr,**
in **Raabes Festsälen, Berlin N., Kolbergerstraße 23.**

Herr **Dr. med. Magnus Hirschfeld** spricht über das Thema:

Was muß jeder Mann, jede Frau über den Alkohol wissen?

2. Diskussion. 23035

Der Einberufer: H. Hochauf, Linienstr. 41.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Treppengeländer-Branche.

Die Abstempelung und Ausgabe **neuer** Berechtigungskarten erfolgt für diesen Monat am **Donnerstag, den 15. Juni,** in folgenden Lokalen:

Norden bei **Bergmann,** Brunnenstr. 79; 86/20
Osten bei **Krause,** Koppenstr. 41;
Südosten und **Westen** bei **Stramm,** Ritterstr. 123.

Die Mitgliedsbücher sind in allen Fällen als Legitimation mitzubringen.

Mittwoch, den 14. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in „Dräfels Festsälen", Neue Friedrichstr. 35:

Oeffentliche Zigarren- u. Zigarettenarbeiter-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Der Raub des Koalitionsrechts an den Dresdener Zigaretten-Arbeiterinnen und die Antwort des klassenbewußten Proletariats. Referent: **Karl Delchmann,** Bremen, Vorsitzender des deutschen Tabakarbeiter-Verbandes. 2. Verschiedenes. 187/6*

Die Vertrauensleute. J. A.: W. Börner.

Achtung! **Achtung!**

Bauhandwerker!

Für die in der

Treppengeländer-Branche

beschäftigten Arbeiter sind **neue graue Berechtigungskarten** herausgegeben. Diese Karten sind nur dann gültig, wenn sie regelmäßig jeden Monat auf der Rückseite abgestempelt sind. Da häufig versucht wird, die getroffenen Vereinbarungen zu durchbrechen, bitten wir die in Frage kommenden Bauhandwerker, überall die Vorzeigung dieser Berechtigungskarten zu verlangen. 87/1

Die Branchenkommission des Holzarbeiter-Verbandes.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.

Donnerstag, den 15. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

Vertrauensmänner-Versammlung.

Die Vertrauensleute und Druckereikassierer werden gebeten, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Legitimationskarte ist vorzuzeigen. Die Vorstände der Fachvereine werden ebenfalls um ihr Erscheinen ersucht. 36/8

Für den Gauvorstand:
Albert Massini, Vorsitzender.

Neu erschienen!

„Die wahre Lösung der sozialen Frage"

von **P. Jos. Tillmanns,** ehem. Lektor der Theologie, unter Mitarbeit des Kaufmanns **Theod. Oehmen** für den praktischen Teil. (182 Seiten stark.)

Der Inhalt gibt gründliche Aufklärung über:

1. **den Ruin des Mittelstandes und seine Ursachen,**
2. **das Fiasko unserer sozialen Gesetzgebung und**
3. **die Lösung der sozialen Frage.**

Preis 2,40 Mk.

Zu beziehen durch den Buchhandel und event. direkt vom Verlage: P. Jos. Tillmanns, Maxtenthal bei Kaiseresch (Rheinl.). 23695

Wer-Stoff-hat, feine Herrenanzug, 20 M., ohne Konkurrenz, feinste Zutat., 2 Anzr. Für guten Sitz bekam gold. Medaille. **Ludwig Engel, Prenzlauerstraße 23,** II. (Alexanderplatz). — Gegründet 1892. 16632*

Würzburger Hühneraugenmittel von Dr. H. Unger-Würzburg. — 20 Pf. In **Berlin:** Salomon-Apotheke, Charlottenstraße, Greif-Apotheke, Barnimstr. 33. In **Breslau:** 2571.* Viktoria-Apotheke, Friedr.-Wilhelmstr. 34

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. (Ortsverwaltung Berlin.)

Freitag, den 16. Juni, nachm. 5 1/2 Uhr, beim Kollegen J. Franke, Reinickendorf, Eichbornstr. 18:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Statutenberatung. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Verbandsangelegenheiten.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht

69/12 **Der Vorstand.** J. A.: **Ernst Obst.**

Korbwaren, Bettstellen
Grösstes Lager Berlins
Andreasstr. 23, Brunnenstr. 95
Beusselstr. 67, Leipzigerstr. 54-55
Verkauf Hof in Fabrikgebäuden.
1000 Mark zahle Jedem, der mir in **Belehnung** Berlin ein grösseres Spezial-Geschäft in der Branche als das meinige nachweist.
Katalog gratis.

Stotter heilanstalt G. Wagner Berlin-Ch., Herderstr. 15. Erfolg dauernd. Prosp. gr.

Gänsefedern 60 Pf.
pr. Pfund (größere zum Rupfen). Schlachtfedern, wie sie v. d. Gans fallen, mit allen Daunen M. 1.50, füllfertiger Gänserupf M. 2.00, bessere Gänsehalbdaunen M. 2.50, 3.00, beste schneeweiße M. 3.50, russische Daunen M. 3.50, weiße böhm. Daunen M. 5.00, gerissene Federn M. 1.50, 2.00, 2.50, Prima gerissene M. 3.00, 3.50, Versand gegen Nachnahme.
Gustav Lustig, Berlin S., Prinzenstraße 46a.
Erste Bettfedernfabrik m. elektr. Betriebe. Viele Anerkennungsschreib.

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung liefere elegante fertige Herren-Moden. Bestellung n. Maß, tadellose Ausführung in eigener Werkstatt.
Spezialgeschäft für
Herren-Bekleidung.
Kein Waren-Kredithaus.
J. Kurzberg,
An der Jannowitzbrücke 1, I.
Bahnhof Jannowitzbrücke.

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradehaltern, Spritzen, Suspensoirs, sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege.
Eigne Werkstatt.
Liefer. f. Orts- u. Hülfs-Krankenkassen
Berlin C.,
30. Linien-Straße 30.
NB. Alle Bruchbänder mit elastischen Pelotten, angenehm und weich im Körper. 2572.

Steppdecken
kauft man am preiswertesten nur direkt in der Fabrik, 72 Wallstraße 72, wo auch alte Steppdecken aufgearbeitet werden.
B. Strohmandel, Berlin 14.
Illustrierter Preiskatalog gratis.

Gesundheit ist Reichtum!

Regelmässiges Baden erhält und fördert die Gesundheit.

Bade Berlin-Ost im: **Bad Frankfurt** — Gr. Frankfurterstraße 136.
Bade Berlin-Süd im: **Ritter-Bad** — Ritterstr. 18, Ecke Prinzenstraße.

Medizinische Bäder aller Art

in werktäglich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für **Damen** und **Herren.**

2 Wannen-Bäder mit je 2 Handtüchern **0,75 Mk.** (40 Minuten Badezeit.)

Hygienisch einwandfrei bleiben nur Einzelbäder, niemals gemeinschaftlich benutzte Bassinbäder!

Aufruf an alle Arbeiter Deutschlands!

Das rigorose Vorgehen der Zigaretten-Fabrikanten Dresdens hat die organisierte Arbeiterschaft aufs tiefste erregt. Laut **Versammlungsbeschluß** der **Dresdener Arbeiter** und im Einverständnis mit der **Gewerkschafts-Kommission** und den **Vertrauensleuten** der **sozialdemokratischen Partei Berlins** wenden wir uns an alle denkenden Arbeiter und Zigaretten-Raucher mit der Bitte, uns in diesem uns aufgezwungenen Kampfe dadurch zu unterstützen, daß sie ihren **Bedarf nur bei Firmen decken,** die das **Koalitionsrecht** und die **bescheidenen Wünsche** ihrer Arbeiterinnen anerkannt haben.

Diese Firmen sind:

Gebr. Selowsky (Bolero u. Zenith), Casanova, Kasacky, Körner & Apfelstädt und Kosmos.

Bei folgenden Firmen soll den Arbeiterinnen das **Koalitionsrecht genommen** werden durch

„handschriftliche Versicherung an Eidesstatt":

Adler-Compagnie	**G. A. Jasmatzi A.-G.**	**J. Malzmann**	**Serail**
Alexandria	**Josetti G. m. b. H.**	**Monopol**	**Sulima**
Arabia	**Juwel in Poppitz**	**W. Alex Müller**	**Tuma**
Delta	**Kios**	**Osmanie**	**Jean Vouris**
A. M. Eckstein & Söhne	**Compagnie Laferme**	**Persia**	**B. Weller**
Epirus	**Compagnie Macedonia**	**Reunion**	**Xanthi**

Yenidze einschließlich der Firma **Josetti-Berlin,** Neue Friedrichstr. 9/10.

Arbeiter, Parteigenossen! An Euch liegt es nun, den ca. 4000 um ihr Koalitionsrecht kämpfenden Arbeiterinnen zum Siege zu verhelfen. Hoch die Solidarität!

Alle Anfragen behufs Aufklärung sind zu richten an **Willi Hahn,** Berlin NW.[23], Klopstockstr. 6. **Die Streikkommission.**

Verantw. Redakteur: Franz Rehbein, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Generalversammlung des Deutschen Werftarbeiter-Verbandes.

Kiel, den 12. Juni.

Am 11. Juni begann die 8. Generalversammlung des Deutschen Werftarbeiter-Verbandes. Aus dem Bericht des Vorstandes teilen wir folgendes mit:

In der Berichtsperiode, die die Jahre 1903 und 1904 umfaßt, befand sich die deutsche Schiffbau-Industrie durchweg in recht mißlicher Lage. Die allgemeine Wirtschaftskrisis, die am schärfsten im Jahre 1901 auftrat, machte ihren unheilvollen Einfluß im Schiffbau erst 1—2 Jahre später geltend. Die Werften hatten aber aus den Jahren der Prosperität noch eine große Zahl von Schiffbauten in Bestellung. Erst zu Anfang des Jahres 1903 hatten die Werften ihre Aufträge aufgearbeitet und trat bei ihnen der Rückschlag ein. Es machte sich auf manchen Werften der Arbeitsmangel empfindlich geltend.

Feierschichten, Arbeiterentlassungen und Arbeitszeitverkürzungen waren bei fast allen Werften zu verzeichnen. Besonders schwer litten im Jahre 1903 die großen Werften an der Ostsee unter dem Mangel an Aufträgen. Zu Anfang des Jahres 1904 begann sich dann die Geschäftslage langsam wieder zu heben. Gegen Jahresschluß war es endlich dahin gekommen, daß die meisten Werften wieder ziemlich mit Bauaufträgen versehen waren.

Die Unterstützungs-Einrichtungen des Verbandes haben sich in der Form, wie sie in der letzten Generalversammlung beschlossen wurden, im allgemeinen als durchführbar und nützlich erwiesen. Ueber die Arbeitslosen-Unterstützung, die in der Berichtsperiode erst ein halbes Jahr gezahlt worden ist, für die 1624,12 M. ausgegeben wurden, läßt sich noch kein abschließendes Urteil fällen. Ganz gewaltig gestiegen sind in der Berichtsperiode die Ausgaben für Streiks und Aussperrungen. Sie betrugen 34 321,12 M. in den Jahren 1903/04 gegen 2172,90 M. in den Jahren 1902/03. Im Jahre 1903 suchten die Werften fast überall die Löhne herabzudrücken und die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Daß dadurch Differenzen entstehen mußten, liegt auf der Hand und es ist auch durchaus begreiflich, daß diese des öfteren zu offenen Kämpfen führten. Entsprechend der vermehrten Kämpfe ist auch die Gemaßregelten-Unterstützung um etwa 80 Proz. gestiegen. Sie betrug in den Jahren 1903/04 3498,67 M., in den Jahren 1901/02 dagegen 2106,55 M. Die Umzugsunterstützung erforderte in den gleichen Zeiträumen 546,17 bezw. 125,85 M., für Rechtsschutz mußten 689,12 bez. 559,90 M. aufgewandt werden. Eine Neueinrichtung der letzten Generalversammlung ist noch die Notfallunterstützung. Sie hat in den anderthalb Jahren ihres Bestehens 1062,14 M. gekostet. Das Wort Notfall umschließt allerdings auch einen recht dehnbaren Begriff. Insgesamt wurden für Unterstützungseinrichtungen aller Art in der Berichtszeit 42 857,50 M. an Verbandsmitglieder und aus Verbandsmitteln gezahlt. Das sind fast 50 Prozent von allen eingekommenen Wochenbeiträgen. Bezüglich der in der Berichtszeit stattgefundenen Lohnkämpfe heißt es am Schlusse: So hat die Organisation fast überall, wo wir an Lohnbewegungen und sonstigen Kämpfen beteiligt waren — mit Ausnahme an der Unterweser —, auch auf diesem Gebiete den Mitgliedern erhebliche Vorteile gebracht. Und diese wären sicherlich noch größer gewesen, wenn die Mitglieder uns in manchen Fällen mehr Vertrauen geschenkt und unseren Vorschlägen Folge geleistet hätten. Zum wenigsten hätten manche Opfer gespart werden können. Die Mitgliederzahl des Verbandes betrug am 31. Dezember 1902 3712, am 31. Dezember 1904 3840.

Der Kassenbericht bilanziert in Einnahmen und Ausgaben mit 10 102,86 M. Außerdem waren in den Verwaltungsstellen des Verbandes Kassenbestände von insgesamt 12 175,06 M.

Die erste Sitzung wurde am ersten Pfingsttage, nachmittags 3½ Uhr, in dem mit Fahnen und Bannern der in Kiel domizilierenden Gewerkschaften würdig geschmückten Saal des „Englischen Gartens" nach einer herzlichen Begrüßungsrede des Genossen Schröder-Kiel vom Verbandsvorsitzenden Otto Dellerich mit einer beifällig aufgenommenen Ansprache eröffnet. Da laut Kirchenordnung während der Kirchzeit nicht getagt werden darf, wird die nächste Sitzung auf Montag (zweiten Pfingstfeiertag) mittags 12 Uhr anberaumt.

Am zweiten Sitzungstage erstattet zunächst die Mandatsprüfungskommission ihren Bericht. Danach sind 33 Delegierte anwesend.

Sodann erfolgt die Beratung des

Berichts des Vorstandes.

Der Vorsitzende des Verbandes, Dellerich, bezieht sich auf den gedruckt vorliegenden Bericht. Fügt aber, nachdem er Sachen interner Natur ausführlich erläutert, ergänzend hinzu, daß leider das mißliche Verhältnis zwischen dem Werftarbeiter- und dem Schiffszimmerer-Verbande nicht besser, sondern schlechter geworden sei. Dem Mißverhältnis liegen Grenzstreitigkeiten zugrunde, alle Versuche, diese aus der Welt zu schaffen, sind gescheitert. Vor einiger Zeit wurde zwischen den beiden Organisationen die Vereinbarung getroffen, daß überall dort, wo eine Zahlstelle des einen der beiden Verbände besteht, der andere Verband von Versuchen, auch seinerseits eine Zahlstelle zu errichten, absehen sollte, und ferner, daß an Orten, wo beide Organisationen noch nicht Fuß gefaßt haben, der nach Zahl der Berufskollegen am meisten in Betracht kommende Verband das alleinige Recht der Agitation zur Gewinnung von Mitgliedern haben soll. Leider seien die Schiffszimmerer schon nach kurzer Zeit diesen Abmachungen untreu geworden. Es sei dringend zu empfehlen, nun ebenfalls mit aller Rücksichtslosigkeit und überall, wo sich die Gelegenheit dazu bietet, für den Werftarbeiter-Verband zu agitieren. Einen großen Raum nimmt in den Ausführungen die Taktik bei Streiks ein. Opfer über Opfer müßten durch das statutwidrige Vorgehen der Zahlstellen gebracht werden, zum Schaden der Bewegung, zum Schaden der weiteren Entwickelung des Verbandes. Dort, wo man in der vorgeschriebenen Weise verfuhr, dem Vorstande die beabsichtigten Schritte rechtzeitig mitteilte, oder auf drohende Gefahren, die der Vorstand nicht überall gleich entdecken kann, rechtzeitig aufmerksam machte, seien auch die Bewegungen von Erfolg gekrönt gewesen. Es ist notwendig, daß die Generalversammlung festlegt, welche Bedingungen zunächst zu erfüllen sind, ehe man in einen Kampf eintreten kann. Werden diese Bedingungen nicht erfüllt, so ist rücksichtslos jede Unterstützung im Kampfe zu verweigern.

Die Debatte über diesen Punkt ist eine recht lebhafte und andauernde. Die Delegierten der Zahlstellen, gegen die sich die scharfen Angriffe des Vorsitzenden richteten, betonen mit aller Entschiedenheit, daß unter den obwaltenden Umständen garnicht anders wie geschehen, gehandelt werden konnte. Richtig sei es allerdings, daß ein plötzliches Ausbrechen von Lohnkämpfen möglichst vermieden werden müsse. Allerdings wurden auch einige Stimmen laut, die von einer strengen Reglementierung sich eher Schaden als Erfolg versprechen. Mit besonderer Schärfe wurde gegen die das Vertrauen zu den Verbandsfunktionären untergrabenden Beleidigungen und schimpflichen Verdächtigungen zu Felde gezogen. Dabei sei es ganz gleichgültig, ob diese Beleidigungen von Werftarbeitern oder anderen organisierten Arbeitern ausgehen. Obwohl „Mißtrauen eine Tugend der Demokratie" sei, dürfe man nicht vergessen, daß durch derartige Ungeheuerlichkeiten sehr leicht nicht nur die Werbekraft, sondern die Kraft der Organisation überhaupt verloren gehen könne. Die Debatte über diesen Gegenstand wurde zu Ende geführt und die Beratung auf Dienstag vertagt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 14. Juni.

Anfang 7½ Uhr:

Opernhaus. Tannhäuser und der Sängerkrieg auf Wartburg.
Schauspielhaus. Wilhelm Tell.
Neues Operntheater. Der Schnurrbart.
Berliner. Lilli.
Deutsches. Don Carlos.

Anfang 8 Uhr:

Westen. Der Strohwitwer.
Neues. Der Familientag.
Thalia. Die Pfahlbauer.
Residenz. Die Frau vom Meere.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Die Logenbrüder.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater). Der artesische Brunnen.
Zentral. Alt-Heidelberg.
Kleines. Nachtasyl.
National. Frizzo.
Lustspielhaus. Biederleute.
Carl Weiß. Wahre Liebe.
Belle-Alliance. Madame Up-Top.
Reichshallen. Stettiner Sänger. — Spezialitäten.
Herrnfeld-Theater. Winter-Tymian-Sänger.
Apollo. Am Hochzeitsabend. — Spezialitäten.
Wintergarten. Harry Allister. — Spezialitäten.
Passage-Theater. General-Konsul Jean Paul. — Spezialitäten.
Metropol. Die Herren von Maxim.
Urania. Taubenstraße 48/49. Der Simplon und sein Gebiet. Nachmittags 4 Uhr: Tierleben in der Wildnis.
Invalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.
Ensemble-Gastspiel d. Lustspielhauses. Sommerpreise.
Täglich:
Der Familientag.
Anfang 8 Uhr:

Kleines Theater
Anfang 8 Uhr.
Nachtasyl.
Donnerstag: **Angelo. Abschied vom Regiment.**
Freitag: **Salome.**
Sonnabend: **Nachtasyl.**
Sonntag: **Des Pastors Rieke.**

WOLZOGEN-OPER
THALIA-THEATER.
Novität! Zum 1. Male: Novität!
DIE PFAHLBAUER.
Komische Oper in drei Aufzügen von Jos. Laufs. Musik von Wilhelm Freudenberg.
Anfang 8 Uhr:

POMPEJI
täglich Concert 7, Vorstell. 8½ Uhr
KURFÜRSTENDAMM
Preise der Plätze von 50 Pf. bis 5 Mk.

Urania, Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Der Simplon und sein Gebiet.
4 Uhr:
Tierleben in der Wildnis.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
Kronprinz **Wilhelm**
Kronprinzessin **Cecilie.**
Neu! **Roschdjestwensky,** der russische Admiral.
Mlle. Vallée, d. 16jährige armlose Fußkünstlerin.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich nachm. 5 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf. Kinder unt. 10 Jahren d. Hälfte.

Neue Königl. Oper (Kroll).
Anfang 7½ Uhr.
Der Schnurrbart.
Donnerstag: Geschlossen.
Freitag und folgende Tage: **Der Schnurrbart.**
Im Garten täglich: **Großes Garten-Konzert.**

Apollo-Theater.
10 bis 10¾ Uhr:
Ununterbrochenes, stürmisch. Lachen über:
Ein Abend in einem amerik. Tingel-Tangel.
Dazu: Hochzeitsabend v. Paul Lincke und die Juni-Spezialitäten.
Ab 7¼ Uhr: Garten-Konzert.

Metropol-Theater
Der größte Erfolg der Saison!
Zum 220. Male:
Die Herren von Maxim.
Große Ausstattungsposse mit Gesang und Ballett in 5 Bildern.
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Carl Weiß-Theater
Gr. Frankfurterstr. 132.
Wahre Liebe.
Schauspiel in 5 Akten u. einem Vorspiel (2 Bilder) von Marg. Stahr.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Im Sommergarten: Neues Juni-Programm. U. a.: Internationales Damen-Radrennen und **Eugen Milardo,** der Liebling d. Ostens.
Anfang 5 Uhr. Entree 25 Pf.

O. Wallner-Theater. Schiller-Theater N. Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.

Mittwoch, abends 8 Uhr: **Die Logenbrüder.** Schwank in 3 Akten von Carl Laufs und Curt Kraatz.
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Das Heiratsnest.**
Freitag, abends 8 Uhr: **Die Logenbrüder.**

Mittwoch, abends 8 Uhr: **Der artesische Brunnen.** Posse in 3 Abteilungen und 4 Aufzügen mit Gesängen und Tänzen von Gustav Raeder.
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Meine Schwiegertochter.**
Freitag, abends 8 Uhr: **Im Hafen.**
Im Garten tägl.: Gr. Militär-Konzert.

Max Kliems Sommer-Theater
Hasenheide 13—15. Artistische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: **Gr. Konzert, Theater** und **Spezialitäten-Vorstellung.**
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**
Fernsprecher IV. 8891. Max Kliem.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Biederleute.
Donnerstag u. Freitag: Biederleute.
Sonnabend zum erstenmal: Kyritz-Pyritz. — Sommerpreise.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Täglich
das Sensations-Ausstattungsstück
Die Loreley.
Außerdem d. großartige Spezialitäten-Programm:
Paul Coradini. || Marka Freya.
Au bal masque
Pantomime der Johnko Compagnie.
Anf. 4½ Uhr. Entree 30, Sperrs. 50 Pf.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Schönröschen
aus dem Scheunenviertel.
Bilder aus dem Berliner Volksleben.
Karl Groth! Operndiuett Komaromy!
Annie Schrader. Fischer. Franconi.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

Fröbels Allerlei-Theater
(früher Pahlmann)
Schönhauser Allee Nr. 148.
Täglich
Großes Garten-Konzert.
Theater. Spezialitäten.
20 erstklassige Nummern 20.
Arbeit schändet nicht,
Volksstück in 3 Akten.
Anfang 4½ Uhr.

Otto Pritzkows Abnormitäten-Ausstellung
Münzstr. 16.
Täglich: Das neue Riesen-Progr. Der 18jährige Muskelkönig Fred Rollon. Das größte Wunder der Muskulatur, zum erstenmal in Berlin. Miß Anita, total tätowierte Schönheit. Mister Kapiano, der berühmte taubstumme Schnellzeichner. Erich v. Daenzer, der amüsante Zauberkünstl. m. neuest. Tricks. Riesin Fiona, 485 Pfund schwer, schwerste Dame, die je gelebt.
Entree 20 Pf.

Passage-Panoptikum.
Anläßlich der Pfingst-Ferien bis Donnerstag inkl.:
Volkstage
Alle Reben-Säle, Alle Extra-Vorstellung, Alle Sehenswürdigkeit. **frei!**
Passage-Theater Wochentags nachmittags frei! Jedermann hat das Recht, ein Kind frei einzuführen. Jedes Kind erhält ein Geschenk.
Eintritt für alles inkl. Extra-Kassen **50 Pf.**

Residenz-Theater.
Gastspiel von Frl. Albertine Zehme.
Mittwoch und Donnerstag:
Die Frau vom Meere.
Schauspiel in 5 Akten v. Henrik Ibsen.
Freitag 8 Uhr: Laboremus und Die Frau im Fenster.

Diez' Spezialitäten-Theater.
Landsberger Allee 76/79, direkt an der Ringbahnstation, bequeme Fahrgelegenheit n. all. Stadtrichtungen.
Ob schön! Ob Regen!
Täglich
im herrlichen Garten oder Saal:
Konzert u. Vorstellung.
Das größte und beste Programm Berlins.
40 erstklassige Nummern.
Bleckwenn-Truppe.
Kunstfahrer, 5 Personen.
Sy?? Sy??
Die Entstehung zweier Damen aus dem Nichts sowie neu die mysteriöse Hängematte.
The Noranas
mit 40 Kakadus, Papageien etc.
Original Molly Verch, Lilly Duran. Original Robert u. Bertram. Original Rennert-Stange und viele Kunstkapazitäten.
Volksbelustigungen aller Art. Entree 30 Pf. Jeder Erwachsene hat das Recht, ein Kind unter 10 Jahren frei einzuführen, ältere Kinder zahlen halben Eintrittspreis.

Diez' Seeterrasse Lichtenberg, Röderstr. 6.
Jeden Sonntag, Dienstag u. Freitag: Großes Militär-Konzert. Turmseilkünstler. Land- und Wasser-Feuerwerk. Erstkl. Spezialitäten-Vorstellung. Aegidius Diez.

Hasenheide 108/114 Neue Welt Arnold Scholz
Jeden Mittwoch
Kinder-Freuden-Fest
verbunden mit **Gratisverlosung** wertvoller Gegenstände.
Hauptgewinn für Mädchen: Eine silberne Damen-Uhr. | Hauptgewinn für Knaben: Eine silberne Herren-Uhr.
Gala-Spezialitäten-Vorstellung.
Das großartige Juni-Programm.
Morgen, Donnerstag: Elitetag. Militär-Konzert.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7—9.
Täglich:
Zwischen Himmel und Erde. Gr. romantisch. Ausstattungsstück.
Neue Dekorationen und Kostüme.
Eine schreckliche Nacht.
Große Pantomime der Guitano Phoites Troupe.
Im Saale: **Großer Ball.**
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. Numerierter Platz 50 Pf.

WINTER GARTEN
Neues Programm.
Harry Allister, Mimiker.
Damm Bros., komische Akrobaten.
Lucy Nanon, französische Sängerin.
Alexandroff, russische Tanz- und Gesangstruppe.
Mason u. Forbes, kom. Excentrics.
La belle Otérita, spanische Tänzerin.
A. W. Asra, Billard-Jongleur.
Philadelphia, Elefant und Affen.
Keno Welch Montrose, Akrobaten.
Mlle. Lo, lebende Bilder.
Die 4 Welsons, Turner.
Bogdani-Truppe, militärische Exerzitien mit Gesang.
Biograph.

Reichshallen.
Stettiner Sänger.
Unsere süßen Dienstmädel.
Burleske von Meyfel.

Anf. Wochent. 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Ostbahn-Park.
Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater und **Spezialitäten-Vorstellung.**
Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier verabreicht wird, also kein Entree.

Schweizer-Garten.
Am Königstor. Am Friedrichshain.
Täglich
Theater-Vorstellung
◆ Neue Spezialitäten. ◆
Volksbelustigungen u. Ball.
Zum Schluß:
Der Ballett-Onkel.
Große Posse mit Gesang in 2 Abteilungen von H. Busse.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich von 12—4 Uhr: Mittagstisch.
Der große Naturgarten ist geöffnet.
Täglich:
Streich-Konzert.
Ricardo Munez.

Victoria-Brauerei
Lützowstr. 111/112.
Täglich:
Horst's Sänger.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Kinderwagen - Kuhlicke
Berlins größtes Spezial-Geschäft
Hauptlager: Neue Königstr. 43
2. Lager: Königgrätzerstr. 84
Kinderwagen, Kinder-Sportwagen, Kinder-Bettstellen.

Riesen-Auswahl. Spottbillige Preise.

5¾ Pfund Brot (Backware 6 Stck. 10 Pf.) 50 Pf.
Albrechts Bäckereien:
Wrangelstr. 135, Krautstraße 19, Falckensteinstr. 28, Lausitzerstr. 2, Markthalle Pücklerstr., Stand 222/23, Markthalle Andreasstr., Stand 16/18, Centrale: Boxhagenerstr. 13.

H. Greifenhagen Nachfolger

Brunnenstr. 17-18
Veteranenstr. 1-2.

ca. **20000** Meter **Waschstoffe** weit unter = Preis =

Mousseline, imit., im Werte bis 60 Pf. . per Meter **18** und **28** Pf.

Organdy, im Werte bis 1.65 . per Meter **48, 68, 85** Pf.

Anzüge 24 und **30 Mk.**

nach **Maß** **Gehrock-Anzüge 40 Mk.**
Paletots 22 Mk. 3037L* an

fertige ich **aus prima Stoffresten** unter **Garantie des guten Sitzes** mit guten Zutaten in sauberer Verarbeitung.

Prinzenstr. 38 I am Moritzplatz. **Aug. Löther,** Bellealliance-straße 98 I.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16. Engel-Ufer 5.

Tabak-Großhandlung u. **Tabakfabrik.**

Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.

Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Größte Auswahl gelagerter **Zigarren** in allen Preislagen.

Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen.

Amt 4, 3014.

Fordern Sie beim Einkauf **ausdrücklich**

Dänischen

Kapitän-Kautabak

früher **Anker-Kautabak**

und Sie werden überzeugt sein, daß derselbe entschieden **am besten** schmeckt. 3329L*

Nur echt, wenn jedes Stück den Zettel enthält mit Aufschrift:

„Dänischer Kapitän-Kautabak"

== gesetzlich geschützt 75 658 ==

Alleinverkauf: **C. Röcker,** Berlin, Grüner Weg 112.

Wer mit seinem **dicken Kautabak** nicht zufrieden ist,

versuche **„Kapitän Mellems"** in **Stangen.**

Lieben Sie Ihre Wäsche?

Wollen Sie Ihre Wäsche dauerhaft, gut und blendend weiß erhalten?

Dann verwenden Sie

Schneewittchen-Bleichseifenpulver!

Alleiniger Fabrikant **A. Grubitz, Potsdam.**

Vertreter für Berlin und Vororte: **R. Nürnberg, Berlin O. 34.**

Das von den **Erben** des **verstorbenen** Herrn **Moritz Meyerstein** erstandene

Mädchen- u. Knaben-Garderoben-Geschäft

Rosenthaler-Straße 45

wird **vollständig** aufgelöst. Sämtliche vorhandenen Waren sowie noch hinzukommende günstige Partien werden daher zu **spottbilligen Preisen ausverkauft.** 23635

Kufeke's Kinder-mehl

Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei und leiden nicht an Verdauungsstörung.

Hervorragend bewährt bei Brechdurchfall, Darmkatarrh, Diarrhöe etc.

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: **5** Pfennig. Das erste fettgedruckte Wort 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstrasse 69 bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Spart! Kauft Pfandleihhaus Weidenweg neunzehn staunenerregend Sommerpaletots, Jackettanzüge, Damenkonfektion, Aussteuerwäsche, Brautbetten, Vermietungsbett, Fenstervorhänge, Steppdecken, Teppiche, Bettinlette, Regulatoren, Freischwinger, Taschenuhren, Verschiedenes, Trauringe. †27*

Gardinenreste, spottbillig, 1 bis 4 Fenster passend, in dem Gardinen-Fabrik-Lager 80 Grüner Weg 80. (Kein Laden.) Eingang vom Flur.

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 142/12*

Küstrinerplatz 7, Pfandleihe, billige Einkaufsquelle für Waren aller Art. 570R*

Gardinen, Teppiche, Tischdecken Steppdecken, Betten, Bettwäsche, Leibwäsche, Anzüge, Wanduhren, Taschenuhren, Ketten, Ringe usw. spottbillig Pfandleihe Küstrinerplatz 7. 569R*

Sofas, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Andreasstraße 38. 608R*

Fahrräder, Teilzahlungen. Invalidenstraße 148 (Eingang Bergstraße), Große Frankfurterstraße 56, Skalitzerstraße 40. 606R*

Galvanophon-Fabrik, Prenzlauerstraße 42 (Alexanderplatz). Die beliebten Sprechmaschinen und Platten enorm billig!!! Geringe Teilzahlung!!! Inseriere nur Sonntags. Adresse merken. 47

Knabenanzüge, Mädchenkleider Paletots, Jacketts verkauft billigst Hoffmann, Veteranenstraße 14. 372R*

Tambourier-Maschinen „Hockemeyer", alleiniger Fabrikant C. Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. 452R*

Nähmaschinenreparaturen werden schnell und billig in meiner eignen Werkstatt ausgeführt. Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. 451R*

Baumaterialien, neue und gebrauchte wie: Kantholz, Bretter, gatten, Leisten, Türen, Fenster, Dachpappe, Linoleum, in größter Auswahl billigst Kottbuserdamm 22. 15426*

Herren-Garderobe nach Maß saubere Arbeit, großes Stofflager Paletot, Anzug 36 Mark an. Kauft beim Handwerker, lasset den Handwerker verdienen. Teilzahlung gestattet. F. Dörge, Dresdenerstraße 109.

Lichtechte Patentfarben, grün, rot, blau, für Kalk- und Leimanstrich von Lauben und Zäunen, Pfund 25 Pfennig, 5 Pfund 1 Mark, empfiehlt Lemke, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 242 beim Hermannplatz.

Kinderwagen, Kinderbettstellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgesetzte, spottbillig. Schneider, Kurfürstenstraße 172. 21775*

Birkholzgane! Villenkolonie, Bebauungsplan genehmigt, Quadratrute 8 Mark, verkauft Schulz, Rixdorf, Lenaustraße 12/13. †110*

Oudenarderstraße 37/38, Kleinwohnungen von 18 Mark ab, sofort und später. Näheres beim Wirt Nr. 37.

Möbeltischlerei, 6 Bänke, verkauft billig. Offerten B 20, Postamt 61. 2341b

Hochvornehme Herrenanzüge, Sommerpaletots, feinsten Maßstoffen herrührend 18—38,00. Täglich, auch Sonntagverkauf. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, I. 591R*

Bronzegaskronen! dreiflammig! 6,00. Gaszugampel! 9,00, Salongaskronen! 15,00! Gaslyren 1½ Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32. (Gaskocherhaus!) 594R*

Wringmaschine u. Zinkwaschfässer Waschmaschinen, Zober, Sitzwannen beste Ware. Teilzahlung gestattet. Postkarte. Kottloff, Skalitzerstr. 108. *

Malzkraftbier, blutbildend, für Blutarme, Brustkranke, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Gesichtsfarbe, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark, ½ Tonne 3,50 exklusive. Nicht Flaschenzahl, Qualität entscheidet. Porter-Kellerei Ringler, Bernauerstraße 119. 619R*

Pianino, Schwechten, verkäuflich Ritterstraße 121 beim Wirt. 3/5*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergüte noch bis 10,00, wer Teilzahlung Nähmaschine kauft oder nachweist. Woche 1,00. Alle Systeme. Postkarte. Borchert, Zorndorferstr. 50. *

Kanarienroller, 6,00, Borschläger, Seiferstamm, Schloßplatz 2. 12/6

Ein Heckbauer zu verkaufen bei Obst, Fruchtstraße 4. 12/7

Restauration billig zu verkaufen Lausitzerplatz 13. †7

Damenrad verkauft preiswert Naunynstraße 70, Hof, 2. Ausgang, parterre, bei Kollreider. †7*

Monatsanzüge von 6,00 an, Sommerpaletots von 5,00 an, Hosen von 1,50 an, Gehrockanzüge von 12,00 an, Fracks von 2,50 an, auch für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, sowie aus Pfandleihen verfallene Sachen. Naß, Mulackstraße 14. 2371b*

Ringschiffchen, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00, Köpnickerstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Prenzlauerstraße 59/60. *

Nähmaschinen! Vergütе bis 10,00, wer **Teilzahlung kauft,** nachweist. Woche 1,00. Sämtliche Systeme. Postkarte. **Funk,** Rixdorf, Mainzerstraße 5. 2362b*

Nähmaschinen, sämtliche Systeme, ohne Anzahlung, Woche eine Mark, gebrauchte spottbillig. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10 am Ringbahnhof. †131*

Nähmaschinen, sämtliche Systeme, ohne Anzahlung. Woche 1 Mark, gebrauchte spottbillig. Postkarte genügt. Alt Boxhagen 4, Ecke Neue Bahnhofstraße. †131*

Inventur-Ausverkauf. Gardinen-Versandhaus Jerusalemerstraße 12. *

Gut erhaltenes Fahrrad zu verkaufen Invalidenstraße 46, Hof IV links. 2356b

Zigarrengeschäft, 180 Mark, verkauft, Schulstraße 20. †83

Eigene Scholle! Laubholz, kleefähiger Acker, pro Morgen 250 Mark, bei geringer Anzahlung. Otto Trentepohl, Gärtner, Wensickendorf (Mark). 2368b*

Möbelverkauf in meiner Möbelfabrik Wallstraße 80/81, nahe Spittelmarkt. Infolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele zurückgesetzte und verliehen gewesene Möbel, die wie neu sind, Kleiderspind, Vertiko 27,00, Ausziehtisch 16, Muschelbettstelle mit Federmatratze und Keilkissen 36, Taschensofa 50, Paneelsofa 70, Waschtoilette 20, Ruhebett 25, ganze Einrichtungen billigst. Transport frei. 12/5*

Münzenmacher-Werkstatt, kompleit, zu verkaufen, auch kann Kundschaft und Wohnung übernommen werden. Koswig, Barnimstraße 17. †89

Verschiedenes.

Pfandleihe Markusstraße 27. *

Kunststopferei von Frau Kokosky, Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *

Aufpolsterung! Sofa 5,00, Matratze 4,00, auch außerm Hause. Bachmann, Andreasstraße 38. 607R*

Patentanwalt Dammann, Oranienstraße 57 (Moritzplatz). Rat in Patentsachen. 2081b*

Pfandleihe, Prinzenstraße 63, täglich 8—8, Sonntags bis 2. 612R*

Buchführung. Stenographie, Schreibmaschine, Sprachen. Salomon Karlstraße 26. 488R*

Drei Vereinszimmer von 20 bis 70 Personen, sehr geeignet zu Versammlungen, Werkstattsitzungen, Zahlstelle und Gesellschaften, Garten. Kegelbahn noch frei. Glas Bier 10 Pfennig. Engel, Seydelstraße 30. *

Platinabfälle, alte Goldsachen, Bruchgold, Silber, Gebisse, alte Uhren, Blattgold, Kehrgold, Staubgold, Stanniolabfälle, alte Tressen, photographische Rückstände, sowie alle gold- und silberhaltigen Abfälle kauft Goldschmelze Broh, Brangelstraße 4, Telephon 4, 6958. 11/8*

Patentanwalt Dammann, Oranienstraße 57, Moritzplatz, Rat in Patentsachen. 2259b*

Platina, alle Zahngebisse, allerhöchste Preise Ackerstraße 174, nicht Laden, II. 2223b

Erklärung. Hiermit nehme ich das von mir gebrauchte Wort Streikbrecher gegen den Möbelpoller Bube zurück. Fritz Scholz. †7

Pfandleihe Schönhauser Allee 35, Fransecklistraßen-Ecke. †53*

Foxterrier, Hund, schwarzbrauner Kopf, Rücken schwarzer Fleck, gestutzter Schwanz, Sonnabend entlaufen, Marke 2991 Charlottenburg. Hohe Belohnung, auch für Angaben, zahlt Peters, Kleiststraße 29. 2375b

Pfandleihe Heinersdorferstraße, Ecke Greifswalderstraße. †135*

Vermietungen.

Schlächterladen als Speisehalle am Bahnhof in Lankwitz, Lessingstraße 1a, per 1. Juli zu vermieten. Näheres daselbst. 2359b

Wohnungen.

Kleinwohnungen, gesunde, allerbilligst, sofort, später Rixdorf: Kopfstraße 15, Wanzlickstraße 12 (Hermannplatz). 11/14*

Stube und Küche sofort oder Juli, 18,00. Schreinerstraße 19. 221/10*

Zwei Zimmer, Küche 24,00, Stallung, Hausladen. Viktoria-Allee 33, Berl.-Reinickendorf. †72*

Zimmer.

Da sich mein Freund, mit welchem ich vier Jahre zusammen wohne, verheiratet, suche einen Parteigenossen zu einem schön möblierten zweifenstrigen Balkonzimmer mit Badebenutzung. Göhe, Lorzingstraße 18 II.

Mietsgesuche.

Zwei Herren wünschen einfach möbliertes Zimmer unter Preisangabe. Offerten unter „Süd-Ost 6875" an Postamt 14. †34

Zwei junge Leute suchen 1. Juli saubere Schlafstelle, separaten Eingang, zwischen Demminer—Ramlerstraße. Preisangabe P. 21, Postamt 31. †94

Schlafstellen.

Saubere Schlafstelle Koppenstr. 18 vorn 1. rechts (Herrn). 2357b

Reiterer Herr kann Schlafstelle wohnen. Witwe Düntzel, Ackerstraße 64, Hof 3 Treppen. †94

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Gläser, Mulackstraße 27. 1468b

Stellenangebote.

Schraubendreher, tüchtige, verlangt H. Groß Nachf., Tempelhof.

Farbigmacher und Farbigmacherinnen verlangt Glischke, Weißensee, Sedan- Ecke Wörthstraße. †123*

Saisonartikel, riesiger Verdienst! Handelsleute, auch Frauen, verlangt Agnes Ostermann, Schönhauserallee 141. †53

Rohrer, 10—15 Mann, finden dauernde Beschäftigung. Georg Posch u. Wolle, Comptoir, Grünthalerstraße 7. †94*

Tüchtige Belegerin verlangt Joers, Skalitzerstraße 28. †7

Plätterin auf Lohn verlangt Roßberg, Rixdorf, Reuterstraße 41. [23726

Mädchen, schulfrei, verlangt tagsüber Grubert, Fruchtstraße 55.

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Teppichweber!

Der Zuzug nach den Teppichfabriken von **Feibisch,** Treptow, Köpnicker Landstr. 28/29, **Benjamin u. Co.,** Melchiorstr. 23, und **Rud. Baader,** Belhamien-Ufer 6, ist fernzuhalten, da die dortigen Arbeiter und Arbeiterinnen sich im Streik befinden.

197/11* **Die Streikleitung.**

Achtung! Achtung!

Schildermaler, Lackierer, Vergolder, Buchstaben-Klempner!

Der Streik der Schildermaler und verwandten Berufe besteht nach wie vor und ist Arbeit nur durch den Arbeitsnachweis der Schildermaler, Alte Jakobstr. 83 bei Ladewig, anzunehmen.

290/3* **Die Streikleitung.**

Achtung, Holzarbeiter!

Einsetzer!

Der Bau **Zimmermann** in Rixdorf, Kiesebeckstr. 64, ist **gesperrt,** da sich die Firma Karl und Emil Schneider weigert, den bisher gezahlten Tarif einzuhalten.

Jalousie-Arbeiter.

Die Kollegen der Firma **Bockstaller** befinden sich im Streik. **Zuzug ist fernzuhalten.**

Da bei mehreren Firmen noch Differenzen bestehen, bitten wir, sich auf den Bauten rc. die **blaue gestempelte** Arbeits-Kontrollkarte zeigen zu lassen, nur diese ist gültig. Andersfarbige Karten sind zu vernichten. 83/8*

Korbmacher.

Die Kollegen von **Franke,** Waldemarstraße 18, befinden sich im Streik.

Bürstenmacher.

Die Bürstenfabrik **Schlichter,** Warschauerstraße 88, ist gesperrt. **Zuzug ist fernzuhalten.**

Achtung! Herrenmaßschneider!

Infolge der Versammlungsbeschlüsse vom 2. und 4. Juni, welche die allgemeine Arbeitsniederlegung und die Unterzeichnung eines Reverses von Nicht-Verbandsmitgliedern proklamierte, ist es bei der Wiederaufnahme der Arbeit bei den **„Berliner Betriebswerkstätten G. m. b. H." (A. Wertheim),** Leipzigerstraße, zu Differenzen gekommen. **Die Kollegen befinden sich dort noch im Ausstande! Die „Berliner Betriebswerkstätten" sind daher, so lange eine Einigung nicht erzielt ist, für Werkstatt- und Heimarbeiter gesperrt.** Wir ersuchen die Berliner Kollegenschaft, die in diesen Tagen ihre Solidarität gezeigt hat, diese auch in dem vorliegenden Falle zu üben. 163/15

Vor Arbeitsangeboten unter Chiffern oder Deckadressen in der „Volks-Zeitung" wird gewarnt.

Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Schneider,
Engel-Ufer 21, part.

Geldschrankschlosser,

tüchtige, für dauernde Beschäftigung verlangt, ferner einen 280/3

Lackierer.

Panzer A.-G., Berlin, Badstraße 59.

Verantw. Redakteur: Franz Rehbein, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Parteigenossen! Heute Mittwoch ist Zahlabend in Berlin und den Vororten!

Konferenz der Stockarbeiter Deutschlands.

Die Verhandlungen der zu Pfingsten im Gewerkschaftshause tagenden Konferenz wurden am Sonntag vormittag vom Obmann der Berliner Stockarbeiter, Hübner, eröffnet, der in seiner Ansprache bemerkte, daß die meisten für die Stockindustrie irgendwie in Betracht kommenden Orte vertreten seien. Wie die Mandatsprüfung ergab, waren aus 12 Orten 14 Delegierte anwesend, außerdem als Vertreter der österreichischen Stockarbeiter Kruschka aus Wien. Der Hauptvorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes war durch Leipart aus Stuttgart vertreten, der Gauvorstand der Provinz Brandenburg durch Stusche.

Der erste Punkt der Tagesordnung waren die Berichte der Delegierten über die Lage der Stockarbeiter im allgemeinen. Von Berlin berichtet Rückert über die Celluloidbranche, Hildebrand über die Naturstockbranche. In der Celluloidbranche sind in 7 Betrieben 188 Arbeiter beschäftigt, von denen 150 organisiert sind. Die Arbeitszeit beträgt in 3 Betrieben 48 Stunden wöchentlich, in den übrigen 51½ bis 53½ Stunden. Die Stundenlöhne schwanken nach einer im vorigen Jahre aufgenommenen Statistik zwischen 31 bis 70 Pf., der Durchschnitt beträgt 49,04 Pf. Bei dieser Statistik sind jedoch die Löhne der am schlechtesten zahlenden Fabrik von Bernhard Storch nicht mit eingerechnet. Außerdem wird infolge der Jahr für Jahr wiederkehrenden Arbeitslosigkeit der Jahresverdienst bedeutend geringer, als man nach den Stundenverdiensten annehmen könnte. Es ist ein Tarif für die Celluloidbranche ausgearbeitet worden, jedoch noch nicht allgemein durchgeführt. Er dient zur Grundlage bei Lohnbewegungen. — In der Naturstockbranche sind 251 Arbeiter tätig, von denen 209 organisiert sind. Ueber die Hälfte arbeiten im Akkord. Die Löhne schwanken hier ebenfalls zwischen 31 und 70 Pf. pro Stunde; einzelne verdienen auch über 70 Pf. Der Durchschnittslohn ist 50 Pf. Die Arbeitszeit ist in 3 Betrieben 45 Stunden wöchentlich; in den übrigen wird bis zu 54 Stunden gearbeitet. Es sind in dieser Branche auch noch zirka 150 Heimarbeiter tätig, von denen nur ein geringer Teil organisiert ist. Eine noch schlimmere Konkurrenz für die freien Werkstattarbeiter wird von der jüdischen Arbeiterkolonie in Weißensee betrieben, wo eine Anzahl arbeitsloser Leute mit Stockarbeit für die Firma Schmäling u. Barta in Rixdorf beschäftigt werden, und zwar für die Hälfte des Akkordpreises, den die freien Arbeiter erhalten. Die Gesamtzahl der Stockarbeiter Berlins beträgt 589, die Heimarbeiter mitgerechnet. Der Redner berichtete ferner über die verschiedenen Differenzen und über das Bestreben zur Einführung eines Tarifes. — Aus Breslau berichtete der Delegierte Peterhansel, daß dort nur eine kleine Anzahl Stockarbeiter, ungefähr 30, tätig sind. Dennoch wird ein außerordentlich großes Quantum Arbeit geliefert. Die Arbeitszeit ist ungeregelt; im Winter wird 11, 12 und 13 Stunden täglich gearbeitet. — Aus Bürgel in Thüringen, wo die Stockindustrie sehr stark vertreten ist, berichteten Korbach und Leindecker. Es sind dort 220 Personen tätig, zu einem großen Teil ungelernte. Organisiert sind 186. Es wird meist in Akkord gearbeitet. Der Durchschnittsverdienst ist 23,50 Mk. — Noch stärker ist die Industrie in Pettenhausen bei Kassel vertreten. Es sind dort, wie der Delegierte Scherber berichtete, 350 Personen beschäftigt, unter ihnen 90 Arbeiterinnen und 40 Jugendliche. Es wird mit Dampfkraft gearbeitet, die Arbeitsteilung ist bis ins kleinste durchgeführt. 370 bis 440 Dutzend Stöcke werden hier täglich fertiggestellt. Die Akkordlöhne sind sehr niedrig. Dennoch wird von Möhringen aus eine starke Konkurrenz betrieben, wo größtenteils Bauern sich der Stockarbeit widmen. Vorarbeiten werden im Gefängnis gemacht. Die gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen werden häufig übertreten, ohne daß es möglich ist, durch die Gewerbe-Inspektoren Abhülfe zu schaffen. — Scope-Dresden berichtete, daß in dieser Stadt nur eine kleine Zahl von Stockarbeitern tätig ist. Sie sind größtenteils organisiert. Man hat hier mit der Konkurrenz aus Meißen zu rechnen. — In Hamburg sind, wie Tischer berichtete, 104 Stockarbeiter beschäftigt, von denen 92 organisiert sind. Seit 1900 ist die neunstündige Arbeitszeit durchgeführt. Verdient werden 21—35 Mk. die Woche; der Durchschnitt ist 27,51 Mk. Neuerdings haben sich die Fabrikanten zusammengeschlossen, um weitere Forderungen der Arbeiter abzuwehren. Für Ueberstunden werden 25 Proz., für Sonntagsarbeit 50 Proz. Aufschlag bezahlt. — Aus Köln berichtete Standke, daß hier die Organisation stark ist. Verdient werden 34 bis 36 Mk. wöchentlich. Infolge des russischen Krieges herrscht großer Arbeitsmangel. — Ebenfalls in Leipzig sind die Stockarbeiter gut organisiert, wie Schluhr mitteilte. Hier wird hauptsächlich Celluloidarbeit gemacht. Die Arbeitszeit ist 9½ Stunden. Für Ueberstunden wird ein Aufschlag von 33⅓ Proz. bezahlt. — In Lorch bei Nürnberg sind 80 bis 90 Stockarbeiter beschäftigt, unter ihnen nur wenige gelernte Arbeiter.

Im übrigen ging aus dem Bericht des Delegierten Fritsche hervor, daß die Verhältnisse, namentlich auch die sanitären, dringend verbesserungsbedürftig sind. — Der Delegierte Blaes aus Mülhausen im Elsaß berichtete, daß dort im Vorort Gingershausen besonders gute und tadellose Arbeit verlangt wird. Im Verhältnis zur Güte der Arbeit sind die Akkordpreise sehr gering. Die Unternehmer haben vor einigen Jahren zwangsweise die Arbeitszeit von 10 auf 11 Stunden erhöht. — Eine ziemlich ausgedehnte Stockindustrie ist auch in Offenbach und dem nahebei gelegenen Bürgel in Hessen vorhanden. Aus Wald berichtet Bellert, daß dort infolge schlechten Geschäftsganges eine große Mutlosigkeit herrscht. Beschäftigt sind dort in 7 Fabriken 75 Personen. Die Arbeitszeit ist 59 Stunden. Der Durchschnittsverdienst ist 23,60 M. — Der Vertreter der österreichischen Stockarbeiter Kruschka berichtete ausführlich über die Verhältnisse in Wien, wo ungefähr 600 Personen in dieser Industrie tätig sind. 95 Prozent sind organisiert und zwar im Verband der Drechsler. Obgleich zurzeit eine starke Krise herrscht und seit längerer Zeit 80 bis 100 Arbeitslose vorhanden sind, ist kein Rückgang in der Organisation eingetreten. Die Arbeitszeit beträgt 8½ bis 9½ Stunden. Im allgemeinen sind durch die Organisation gute Erfolge erzielt worden. Dagegen herrschen in Ungarn unglaublich elende Zustände. Löhne von 30 bis 75 Heller täglich. Der Redner wies darauf hin, wie wichtig es ist, daß zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse die Kollegen der verschiedenen Orte sich miteinander und auch mit den österreichischen ins Einvernehmen setzen. — Schließlich berichtete der Obmann Hübner noch über die Verhältnisse der Stockarbeiter an einigen anderen Orten, wie Eschwege, Frankfurt a. M., Grimma, Harburg, Liegnitz und Magdeburg, die zwar keinen Vertreter entsandt, wohl aber schriftliche Mitteilungen gemacht hatten. Es zeigte sich, daß auch in diesen Städten mehr oder minder große Mißstände herrschen und besonders elende Verhältnisse in Liegnitz vorhanden sind.

Die Konferenz befaßte sich sodann mit der Frage: „Ist es möglich, in der Stockindustrie einen einheitlichen Lohntarif festzulegen?" Wie die mit der Konferenz verbundene Ausstellung den Delegierten vor Augen führte, wird für ein und dieselbe Arbeit an einem Orte bis zu 50 Proz. weniger bezahlt als an dem andern. Daß es unter diesen Umständen äußerst schwierig ist, einen einheitlichen Tarif aufzustellen und durchzuführen, ist klar, und das wurde auch sowohl vom Referenten Hildebrandt wie in der Diskussion stark betont. Doch wor man auch allgemein der Meinung, daß diese Schwierigkeiten nicht unüberwindlich seien und daß ein derartiger Tarif für die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse von so großem Wert sei, daß man die Mühen nicht scheuen dürfe. Dementsprechend wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Konferenz beauftragt die Berliner Zahlstelle, eine Kommission einzusetzen, welche alle in der Stockindustrie bestehenden Tarife zu sammeln, zu sichten und das Material den einzelnen Zahlstellen in einigen Exemplaren zuzustellen hat. Dazu gehört Feststellung der Höchst- und Mindestlohne usw. Die Kommission hat dann auf Grund des Ergebnisses einen Tarif aufzustellen und den einzelnen Zahlstellen zur Begutachtung zu übermitteln."

Hierauf wurde über die Stellung zur Heimarbeit beraten. Der Referent Rückert-Berlin schilderte, wesentlich auf Grundlage des Anfang dieses Jahres in der „Holzarbeiter-Zeitung" sowie im „Vorwärts" erschienenen Artikels, die Ausdehnung, das Elend und die Gesundheitsschädlichkeit der Heimarbeit in der Stockindustrie, die nicht nur Erwachsene, sondern auch junge Burschen und Mädchen und selbst Kinder in ihren Bannkreis zieht. Hierzu wurde folgende, vom Referenten empfohlene Resolution angenommen:

„Im Prinzip erklärt sich die Konferenz entschieden gegen jede Heimarbeit und tritt gleichfalls für die Beseitigung der Gefängnisarbeit ein, da durch Heim- und Gefängnisarbeit jede Verbesserung der Lage der Stockarbeiter vereitelt wird. Da aber ein Kampf gegen Heimarbeit und Unternehmer äußerst schwierig ist, fordert die Konferenz die Heimarbeiter auf, sich der Organisation anzuschließen und die Vereinbarungen mit den Unternehmern zu treffen, daß die Löhne für Heimarbeiter nicht niedriger sein dürfen als in den Betrieben."

Ueber den Punkt Agitation und Organisation tauschten die Delegierten in einer gründlichen, von Hildebrandt-Berlin eingeleiteten Debatte ihre Erfahrungen und Ansichten aus. Es wurde sodann beschlossen, eine Zentralstelle für die Agitation und Organisation der Stockarbeiter Deutschlands zu bilden. Sie soll zur Aufgabe haben: 1. Aufrechterhaltung der engeren Verbindung unter den Stockarbeitern innerhalb des Verbandes; 2. Unterstützung des Verbandsvorstandes in der Agitation unter den Stockarbeitern; 3. Auskunftserteilung in beruflichen Fragen.

Als Zentralstelle soll die in Berlin zur Bearbeitung der Tarife zu wählende Kommission fungieren.

Der letzte Punkt der Tagesordnung lautete: „Unsere Taktik bei Lohnkämpfen." Hierüber referierte Schuhr-Leipzig. Es folgte eine eingehende Diskussion, die hauptsächlich ein wechselseitiger Austausch der Erfahrungen und Ansichten über die besten Mittel und Maßregeln zur Durchführung von Lohnkämpfen war.

Die Konferenz wurde am Montag abend gegen ½8 Uhr geschlossen. Das Protokoll der Verhandlungen soll als Agitationsbroschüre herausgegeben und unentgeltlich verbreitet werden. Der Hauptvorstand wird jedenfalls, wie dessen Vertreter Leipart in Aussicht stellte, die Gelder dazu bewilligen.

* * *

Die Ausstellung, die im Saal II untergebracht und für die Oeffentlichkeit nicht bestimmt war, bot den Delegierten ein reiches Material zur Beurteilung der Leistungen sowie der Arbeitslöhne der verschiedenen Orte. Eine große Kollektion fertiger Stöcke in bester Ausführung war von Bürgel in Thüringen zur Verfügung gestellt worden. Von den übrigen Orten waren meist nur Stockgriffe in verschiedenen Holzarten, sowie in Horn und Zelluloid geliefert worden; einige Fabriken hatten auch nur die Ausstellung von Zeichnungen zugelassen. Bei allen Stücken waren die Akkordpreise usw. angegeben und die Unterschiede waren hier so gewaltig, daß selbst ein Laie zu der Ueberzeugung kommen mußte, daß in der Stockindustrie eine fast maßlose Konkurrenz herrscht, die den Arbeitern zum schweren Schaden und den Fabrikanten schließlich auch nicht zum Vorteil gereicht, die aber wohl durch einheitliche tarifliche Regelung einigermaßen eingeschränkt werden könnte.

Partei-Angelegenheiten.

Der Vertrauensmann vom Wedding und der Oranienburger Vorstadt teilt uns mit, daß die am Donnerstag im Kolberger Salon stattfindende Volksversammlung weder von der Partei einberufen ist, noch daß der Einberufer sich mit dem zuständigen Vertrauensmanne in Verbindung gesetzt hat.

Sonntag, den 16. Juli, findet im Moabiter Schützenhause das Sommerfest des **sechsten Wahlkreises** statt. Da in diesem Jahre das Programm besonders reichhaltig ist, wird sich das Fest zu einem wahren Volksfeste gestalten und seine alte Anziehungskraft auf Jung und Alt bewahren. Billetts sind bei den Bezirksführern und in den bekannten Lokalen zu haben.

Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Der Pfingstverkehr.

Mit einem starken Gewitter, welches besonders im Nordwesten von Berlin sich bemerkbar machte, fanden die Pfingstfeiertage ihren Abschluß. Nach Ausweis der Kassenstellen der Bahnhöfe war der Verkehr in den Feiertagen verhältnismäßig schwach und die Zahl der beförderten Personen ist gegen diejenige der Vorjahre nicht unerheblich zurückgeblieben. Der Hauptverkehr drängte sich auf die fahrplanmäßigen Züge zusammen, während die Sonderzüge kaum besetzt waren und die vorgesehenen außerfahrplanmäßigen Sonderzüge auf verschiedenen Strecken überhaupt nicht zur Ablassung kamen. Unter diesen Verhältnissen ging auch der Verkehr glatt von statten und an beiden Feiertagen liefen die Vorortzüge auf den Ferngleisen der Stadtbahn fahrplanmäßig ein. Auf den Stadtgleisen entstanden Verspätungen, die jedoch eine halbe Stunde nicht überschritten und im Spätbetrieb wieder so weit ausgeglichen werden konnten, daß der Verkehrsschluß zur planmäßigen Zeit erfolgte. Die Ruderregatta bei Grünau veranlaßte einen bedeutenden Massenverkehr auf der Vorortstrecke der Görlitzer Bahn, doch blieb der Verkehr auffälliger Weise ebenfalls gegen denjenigen an den Regattatagen der Vorjahre zurück. Am zweiten Feiertage morgens setzte der Vorortbetrieb verstärkt ein, wenn auch die kühle Witterung eine nicht unerhebliche Beschränkung der Ausflüglerzahl herbeiführte. Als jedoch um ½5 Uhr nachmittags der Regen einsetzte, war der Verkehr plötzlich wie abgeschnitten. Bahnzüge und Straßenbahnen fuhren von diesem Zeitpunkte ab fast völlig leer nach den Ausflugsorten, von denen aus die Ausflügler einen Massenrückzug antraten. Bald nach 9 Uhr konnten auf verschiedenen Strecken die Sonderzüge aus dem Verkehr herausgenommen werden. Anders gestalteten sich jedoch die Verhältnisse im Fernbetriebe. Der Verkehr nach der märkischen und sächsischen Schweiz, nach Freienwalde und Swinemünde war ein ganz gewaltiger gewesen, sodaß die Rückbeförderung der Massen, die sich in den späten Nachmittagsstunden auf den Bahnhöfen zusammen drängten, bedeutende Schwierigkeiten verursachte. Die Mehrzahl der in Berlin einlaufenden Fernzüge erlitt Verspätungen von 30 bis 70 Minuten.

Unglaubliche Szenen spielten sich an der Dampffähre ab, die von Friedrichshagen zum Müggelschlößchen hinüberfährt. Während auf der Friedrichshagener Seite zwei Gendarmen mit großer Mühe die Ordnung aufrecht hielten, kam es an der Abfahrtstelle beim Wirtshaus Müggelschlößchen, durch das Verschulden einzelner, wiederholt zu einer Panik. Die Ausflügler drängten sich mit einer geradezu wahnsinnigen Hast und tollen Rücksichtslosigkeit zur Fähre vor. Frauen wurden ohnmächtig, Kinder gerieten in Lebensgefahr, die duftigen, weißen Pfingstkleider wurden beschmutzt und zerrissen. Man wartete, trotz aller Warnungen des Fährmanns, nicht einmal bis die Fähre ganz ans Land gekommen war, sondern schob die vordersten Reihen am Landungssteg unbarmherzig ins Wasser, so daß sie mehrere Schritte unfreiwillig durchwaten mußten, ehe sie die Fähre erreichten. Andere wieder erkletterten die Landungsstege für die Ruderboote und sprangen von dort mitten auf die vollbesetzte Fähre, deren Führer, trotz aller Mühe, dem Ansturm gegenüber machtlos war und nicht hindern konnte, daß das für 280 Personen berechnete Fahrzeug von 300—400 besetzt wurde. Seine Drohung, den Betrieb ganz einzustellen, wenn die Leute nicht Vernunft annähmen, wurde mit Hohngelächter aufgenommen.

Die Pläne der fünf städtischen Straßenbahnlinien,

welche der Magistrat dem Polizeipräsidium zur Genehmigung eingereicht hatte, sind jetzt, nachdem die Aufsichtsbehörden die Prüfung beendet, an die städtische Verkehrsdeputation mit dem Bescheide zurückgelangt, daß, abgesehen von einzelnen Aenderungen, dem Bau und Betriebe der fünf Linien verkehrspolizeiliche Bedenken nicht entgegenstehen. Eine der hauptsächlichsten Abänderungen in der Linienführung betrifft die erste der drei geplanten Südlinien, Großgörschenstraße—Dönhoffsplatz. Diese Bahn muß am Hafenplatz den Landwehrkanal überschreiten, und zwar entweder unter Benutzung der schmalen und steilen Augustabrücke oder einer im Zuge der Köthenerstraße neu zu erbauenden Brücke. Gegen die erstere Alternative hat der Magistrat selbst Bedenken, wie zu erwarten stand, hat auch die Aufsichtsbehörde diese Linienführung abgelehnt. Nun tauchte neuerdings der Vorschlag auf, die Linie durch einen Tunnel unterhalb des Bahngeländes von der Steglitzer- nach der Luckenwalderstraße und von hier über die Schöneberger Brücke zu führen. Wiewohl dieser Plan für den Gesamtverkehr große Vorzüge bietet, ist er jedoch wegen der sehr erheblichen Mehrkosten abgelehnt und der Verkehrsdeputation aufgegeben worden, für den Bau einer neuen Brücke im Zuge der Köthenerstraße die erforderlichen Entwürfe und Pläne einzureichen. Die zweite der Südlinien, Kreuzberg—Dönhoffsplatz, dürfte nur insofern eine Aenderung erfahren, als aus verkehrstechnischen Gründen die Linienführung von der Zimmer- nach der Friedrich- und Krausenstraße nicht genehmigt werden konnte; die Bahn müßte also in der Zimmerstraße weiter und etwa durch die Markgrafenstraße nach der Krausenstraße geführt werden. Was die erste der beiden Nordlinien, Stettiner Bahnhof (Essasserstraße)—Baltenplatz anbetrifft, so wird diese sowohl an ihrem Ausgangs- wie an ihrem Endpunkte auf die Mitbenutzung der Gleise der Großen Berliner Straßenbahn angewiesen sein, und zwar in der Invalidenstraße, zwischen Garten- und Borsigstraße, und in der Petersburgerstraße. Eine viergleisige Anlage konnte in der letzteren nicht genehmigt werden. Alles in allem kann man sagen, daß die am 12. Januar d. J. von der Stadtverordneten-Versammlung beschlossenen fünf Straßenbahnlinien die grundsätzliche Genehmigung der Aufsichtsbehörden gefunden haben. Ob, nachdem die oben erwähnten Entwürfe hergestellt und die geforderten Abänderungen angenommen und von der Aufsichtsbehörde genehmigt worden sind, noch in diesem Jahre mit dem Bau wird begonnen werden können, läßt sich heute freilich noch nicht sagen; es fällt dabei unter anderem ins Gewicht, daß die Sommerferien vor der Tür stehen. Die Baukosten (5½ Mill. M.) sind bekanntlich schon aus dem Vorschußkonto der Hauptkasse der städtischen Werke — vorbehaltlich der Erstattung aus den Mitteln einer besonderen Anleihe — bereit gestellt.

Zur Aussperrung der Zigarettenarbeiter in Dresden wird die Redaktion vom Deutschen Tabakarbeiter-Verband darauf aufmerksam gemacht, daß die Zigaretten der Fabrik Yenidze in Dresden in der Anzeigenbeilage zur „Neuen Welt" empfohlen werden. Wir erklären hierzu: daß Geschäftsleitung und Redaktion dieses Blattes keinen Einfluß auf diese an eine Inseratenfirma verpachtete Beilage haben und daher nicht im stande sind, zu veranlassen, daß die Anzeige der erwähnten Zigarettenfabrik nicht mehr aufgenommen werde. Immerhin haben wir uns bemüht, die Inseratenfirma zur Zurückweisung der erwähnten Anzeige zu veranlassen. Daß wir die Zigarettenarbeiter in ihrem Kampfe um das Koalitionsrecht unterstützen, ist selbstverständlich, und wir erwarten von den Lesern unseres Blattes, daß sie den Ausgesperrten nach Kräften beistehen und besonders den Boykott über die Waren der Fabrik Yenidze beachten. Laut Beschluß der Arbeiter Dresdens sowie der Gewerkschaftskommission Berlins ist im Einverständnis mit den Vertrauensleuten der Partei und der Frauen Berlins der Boykott über die Dresdener Zigarettenindustrie einschließlich der Zigarettenfabrik Josetti-Berlin mit Ausschaltung der Firmen Gebr. Selowsky (Bolero und Zenith), Casanowa, Kasaky, Kosmos, Körner und Apfelstädt verhängt worden.

Englische Gemeindevertreter in Berlin. Am 19. Juni treffen sechzig Engländer, Mitglieder städtischer Verwaltungskörperschaften und Grafschaftsräte, in Berlin ein, um hiesige städtische Einrichtungen kennen zu lernen. Die Engländer bleiben bis zum 24. Juni hier. Im Rathaus wird der Magistrat am 19. abends 9 Uhr die englischen Gäste begrüßen und ihnen am 23. abends 8 Uhr im Zoologischen Garten ein kleines Fest geben. Die erforderlichen Kosten sollen aus dem Repräsentationsfonds gedeckt werden, deshalb hat auch der Magistrat eine entsprechende Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung nicht gemacht. Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer letzten geheimen Sitzung 16 Vertreter für diesen Begrüßungsabend abgeordnet.

„Mein hoher Herr". „Unter diesem Titel," so schreibt die „Staatsbürger Ztg.", veröffentlicht der „Roland von Berlin" ein in feuilletonistischem Gewande gehaltenes Pamphlet schlimmster Art gegen einen deutlich gekennzeichneten Prinzen des königlichen Hauses, der in der Berliner Lebewelt eine gewisse Rolle spielt. Es handelt sich in dieser „Skizze" um Unterstellungen, die unmöglich der Wahrheit entsprechen können; so kann sich kein preußischer Prinz armseligen Huldinnen gegenüber benehmen, wie es da geschildert wird. Unterzeichnet ist diese auch-literarische Ware: Annie L.... Diese Lady ist als eifrige „Bao"-Besucherin in der Lebewelt allseitig bekannt gewesen, und in der Tat bringt sie die geschwätzige Fama mit dem besagten Prinzen in näheren Zusammenhang. Aufklärung wäre jedenfalls dringend geboten."

Aus dem Artikel des „Roland" kann der Laie übrigens keineswegs herauslesen, daß es sich um einen Prinzen des königlichen Hauses handelt. Dem Angeschuldigten wird in der Zeitschrift vorgeworfen, daß er der „Huldin" gegen einen Schuldschein 3000 M. zugewendet und später, als er des Mädchens überdrüssig geworden sei, den Schuldschein an den Bureauvorsteher eines Rechtsanwalts mit alttestamentalischem Namen gediert habe. Der Bureauvorsteher drangsaliere jetzt das Mädchen und habe es zum Offenbarungseid getrieben.

Der olle ehrliche Seemann hat dem „Lokal-Anzeiger" zufolge in Berlin einen Nachfolger erhalten. Das Blatt meldet: Peinliche Vorkommnisse in einem eleganten Berliner Spielklub, dessen rasches Emporblühen berechtigtes Aufsehen erregt hat, werden in nächster Zeit die Staatsanwaltschaft beschäftigen. Gegen den geschäftlichen Leiter des Klubs, der seit einigen Monaten sein Heim in einer der vornehmsten Straßen Berlins aufgeschlagen hat, werden von seiten des Vorstandes Beschuldigungen schwerwiegender Art erhoben. So soll er u. a. Schips, das sind Wertmarken, die an der Kasse des Klubs nach Beendigung des Spiels eingelöst werden, widerrechtlich entwendet haben. Ferner wird ihm vorgeworfen, daß er mit Klubmitgliedern, die durch das Spiel in pekuniäre Verlegenheit gekommen sind, Wuchergeschäfte gemacht habe, und schließlich soll er von Lieferanten Geschenke für die Vermittelung der betreffenden Geschäftsabschlüsse angenommen haben. Auf Grund dieser Anschuldigungen beschloß der Vorstand, den Geschäftsleiter, der ursprünglich ehrenamtlich tätig war, später aber eine Dotation von 18 000 M. jährlich zugebilligt erhielt, von seinem Amte zu suspendieren; gleichzeitig wurde er aufgefordert, seinen Austritt aus dem Klub zu erklären. Der Geschäftsleiter bezeichnet sämtliche gegen ihn erhobenen Anschuldigungen für gegenstandslos und will gegen die Vorstandsmitglieder des Klubs die Verleumdungsklage anhängig machen; er selbst beschuldigt ferner ein Mitglied des Klubs, Wuchergeschäfte betrieben zu haben. In dem Verfahren wird eine Reihe von Tatsachen zur Sprache kommen, die nicht verfehlen werden, das größte Aufsehen zu erregen. Durch die sehr bedeutenden Spielumsätze, die allnächtlich in dem Klub erzielt wurden, sind eine Anzahl von gutsituierten Kaufleuten in peinliche Schwierigkeiten geraten. Daß der Umsatz z. B. im vorigen Geschäftsjahr außerordentlich beträchtlich gewesen sein muß, geht daraus hervor, daß allein an „Kartengeldern" 596 000 M. von dem Klub vereinnahmt worden sind; im April d. J. wurden annähernd 80 000 M. Kartengelder eingenommen.

Unfälle auf dem Wasser haben sich an den beiden Pfingstfeiertagen in beträchtlicher Zahl zugetragen. So ertrank auf den Zeuthener See am Schmöckwitzer Forst ein junger Mann beim Baden. Der Unvorsichtige hatte sich zu weit in die Fluten hinausgewagt, und als er nun wieder nach dem Ufer zurückschwimmen wollte, verließen ihn plötzlich seine Kräfte. Lautlos versank er in die Tiefe. Alle Rettungsversuche waren vergeblich. — Um seine ins Wasser gefallenen Frühstücksstullen wieder herauszuholen, brachte sich der Kaufmannslehrling Ernst Bergemann in große Lebensgefahr. Der junge Mann befand sich auf einem Vergnügungsdampfer, der die oberen Havelseen kreuzte. Bei Heiligensee entfiel B. das mitgenommene Frühstückspacket ins Wasser. Ohne zu überlegen sprang der Waghalsige über Bord. Da der Lehrling ein schlechter Schwimmer ist, geriet er infolge des starken Wellenschlages des Dampfers in die Gefahr zu ertrinken. Man warf ihm den Rettungsring zu und zog dann den Unvorsichtigen, ohne daß er sein Frühstück wieder bekommen hatte, an Bord hinauf. — Auf dem Müggelsee kenterte in der Nähe von Rahnsdorf ein Ruderboot mit mehreren jungen Leuten. Die Verunglückten klammerten sich verzweifelt an das im Wasser treibende Fahrzeug an und konnten schließlich durch die Insassen eines Motorbootes, die auf die Hülferufe der gefährdeten jungen Leute herbeigeeilt waren, vom Tode des Ertrinkens gerettet werden. — Durch die Entschlossenheit eines Steuermannes ist auf dem Tegeler See einem schweren Unglück vorgebeugt worden. Der 14jährige Sohn des Kondukteurs Eugen Reimer aus Tegel hatte sich beim Baden in den offenen See hinausgewagt. Er geriet dabei dicht vor einen heranfahrenden Dampfer und nur dem entschlossenen Eingreifen des führenden Steuermannes war es zu verdanken, daß der unvorsichtige Schwimmer durch das Schiff nicht überfahren wurde.

Auf einen internationalen Warenschwindler, der auch Berliner Geschäftsleute empfindlich geschädigt hat, wird gegenwärtig von der Kriminalpolizei in Hamburg eifrig gefahndet. In einem dortigen Privatlogis war Ende vorigen Monats ein angeblicher Kaufmann W. M. Stoyl abgestiegen, der auffallend viele und große Warensendungen aus den verschiedensten Orten, wie Berlin, Dresden, Halberstadt, Lüchow, Münster i. W. und so weiter erhielt. Die Sendungen bestanden in wertvollen Teppichen, Operngläsern, Parfümerien, Bogenlampen, Lichtmaschinen, Motorfahrrädern, eisernen Bettstellen und literarischen Werken. Als die Logiswirtin die Polizei auf das Treiben des Fremden aufmerksam gemacht und zu seiner Verhaftung geschritten werden sollte, war er spurlos verschwunden. Nach einer Photographie wurde der Fremde als der aus Komotau in Böhmen gebürtige, 31jährige Elektrotechniker Josef Eduard Wenzel Czapek festgestellt, der ein berüchtigter Warenschwindler ist und zuletzt in Köln a. Rh. zu insgesamt fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Es gelang ihm jedoch, im vergangenen Jahre aus dem St. Jürgen-Asyl bei Köln zu entweichen. Er hat sich seitdem unter den verschiedensten Namen neue Betrügereien zu schulden kommen lassen.

Ein Mord am Rhein beschäftigt auch die hiesige Kriminalpolizei. Der eigenartige Fall liegt so, daß man zwar den mutmaßlichen Täter schon hinter Schloß und Riegel hat, aber noch nicht weiß, wer der Ermordete ist. Bei Biebrich wurde am 4. d. M. an einem Feldwege ein Mann aufgefunden, der mit einem Baumpfahl erschlagen ist und seiner Barschaft beraubt wurde. Des Raubmordes dringend verdächtig ist ein Lehrerssohn, der Fabrikarbeiter Eduard Müller aus Biebrich, der schon vorher durch sein Benehmen auffiel und gleich nach dem Auffinden der Leiche verschwand. Müller wurde vier Tage später in Höchst a. M. ermittelt, festgenommen und in Gewahrsam nach Biebrich zurückgebracht. Es handelt sich nun besonders darum, durch die Feststellung der Person des Ermordeten mehr Licht in den geheimnisvollen Raubmord zu bringen. Nach gewissen Anzeichen ist der Tote wahrscheinlich ein Arbeiter, der in Berlin oder am Teltow-Kanalbau beschäftigt gewesen ist und erhebliche Ersparnisse bei sich trug. Vielleicht ist er ein Pole oder Italiener. Die Behörde hat daher auch hier im Polizeipräsidium und in Teltow beim Kanalbau einen Aufruf ausgehängt und verbreitet, der auch polnisch und italienisch geschrieben ist.

Schrecklich verbrannt wurde am zweiten Feiertage die Frau Witwe Gallé bei einem Brande, der früh um 8 Uhr in ihrer Wohnung Kurfürstenstraße 17 im zweiten Stock des Vorderhauses durch Umfallen einer Petroleumlampe ausgekommen war. Die Flammen erfaßten Steppdecken und bei dem Bemühen, den Brand zu ersticken, fingen die Kleider der Frau Gallé ebenfalls Feuer. Von der Küche lief die hülferufende, lichterloh brennende Frau bis zur Treppe, wo sie zusammenbrach. Die sofort alarmierte Feuerwehr brachte die Schwerverletzte nach dem Elisabeth-Krankenhause, wo sie bald darauf von ihren schrecklichen Schmerzen durch den Tod erlöst wurde. Das Unglück ist auf die Unsitte zurückzuführen, Feuer durch Zugießen von Petroleum anzufachen. Frau Gallé wollte Kaffee kochen und dazu Petroleum aus einer Lampe benutzen. Diese entglitt dabei ihren Händen und das Unglück war geschehen.

Verunglückte Fledderfahrt. Als vor zwei Jahren die Stadtbahnfledderei epidemisch wurde, wurde als einer der ersten dieser Diebe ein 23 Jahre alter Arbeiter Paul Petzold gefaßt. Schon mehrfach vorbestraft, wanderte er auf längere Zeit ins Gefängnis und verließ es erst vor kurzem wieder. Bald nahm er seine Spezialität wieder auf, aber jetzt hatte er Pech. Ein hiesiger Kaufmann stieg abends an der Friedrichstraße in einen Zug, um nach der Warschauerstraße zu fahren. Er schlief ein und wurde erst kurz vor Johannistal wieder munter, als er merkte, daß sich jemand an seinem Körper zu schaffen machte. Während er sich die Augen rieb, sprang ein Mann in voller Fahrt aus dem Zuge. Dem Kaufmann fehlten die Uhr mit goldener Kette und das Portemonnaie mit einigen 60 M. Als er dem Stationsvorsteher das Abenteuer meldete, kam der Zugführer dazu und berichtete, ihm sei es so vorgekommen, als ob er noch ein paar Kerle auf dem Trittbrett gesehen habe. Es ergab sich, daß er richtig gesehen hatte. Hinter dem Bahnhof fand man einen Mann besinnungslos auf dem Bahnkörper liegen. Neben ihm lag das Portemonnaie des Kaufmanns, aber leer, und seine Uhr ohne die goldene Kette. Man brachte den Verunglückten nach dem Krankenhaus am Friedrichshain. Es ergab sich, daß es Petzold war. Seine Spießgesellen hatten ihm die Beute abgenommen und ihn unter freiem Himmel liegen lassen.

Straßensperrung. Die Breitestraße vom Schloßplatz bis zur Scharrenstraße wird behufs Asphaltierung vom 14. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Eine Beute von 30 300 Mark machten Einbrecher, die in der Nacht zum zweiten Feiertag die Kassenräume des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftgießer in der Ritterstraße 88 heimsuchten. Den Zutritt verschafften sie sich durch einen Flur des Seitenflügels und indem sie an einem Klosett eine Wand durchbrachen. Gegen ihre Entdeckung durch das Licht, das sie brauchten, und gegen etwaiges Geräusch durch Herabfallen von Kalk oder Steinteilchen schützten sie sich durch Verhängen der Fenster und Bedecken der Fußböden mit Leinentüchern. Den Geldschrank bohrten sie an zehn, zwölf Stellen so lange an, bis sie Erfolg hatten. Von dem ersten Bohrloch aus brachen sie dann mit Zangen und anderen Werkzeugen so viele Eisenteilchen aus der Wandung, daß sie zu den Riegeln gelangen konnten. Diese schlugen sie mit Gewalt zurück oder brachen sie ab. So gelangten sie zu den inneren Behältnissen mit ihren Schätzen. Die Nachforschungen nach den Tätern wurden noch vorgestern abend in großem Umfange eingeleitet, nachdem Kriminalinspektor Braun und Kriminalkommissar v. Bäckmann den Befund an Ort und Stelle aufgenommen hatten, bisher ohne Erfolg.

Der Buchdruckerverein hat den größeren Teil des Verlustes, nämlich 20 000 Mark, durch Versicherung gegen Einbruchsdiebstahl gedeckt.

Unglückliche Liebe zum Soldatenstande. Ein Deserteur mit den Kleidern von einer Vogelscheuche wurde dieser Tage in Beeskow festgenommen. Vom 4. Garde-Regiment zu Fuß hatte er sich vor einigen Wochen in voller Uniform heimlich aus Berlin entfernt und sich durch den Teltower Kreis nach dem Spreewald zugewandt. Um nicht ergriffen zu werden, entledigte er sich seiner Uniform und zog die Kleider einer Vogelscheuche an, um, mit diesen Lumpen bekleidet, weiter zu wandern, nachts im Freien zu nächtigen und von der Mildtätigkeit der Leute zu leben. Ein mitleidiger Landmann schenkte dem Deserteur ein Paar Beinkleider, weil diesenigen, die er entlehnt hatte, doch zu arg zerrissen waren. Das unstäte Leben bekam der Flüchtling aber schließlich über, so daß er sich vor den Feiertagen, von Hunger getrieben, in Beeskow freiwillig stellte und bereits zu seinem Truppenteil zurückgeholt wurde.

Eine Pfingstüberraschung ganz eigener Art war den Ausflüglern an der Oberspree bereitet worden. In der Nähe von Neptunshain lag seit Freitag eine männliche Leiche, die mehrere Wochen im Wasser gewesen sein muß, im entsetzlichsten Zustande. Es ist unerhört, daß die Behörde so wenig Rücksicht übt und vier Tage lang die Leiche im Freien liegen läßt.

Vergiftet hat sich die 42 Jahre alte Frau des Gastwirts S. aus der Pücklerstraße. Als ihr Mann ihr wegen ihres leichtfertigen Lebenswandels Vorwürfe machte, nahm sie Lysol. Sie starb bald nach ihrer Einlieferung im Krankenhause Bethanien.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Ein großer Laubenbrand fand am ersten Pfingstfeiertag während der Nacht in der Laubenkolonie „Alpenthal" an der Straße VI statt. Auf nicht ermittelte Weise war die Restaurationslaube des Schlossers Klein in Brand geraten und obwohl die freiwillige Feuerwehr baldigst zur Stelle war, konnte von der Laube und ihrem Inhalt nichts mehr gerettet werden.

Bei einem Zusammenstoß eines Kutschwagens mit der „Elektrischen" verunglückt ist der Lederarbeiter Otto Kühne aus der Ziethenstr. 76. K. stand auf dem Hinterperron eines Straßenbahnwagens der Linie 7 (Moabit—Rixdorf). Als der Motorwagen die Ecke der Berg- und Ziethenstraße passierte, kam aus der letzteren Straße ein durchgehendes Personenfuhrwerk, auf welchem der Kutscher Witt saß, und lief mit voller Gewalt gegen die Elektrische. Der Kutscher stürzte auf den Fahrdamm und trug leichte Verletzungen davon. Kühn aber wurde von der zerbrechenden Deichsel der Kutsche getroffen und erlitt eine erhebliche Verletzung des rechten Oberschenkels. Die nahe Unfallstation XII leistete ihm die erste Hülfe.

Spandau.

Das Familiendrama in Seegefeld bei Spandau, bei dem in voriger Woche eine junge Frau und ihr Kind durch Vergiftung den Tod gefunden haben, ist immer noch nicht aufgeklärt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Ehefrau des Technikers Hoffmann mit dem Kinde, einem 3½jährigen Knaben, freiwillig aus dem Leben geschieden ist, indes hat sie die furchtbare Tat unter dem Einfluß und der Mitwirkung einer dritten Person begangen. In ihrer Wohnung wurde nämlich ein aus Erkner datierter Brief vorgefunden, der nur die wenigen Worte enthielt, daß sie das ganze Pulver nehmen müßte. In diesem Briefe ist ihr, wie angenommen wird, das Gift geschickt worden, mit dem sie alsdann den Todestrank bereitet hat. Das anonyme Schreiben und der Umschlag sind von der Behörde beschlagnahmt worden; es soll versucht werden, den Absender zu ermitteln. Der Ehemann der Verstorbenen, der infolge eines Sturzes von einer Leiter körperlich und geistig Schaden gelitten hat, befindet sich, wie wir bereits früher gemeldet haben, seit länger als Jahresfrist in einer Heilanstalt zu Woltersdorfer Schleuse.

Britz.

Ein gewaltiges Schadenfeuer wütete gestern auf dem Grundstücke Rudowerstr. 98 in Britz. Auf dem ausgedehnten, Ecke der Grenz-Allee belegenen Terrain lagerten Nutzhölzer, Baumaterialien, Dachpappen und Brennholz, die vermutlich infolge Brandstiftung in Flammen geraten waren. Das Feuer hatte, als es um ½11 Uhr vormittags entdeckt wurde, bereits eine große Ausdehnung angenommen und bei dem starken Winde bildete bald der ganze Stätteplatz ein einziges Flammenmeer. Die freiwillige Feuerwehr von Britz, sowie die Rixdorfer Feuerwehr waren nach kurzer Zeit zur Stelle und gingen mit zwanzig Schlauchleitungen, die aus Hydranten, Dampf- und Handdruckspritzen gespeist wurden, gegen das wütende Element vor. Glücklicherweise befanden sich keine Wohngebäude in der Nähe, sodaß eine größere Gefahr durch das Feuer nicht eintreten konnte. Jedoch war es den Löschmannschaften unmöglich, Teile des Stätteplatzes zu retten. So brannte eine große Remise ab, welche Stallungen für Geflügel und Pferde enthielt. Ein Pferd und etwa 40 Hühner kamen in den Flammen um. Erst nach dreieinhalbstündiger Tätigkeit gelang es den Wehren, das Feuer soweit abzulöschen, daß mit den Aufräumungsarbeiten begonnen werden konnte.

Köpenick.

Unter rätselhaften Umständen beging der Wäschereibesitzer Böhmer in Köpenick Selbstmord. Er war am Sonnabend mit einem seiner Kutscher, der unpünktlich zum Dienst kam, in Streit geraten, in dessen Verlaufe der Angestellte sich entfernte und nicht wieder zurückkehrte. B. befand sich den ganzen Tag über in großer Aufregung und verließ gegen Abend seine Wohnung. Da der Wäschereibesitzer gegen seine Gewohnheit nicht zum Abendbrot nach Hause kam, er auch kein Geld zurückgelassen hatte für die Auszahlung der Arbeitslöhne an sein Personal, suchten seine Angehörigen nach ihm und fanden den Vermißten in einem Nebenraum tot vor. B. hatte sich erhängt.

Friedrichshagen.

Ein folgenschwerer Bauunfall ereignete sich am Dienstag nachmittag auf dem Berliner Wasserwerk Müggelsee bei Friedrichshagen. Der 56 Jahre alte Zimmermann Zühler aus Biebrich am Rhein stürzte von einem Bau 5 Meter hinab, beim Fall riß er noch einen jüngeren Kollegen mit herab, welcher jedoch anscheinend keinen Schaden erlitten hat, während Zühler auf dem auf der Erde liegenden Bauholz aufschlug, wodurch er einen schwerer Beckenbruch und schwere innere Verletzungen davontrug. Der Schwerverletzte wurde in bewußtlosem Zustande mittels Krankenwagen nach Berlin ins Krankenhaus am Urban gebracht, wo er hoffnungslos daniederliegt.

Von einem Affen gebissen wurde gestern nachmittag gegen 6 Uhr ein etwa vier Jahre alter Knabe. Zwischen dem Strandschloß und Rübezahl am Müggelsee spielten zwei Drehorgelspieler, wobei sie ihre kleinen Vierhänder allerlei Kletterkünste vorführen ließen, was besonders die Kinder der vielen Berliner Ausflügler um sie scharte. Plötzlich biß eines der flinken Tiere den erwähnten kleinen Knaben ins rechte Bein, worauf er mit einem lauten Aufschrei ins Gras stürzte. Während Personen das verletzte Kind an den nahen Müggelsee trugen, um die Wunde auszuwaschen und zu verbinden, schwang der Italiener seinen Kasten auf den Rücken und verschwand in dem dichten Wald, den kleinen Uebeltäter unter den Rock geknöpft mit sich nehmend.

Gerichts-Zeitung.

Wie man in die unangenehme Lage kommen kann, unschuldig als Dieb verhaftet und verurteilt zu werden, zeigte eine Verhandlung vor der sechsten Strafkammer des Landgerichts I. Der völlig unbestrafte Hausdiener Max Wolff, welcher in einem Großdestillationsgeschäft eine gut bezahlte Stellung inne hat, und der auch als Stadtreisender Verwendung findet, hatte am 2. Februar dieses Jahres mit einigen Bekannten einen gemütlichen Abend am Biertisch verlebt. Gegen vier Uhr morgens trennte er sich von seinen Bekannten und ging die Kommandantenstraße entlang nach dem Dönhoffsplatz zu. Von hier wollte er den vom Spittelmarkt kommenden Nachtomnibus benutzen. Als er die Lichter des Gefährts in der Leipzigerstraße bemerkte, beschleunigte er seine Schritte zum Laufschritt und lief hinter dem Omnibus her. Plötzlich ertönte hinter ihm ein „Haltet ihn!" und gerade als er den Omnibus erreicht hatte, fühlte er sich am Kragen gepackt. Zwei Damen, die atemlos angelaufen kamen, bezeichneten ihn zu seinem größten Erstaunen und Schrecken als den Dieb, welcher ihnen soeben das Portemonnaie, welches heruntergefallen war, entwendet habe. Trotz seines entschiedenen Protestes mußte Wolff den Gang zur Polizeiwache antreten. Die beiden Damen erklärten mit aller Bestimmtheit den Festgenommenen als den Dieb wiederzuerkennen. Eine Frau Klara K. hatte mit einer anderen Dame verschiedene Lokale besucht und hatte, im Begriff eine Droschke zu besteigen, ihr Portemonnaie fallen lassen. Dieses wurde sofort von einem unbekannten Mann aufgehoben, der damit die Flucht ergriff. Da beide Frauen bei ihrer Rekognition blieben, wurde gegen Wolff Anklage erhoben. Er wurde vom Schöffengericht mit Rücksicht auf „sein hartnäckiges Leugnen" zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil wurde seitens des Rechtsanwalts Dr. Davidsohn sofort Berufung eingelegt. Es war dem Angeklagten gelungen, jenen Droschkenkutscher zu ermitteln. Dieser bekundete in der Berufungsinstanz durchaus einwandfrei, daß die beiden Damen, die bei der vorgerückten Nachtstunde etwas animiert gewesen waren, mit einem Herrn in erregtem Gespräch aus einem Nachtcafé gekommen waren; von dem Angeklagten habe er, obwohl er der Szene aufmerksam zugesehen hatte, nichts bemerkt. Als Frau K. ihr Portemonnaie fallen ließ, sei jener Herr verschwunden gewesen, wohin wisse er nicht. Auf Befragen des Verteidigers, wer denn jener Herr gewesen sei, bestritt die Zeugin, welche verheiratet ist, sonderbarerweise, überhaupt mit einem Herrn zusammen gewesen zu sein. Dieser eigentümliche Widerspruch mit der einwandsfreien Bekundung des Droschkenkutschers veranlaßte nun die Verteidigung, etwas näher auf die Qualifikation der Zeugen einzugehen. Schließlich erklärte die Frau K. ziemlich verlegen, den Angeklagten nicht mehr mit aller Bestimmtheit als den angeblichen Dieb bezeichnen zu können. Der Gerichtshof erkannte nach kurzer Beratung auf Aufhebung des ersten Urteils und kostenlose Freisprechung des Angeklagten.

Eingegangene Druckschriften.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 37. Heft des 23. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Dem Fürsten Bülow. — Die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschaft Deutschlands. Von A. Bebel. — Patriotismus, Krieg und Sozialdemokratie. Von K. Kautsky. — Die internationale Organisation des Kleinbürgertums. Von Georg Stiekloff. — Beiträge zur Eccarius-Frage. Von Gustav Haeckh. (Schluß.) — Berufsgliederung und betriebstechnische Entwickelung in Ungarn. Von Erwin Szabó.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der **„Gleichheit"**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer) ist uns soeben die Nr. 12 des 15. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Die Ergebnisse des Gewerkschaftskongresses zu Köln. — Die Einwände. Von Julian Borchardt. — Zur Lage der Zigarettenarbeiterinnen in Dresden. Von Marie Wackwitz. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Die Frage der Agitation unter den Arbeiterinnen vor dem Gewerkschaftskongreß. — Politische Rundschau. Von G. L. — Genossenschaftliche Rundschau. Von Simon Katzenstein. — Notizen: Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation. — Sozialistische Frauenbewegung im Auslande. — Frauenbewegung. — Frauenstimmrecht. — Frauen in öffentlichen Aemtern. — Feuilleton: Alle. Von Conrad Ferdinand Meyer. (Gedicht.) — Käthes Federhut. Von Ada Christen. (Schluß.)

Die „Gleichheit" erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 M.

Rechenschaftsbericht des Verbandes der Deutschen Buchdrucker für das Jahr 1904 nebst dem Geschäftsbericht des Vorstandes für die Zeit vom April 1902 bis März 1905. 20 Seiten. M. Roster, Rixdorf, Berlinerstraße 70.

Rechenschaftsbericht des Vorstandes des Deutschen Werftarbeiter-Verbandes. 32 Seiten. Verlag Haverkamp u. Co., Bremerhaven.

Briefkasten der Redaktion.

Greding. Es ist schon mehrmals mitgeteilt worden, daß wir und auch der Hamburger Verlag auf die Inserate dieser Beilage solange keinen Einfluß haben, als der gegenwärtige Vertrag mit dem Inseratenpächter läuft.

Berliner Marktpreise. (Ermittelt vom Polizei-Präsidium.) Roggen, gute Sorte, 1 Dz. —,— (—,—), mittel —,— (—,—), geringe —,— (—,—), ab Bahn. Futtergerste, gute Sorte 1 Dz. 16,10 (15,80) mittel 15,10 (14,20), geringe 14,10 (13,20) frei Wagen und ab Bahn. Hafer, gute Sorte 16,50 (15,90), mittel 15,80 (15,20), geringe 15,10 (14,50) frei Wagen und ab Bahn. Richtstroh 1 Dz. 5,16 (5,00). Heu (alt) 9,00 (7,80). Erbsen, gelbe, zum Kochen 45,00 (30,00), Speisebohnen, weiße 50,00 (30,00), Linsen 60,00 (30,00), Kartoffeln 9,00 (7,00), Rindfleisch, von der Keule, 1 Kg. 1,80 (1,30), Bauchfleisch 1,40 (1,00), Schweinefleisch 1,70 (1,30), Kalbfleisch 2,00 (1,20), Hammelfleisch 1,80 (1,20), Butter 2,80 (2,00), Eier, 60 Stück, —,— (—,—). Karpfen, 1 Kg. —,— (—,—), Aale —,— (—,—), Zander —,— (1,20), Hechte —,— (—,—), Barsche —,— (—,—), Schleie —,— (—,—), Bleie —,— (—,—), Krebse 60 Stück —,— (—,—).

Witterungsübersicht vom 13. Juni 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	763	NO	2	heiter	13	Haparanda	760	SW	2	wolkenl	13
Hamburg	762	O	2	wollig	13	Petersburg	767	ONO	1	bedeckt	10
Berlin	762	NO	2	heiter	13	Scilly	756	WNW	1	bedeckt	14
Frankf. a. M.	760	NO	2	wolkenl	17	Aberdeen	766	ONO	2	bedeckt	11
München	759	O	2	heiter	13	Paris	759	O	1	halb bd.	13
Wien	760	Still	—	heiter	13						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 14. Juni 1905.

Etwas wärmer, zeitweise heiter, aber veränderlich mit leichten Regenschauern und schwachen östlichen Winden.

Verantw. Redakteur: Franz Rehbein, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.